

Y  
L 5



~~VIII A. 37.~~

4f<sup>p. 59</sup> 5



Die  
**Lage der Berg- und Hüttenarbeiter**  
im **Oberharze**

unter

Berücksichtigung der geschichtlichen Entwicklung  
der gesamten Bergarbeiter-Verhältnisse

und

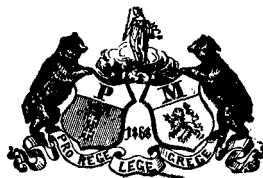
des Knappschaftswesens in Deutschland.

Von

**Karl August Tolle.**

77 5

*„Es grüne die Tanne,  
Es wachse das Erz,  
Gott schenke uns Allen  
Ein fröhliches Herz“.*



**Berlin 1892**  
**Puttkammer & Mühlbrecht**  
Buchhandlung für Staats- und Rechtswissenschaft.





## VORREDE.

---

Eine neuere Richtung in der politischen Oekonomie hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Zustände in der menschlichen Gesellschaft durch Erforschung der Einzelgebiete der allgemeinen Kenntniss zugänglich zu machen. Die vorliegende Arbeit will zu diesen Bestrebungen einen bescheidenen Beitrag liefern. Der Verfasser hat seinen Zweck erreicht, wenn der Leser durch die Lektüre des Buches ein abgeschlossenes Bild von den Verhältnissen, in denen die Harzer Bergleute leben, — von ihrer ökonomischen Lage und ihrer Stellung dem Arbeitgeber gegenüber — erhält.

Um das Bild zu einem der Wirklichkeit möglichst nahekommenden zu gestalten, wurden Umfragen bei den Arbeitern selber nach ihren Verhältnissen, bei Bergbaubeamten und anderen sachkundigen Personen angestellt. Die die Arbeits- und Lebensbedingungen der Berg- und Hüttenleute behandelnden Abschnitte der Schrift beruhen zum grössten Teile auf einem im Frühjahr 1890 auf die genannte Weise gesammelten Materiale. Anderes konnte der Verfasser, der selbst Harzer ist, aus eigener Erfahrung hinzufügen. Die Quellen für den historischen Teil der Abhandlung wurden mir aus der Oberbergamtsbibliothek zu Clausthal durch

## IV

Vermittelung des Herrn Assistenten Schweitzer und aus der Universitätsbibliothek zu Strassburg in dankenswertester Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt.

Den Herren Professoren G. F. Knapp und A. Sartorius Frhrn. von Waltershausen, den Leitern des staatswissenschaftlichen Seminars zu Strassburg, dem ich während der Abfassung der Schrift als Mitglied angehörte, sage ich für die mannigfachen Anregungen und die Beihülfe bei der Anordnung des Stoffes, die ich insbesondere von letzterem erhielt, an dieser Stelle meinen herzlichsten Dank.

Offenbach a/Main, 1. Oktober 1891.

**K. A. Tolle.**

# INHALT.

Vorrede . . . . .	Seite III
Einleitung.	
1. Umfang und Art des Oberharzer Bergbaues. — Arbeitgeber . . . . .	1
2. Die Arbeiterbelegschaft beim Oberharzer Bergbau nach den Ergebnissen der staatlichen statistischen Erhebungen . . . . .	5
3. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften in geschichtlicher Entwicklung und jetziger Gestaltung . . . . .	10
4. Rückblick auf die Entwicklung des Lohnes in unserem Jahrhundert . . . . .	19
I. CAPITEL.	
Die Arbeiter und ihre Beschäftigung; Arbeitszeiten und Löhne.	
1. Das Arbeiterpersonal bei den Gruben . . . . .	22
A. Eigentliche Grubenarbeiter . . . . .	22
a. Die Häuer: . . . . .	22
Bohrhäuer. S. 23. Gedinghäuer. S. 28.	
b. Die Förderer . . . . .	30
Treiberleute: Stürzer, Anschläger und Schützer. S. 31. Die Schiffer. S. 32.	
c. Die Holzarbeiter . . . . .	34
Wässerer und Stollenhäuer. S. 35. Ausrichter. S. 35. Kunstknechte. S. 36. Grubenmaurer; Scheidarbeiter. S. 36.	
B. Tagearbeiter: Gaipelwächter, Grabenarbeiter, Handwerker und Bureauarbeiter . . . . .	36
Die sanitären und Sicherheits-Massregeln bei den Gruben S. 37. Die Wirkungen der Beschäftigung auf die Körperkonstitution der Arbeiter S. 39.	
2 Die Aufbereitungsarbeiter . . . . .	40
3. Die Arbeiter auf den Hütten . . . . .	46
4. Beamte . . . . .	49

## II. CAPITEL.

Nebenerwerb und Lebenshaltung. Sittlichkeit und  
Geselligkeit.

Nebenerwerb . . . . .	55
Kornlieferung an die Arbeiter. S. 55. Gerechtsamkeiten. S. 59. Stiftungen. S. 61. Grundbesitz, Viehhaltung und Schweinezucht. S. 63. Erwerb aus Nebenbeschäftigungen: Kanarienvogelzucht und Vogelfang. S. 65. Neben- beschäftigungen der weiblichen Mitglieder der Arbeiter- familie: Hökerei, Erntearbeiten, Beerenlesen etc. S. 66. Hausindustrielle und weitere Nebenarbeiten des Arbeiters und seiner Familie S. 66.	
Die Lebenshaltung . . . . .	67
Das Budget der Arbeiterfamilien. S. 67. Sparkassen. S. 69. Consumvereine. S. 70. Die Wohnungsverhältnisse. S. 72.	
Sittlichkeit und Geselligkeit . . . . .	77
Allgemeiner Charakter des Familienlebens. S. 77. Das Wirken der Frau im Haushalte. S. 78. Die Ehen. S. 79. Eheliche und uneheliche Geburten. S. 80. Totgeburten und Kindersterblichkeit. S. 80. Die Kindererziehung. S. 81. Unterricht und Bibliotheken. S. 81. Musik- und Gesang-Vereine. S. 82. Feste. S. 82. Weitere Be- strebungen zur Pflege der Geselligkeit unter den Ar- beitern. S. 85.	

## III. CAPITEL.

## Kassenwesen.

1. Die Zeit vor 1866 . . . . .	86
2. Der Uebergang des Oberharzer Bergbaus auf den preus- sischen Fiskus und seine Wirkungen auf das Kassen- wesen . . . . .	98
3. Der Clausthaler Knappschaftsverein; seine Entwicklung bis zum Beginne der neueren sozialpolitischen Gesetz- gebung . . . . .	100
4. Der Einfluss der neueren sozialpolitischen Gesetzgebung auf die Entwicklung der deutschen Knappschaftsvereine	107
A. Allgemeine Charakteristik . . . . .	107
B. Rechtliche Stellung der Knappschaftsvereine zu dem Krankenversicherungsgesetze . . . . .	108
C. Rechtliche Stellung der Knappschaftsvereine zu dem Unfallversicherungsgesetze . . . . .	110
5. Der Einfluss der Kranken- und Unfallversicherungsge- setzgebung auf die Gestaltung des Clausthaler Knapp- schaftsvereins im Besonderen . . . . .	113

## VII

Seite

A. Die rechtlichen und ökonomischen Grundlagen für die Neugestaltung . . . . .	113
B. Die Gesichtspunkte für die Bildung besonderer Krankenkassen . . . . .	116
C. Die Durchführung der Umgestaltung . . . . .	117
6. Freie Hilfskassen . . . . .	119

## IV. CAPITEL.

## Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.

1. Die Rechtslage der Bergleute unter der älteren Verfassung . . . . . 121
2. Das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter seit dem Uebergange des Bergbaus auf den preuss. Fiskus . 135  
Die Einführung des Allg. Preuss. Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in das Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover und die durch dasselbe, sowie durch die Gewerbeordnung geschaffene Rechtslage der Bergleute S. 135. Arbeitsordnungen und deren Handhabung; Verhältnis der Arbeiter zu den Aufsichtsbeamten S. 139. Die Arbeiter in ihrer Eigenschaft als socialpolitische Faktoren S. 145.

## EINLEITUNG.

### I. Umfang und Art des Oberharzer Bergbaues. — Arbeitgeber.

Der Bergbaubezirk, auf welchen sich die vorliegende Abhandlung erstreckt, umfasst den grösseren Teil des bei einer durchschnittlichen Höhererhebung von 500 Metern westlich vom Brocken gelegenen, seit Jahrhunderten wegen seines Mineralreichtums berühmten und wegen seiner Naturschönheiten häufig besuchten Oberharzes. Es gehören zu seinem Gebiete die sieben Oberharzer Bergstädte Clausthal, Zellerfeld, St. Andreasberg, Altenau, Lautenthal, Grund, Wildemann und einige kleinere Ortschaften (Buntenbock, Bockswiese, Hahnenklee, Schulenberg), welche an erstere unmittelbar angrenzen. Das gesammte in dem Bereiche dieser Städte und Orte liegende Bergbaufeld hat einen Flächenraum von 2,7 □ Meilen und — nach dem Ergebnisse der Volkszählung vom 1. Dezember 1885 — eine Einwohnerzahl von 27482 Seelen. Es wird durch den an den Brocken sich anschliessenden Bruchberg, einen bis nach der Fabrikstadt Osterode am Westabhange des Oberharzes streichenden Gebirgsrücken in das sog. reservierte Feld mit dem Mittelpunkte Clausthal und in ein Bergbaufeld bei St. Andreasberg geschieden.

Ersteres — das Clausthaler Feld — hat sich der preuss. Fiskus durch Artikel XVI der Königl. Verordnung vom 8. Mai 1867 „betr. die Einführung des Allg. Preussischen Berggesetzes in das Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover“ zu alleiniger bergbaulicher Ausnutzung vorbehalten. Der frühere auf die im 16. Jahrhundert im Harze erlassenen Bergbaufreiheiten sich stützende gewerkschaftliche Bergbau ist damit für diesen Bezirk gänzlich beseitigt. Die letzten gewerkschaft-

lichen Gruben (6) wurden in der Uebergangszeit (1866—68) vom preussischen Fiskus mit einem Kostenaufwande von 991 637 Mark 27 Pfg. angekauft, nachdem die gewerkschaftliche Verfassung durch die Lässigkeit der Gewerken, schwindelhaften Kuxhandel etc. seit Beginn unseres Jahrhunderts nach und nach in Verfall geraten und der Bergbau zum grössten Teile bereits auf die Hannover'sche Regierung übergegangen war.

Das Andreasberger Revier schloss man dagegen in die Reservation nicht ein. Man ging hierbei von dem Gesichtspunkte aus, die Unternehmungslust der Privaten anzuregen, den dortigen an Ergiebigkeit mehr und mehr nachlassenden Bergbau durch selbständiges Erschürfen unbekannter Erzlager wieder in lebhafteren Betrieb zu bringen. Da diese Hoffnung nicht verwirklicht wurde, befindet sich der preussische Fiskus zur Zeit im Alleinbesitze sämtlicher Oberharzer Gruben.

Der Oberharzer Bergbau bezweckt die Gewinnung von silberhaltigen Bleierzen, Schwefelerzen, Zink- und Kupfererzen. Ausser diesen nutzbaren Fossilien fördern die Gruben erdige Mineralien (Schwerspath, Kalkspath, Spatheisenstein etc.) als Nebenprodukte. Die Produktion von reinen Silbererzen ist ausschliesslich auf das Bergwerk „Vereinigte Gruben Samson“ bei St. Andreasberg beschränkt.

Im Besonderen wurden von den Oberharzer Gruben im Betriebsjahre 1888/89 an Roherzen 179 194 t gefördert. An aufbereiteten (gereinigten) Erzen sind aus diesem Fördergut gewonnen worden:

1. Bleierze:	13 414 t	im Werthe von	2 891 878 Mk.,
2. Zinkerze:	6 775 t	„ „ „	660 167 „
3. Kupfererze:	283 t	„ „ „	52 502 „
4. Silbererze:	60 t	„ „ „	44 455 „
5. Schwefelkies:	15 t	„ „ „	146 „
Zusammen:	20 529 t	im Werthe von	3 649 148 Mk. <sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Vergl. Anlagen zu den Stenographischen Berichten über die Verhandlungen des Hauses der Abgeordneten. 2. Session. 17. Legislaturperiode. 2. Bd. pag. 1047.

Das Oberharzer Erzlager ist wie der Bergbaubezirk durch den Bruchberg in zwei Teile geschieden: einerseits in das Clausthaler, andererseits in das St. Andreasberger Ganggebiet. Das erstere nimmt seinen Anfang an der sog. „steilen Wand“ am Fusse des Brockens und streicht von hier aus nach Westen, sich allmählig immer mehr verbreiternd. Es erreicht seine grösste Ausdehnung zwischen den Bergstädten Grund und Lautenthal und verläuft von hier<sup>1)</sup> aus allmählig. Das Andreasberger Ganggebiet liegt am südwestlichen Abhange der Brockengranitmasse.

Beide Ganggebiete werden, wie der Name andeutet, durch grössere zwischen die nutzbaren Fossilien geschobene Massen tauben Gesteins in Erzgänge geschieden. Diese sind durch die Gruben, deren Zahl zur Zeit 15 beträgt, bis zu einer Tiefe von 800 Metern dem Abbau erschlossen<sup>1)</sup>.

Die gewonnenen Mineralien werden nach der Aufbereitung, d. i. der mechanischen Reinigung und Aussonderung der Bergwerksmineralien in den Aufbereitungsanstalten auf den vier Oberharzer fiskalischen Hütten zu Clausthal, St. Andreasberg, Lautenthal und Altenau verhüttet d. i. zu Metallen verschmolzen.

Hinsichtlich der Verwaltung ist der Oberharzer Bergbaubezirk, in die drei Berginspektionen Clausthal, Silbernaal=Grund und Lautenthal und in vier den angeführten Hütten zugehörige Hüttenämter eingeteilt. Die Oberaufsicht über den Betrieb der Werke führt das Oberbergamt Clausthal.

---

<sup>1)</sup> Die im Betriebe stehenden Werke sind:

1. Im Andreasberger Revier: Samson.
2. Im Clausthaler Revier: Königin Marie, Georg Wilhelm, Eleonore, Rosenhof, Juliane Sophie.
3. Im Lautenthaler Revier: Maassener Schacht, Schwarze Grube, Güte des Herrn.
4. Im Bockswieser Revier: Herzog August, Johann Friedrich.
5. Im Silbernaaler Revier: Haus Braunschweig, Ernst August.
6. Im Grunder Revier: Hülfe Gottes, Knesebecker Schacht.



Der Reingewinn des Oberharzer Blei- und Silberbergwerkshaushalts betrug in den Jahren 1868—73 im Durchschnitte 600 000 Mk. jährlich, stieg im Jahre 1874 auf mehr als  $1\frac{1}{2}$  Millionen Mark und hielt sich bis in die achtziger Jahre hinein im Durchschnitte auf der Höhe von einer Million Mark jährlich.

Im Verlaufe der letzten Jahre entstand jedoch ein bedeutender Ausfall in der Einnahme dadurch, dass „behufs Ausführung bezw. Weiterführung von Neuanlagen und sonstigen Arbeiten zur Erhöhung und Sicherstellung des künftigen Betriebes“ beträchtliche Aufwendungen erforderlich waren. Der gesammte Oberharzer Blei- und Silberbergwerkshaushalt bedurfte im Betriebsjahre 1887/88 eines Zuschusses von 122 661 Mark, dagegen schloss er im Betriebsjahre 1888/89 mit einem rechnungsmässigen Ueberschuss von 364 791 Mark ab.

---

## **2. Die Arbeiterbelegschaft beim Oberharzer Bergbau nach den Resultaten der staatlichen statistischen Erhebungen.**

### **A. Resultate der Enquête vom 1. Oktober 1877.**

Statistische Erhebungen über die Arbeiterbelegschaft der Werke wurden im Oberbergamtsbezirke Clausthal zum erstenmale am 1. Oktober 1877 angestellt. Sie erstreckten sich auf die Verteilung der Belegschaft nach der Art der Beschäftigung, nach dem Lebensalter, nach Dienstjahren, sowie auf den Familienstand, den Besitzstand der Arbeiter an Häusern, Feld und Vieh und auf Wohnungsverhältnisse.

Da die Resultate der Erhebungen über den Besitzstand der Arbeiter an Häusern, Feld und Vieh sowie über die Wohnungsverhältnisse im II. Capitel dieser Abhandlung eingehende Berücksichtigung finden werden, so beschränke ich mich an dieser Stelle auf die Erörterung der übrigen Resultate der Erhebungen, natürlich nur, soweit sie auf den Oberharz Bezug haben.

1. Die aktive Belegschaft der gesammten Oberharzer Werke betrug 4690 Personen. Hiervon entfielen:
  - 3900 (83,15 %) auf die Bergwerke
  - 790 (16,85 %) auf die Hütten.

In diese Zahl sind die eigentlichen Arbeiter und die technischen, auf 14tägige Kündigung angestellten Gruben- und Hüttenbeamten einbegriffen, dagegen fanden die bei den betreffenden Werken thätigen, auf Lebensdauer angestellten Staatsbeamten (Direktoren, Inspektoren, Schichtmeister, Rechnungsführer und andere Verwaltungsbeamte) keine Berücksichtigung.

a. Die Belegschaft auf den Bergwerken setzte sich nach der Art und Weise der Beschäftigung zusammen aus:

158 Mann Aufsichtspersonal,  
 28 Maschinenwärter,  
 2125 Grubenarbeiter,  
 111 Grabenarbeiter,  
 1121 Aufbereitungsarbeiter,  
 376 Arbeiter über Tage (Gaipelwächter,  
 Tagelöhner, Handwerker etc.).

Gesammtzahl: 3900 Mann.

Das Lebensalter der Belegschaft auf den Bergwerken lag zwischen 12 und 79 Jahren.

Die Anzahl der jugendlichen Arbeiter unter 14 Jahren betrug 186, zwischen 14 und 16 Jahren 322, zusammen also 508. Von den Arbeitern im Alter von 17 bis 20 Jahren entfielen auf den Jahrgang 90 bis 95 Köpfe. Der Jahrgang 21 hatte wegen Ausfalles durch die zur Militärdienstpflicht Herangezogenen nur noch 65, die Jahrgänge 22—25 nur 64 Köpfe im Durchschnitte. Zwischen 26 und 30 Jahren stieg der Jahrgang wieder auf 73 und zwischen 31 und 35 Jahren auf 76 Köpfe. In dieser Höhe hielt sich die Zahl bis zum 50. Lebensjahre. Hierauf erfolgt ein abermaliges Steigen, indem auf die Jahrgänge 50—55 je 84 Köpfe entfallen. Diese merkwürdige Erscheinung ist darauf zurückzuführen, dass die Gesamtzahl der Belegschaft in der früheren Zeit eine etwas grössere war, als in dem Jahrzehnt, welches der Enquête unmittelbar voranging.

In den Lebensjahren 56—60 betrug die Zahl der Belegschaft nur noch 56 Köpfe pro Jahrgang, zwischen 61 und 65 Jahren 30 und zwischen 66 und 70 nur 8 Köpfe pro Jahrgang.

Ein Alter von 71—75 Jahren hatten nur noch 12 Mann, und ein höheres Alter 6 Mann bei den Berginspektionen Clausthal und Lautenthal, wovon 3 im Alter von 76, einer im Alter von 79 Jahren stand.

Eine Vergleichung dieser Verhältnisse mit denen anderer Bergbaureviere, namentlich den Kohlenrevieren ergibt, dass die höheren Lebensjahre zur Zeit dieser Enquête bei der Belegschaft der Oberharzer Werke weit stärker vertreten waren als bei jenen<sup>1)</sup>. Hinsichtlich des bergmännischen Dienstalters waltete ein ähnliches Verhältnis wie bei den Lebensjahren ob. Die Mannschaft mit weniger als fünf Dienstjahren erreichte die höchste Zahl von 746, nicht ganz  $\frac{1}{5}$  der Belegschaft. Ein Dienstalter von 5—10 Jahren hatten noch 488 Mann, von 11—15 Jahren jedoch nur noch 338 Mann. Von hier ab bis zu 26 Dienstjahren bleibt die Zahl annähernd gleich, um sich bei 36—40 Dienstjahren wieder auf 359 zu erheben. Von 41 Dienstjahren erfolgt ein stetiges Sinken der Arbeiterzahl; ein Dienstalter von über 50 Jahren hatten noch 122 Mann (in Saarbrücken nur ein Grubenbeamter), von welcher Zahl 6 ein Dienstalter von über 60 Jahren aufweisen konnten (das höchste hierunter war 65 Jahre).

b. Auf den Hüttenwerken waren 35 jugendliche Arbeiter beschäftigt, wovon 2 unter 14 Jahren. Die Zahl pro Jahrgang steigt bis zum 21. Lebensjahre, nimmt dann bis zum 25. etwas ab, steigt vom 26. bis 30. Lebensjahre auf das Maximum und nimmt von hier an zuerst allmählich, vom 35. Lebensjahre jedoch schon stärker ab. Ein Lebensalter von mehr als 60 Jahren hatten noch 21 Mann, wovon 2 auf der Hütte zu Altenau 70 bis 75 Jahre alt waren.

Das Verhältnis hinsichtlich der älteren Jahrgänge war also hier nicht so günstig wie bei den Bergwerken.

In Betreff des hüttenmännischen Dienstalters waltete ein ähnliches Verhältnis wie bei den Lebensjahren ob.

---

<sup>1)</sup> Auf den fiskalischen Steinkohlenwerken bei Saarbrücken hatte bei einer Belegschaft von 23,358 Mann am 1. December 1875 der Jahrgang 70 nur 6 Köpfe; der älteste Bergmann hatte ein Alter von 78 Jahren, der jedoch noch unter Tage anfuhr.

c. Den Familienstand der Arbeiter, bei welchem jedoch nur die zu ernährenden Angehörigen berücksichtigt sind, bildeten 2891 Ehefrauen, 4493 Kinder unter und 1129 von über 14 Jahren, 310 zu ernährende Mütter oder Väter und 63 desgleichen Geschwister, zusammen also 8886 Köpfe. Die berg- und hüttenmännische Bevölkerung betrug hiernach also nahezu 14,000 Seelen.

Auf einen Mann der Belegschaft kamen nicht ganz 2 zu ernährende Angehörige (in Saarbrücken  $2\frac{2}{5}$ ) und auf eine Familie (einschliesslich der Witwer) etwa 2 zu ernährende Kinder (in Saarbrücken etwa 3).

Von der Belegschaft waren incl. der Witwer mit Kindern 2940 (fast 63 %) verheirathet (in Saarbrücken 60 %).

#### B. Resultate der statistischen Erhebungen vom 1. December 1885 <sup>1)</sup>.

Die Resultate der am 1. December 1885 angestellten Enquête weichen von den vorhergehenden nicht unwesentlich ab.

Die Belegschaft auf den Bergwerken ist von 3900 auf 3790 Mann gefallen, dagegen die auf den Hütten von 790 auf 804 gestiegen

Hinsichtlich des Lebensalters ist zunächst bemerkenswert, dass die Altersklassen von 12 bis 14 Jahren bis auf 12 bei der Berginspection Lantenthal beschäftigte Knaben weggefallen sind. Es erklärt sich hieraus auch die nicht unbedeutende Abnahme der Bergarbeiter, zu denen die schulpflichtigen fast ausschliesslich in den Aufbereitungsanstalten beschäftigten Jungen zugezählt sind.

Von den übrigen Lebensalterstufen sind nur noch Interesse die über 60.

---

<sup>1)</sup> Das Ergebnis einer am 1. December 1880 angestellten Enquête übergehe ich, da dasselbe nur unbedeutende Verschiedenheiten von der vorausgegangenen Erhebung aufweist.

Zur Orientirung über die Zahl der diesen angehörenden Arbeiter diene folgende Tabelle:

Es standen im Alter von <sup>1)</sup>:

Jahren:	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	über 75
Arbeiter:	34	52	25	19	20	23	8	9	6	5	12	4	4	1	1	1	2

Hinsichtlich des Dienstalters weichen die Resultate von denen aus dem Jahre 1877 so wenig ab, dass ich dieselben ganz übergehen kann.

Was den Familienstand betrifft, so ist bemerkenswert, dass die Zahl der Kinder unter 14 Jahren von 4493 auf 4838 gestiegen, dagegen die Zahl der zu ernährenden Kinder über 14 Jahre von 1129 auf 775 gesunken ist.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Zur Vergleichung der Zahl der in einem höheren Alter als 60 Jahre stehenden Arbeiter mit denen anderer Bergbaubezirke diene folgende Uebersicht über die Belegschaft auf den Königl. Steinkohlengruben zu Saarbrücken in demselben Lebensalter, wobei zu berücksichtigen ist, dass die letztere um fast siebenmal so stark ist, als die der Oberharzer Bergwerke:

Jahre:	60	61	62	63	64	65	66	67	68	69	70	71	72	73	74	75	über 75
Arbeiter:	26	14	19	21	11	11	8	7	4	3	6	3	1	3	—	—	2

Die älteren Jahrgänge waren also auch bei dieser Erhebung beim Oberharzer Bergbau weit stärker als bei dem staatlichen Steinkohlenbergbau bei Saarbrücken.

<sup>2)</sup> Bei den Steinkohlengruben zu Saarbrücken war die Zahl der Kinder unter 14 Jahren von 35167 auf 48031, die Zahl der zu ernährenden Kinder über 14 Jahre von 5128 auf 9728 gestiegen.

### 3. Das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften in geschichtlicher Entwicklung und jetziger Gestaltung.

Wie der Pastor Henning Calvör<sup>1)</sup> durch die sorgfältigste Sichtung des gesammten über den Ursprung des Harzer Bergbaues existierenden Quellenmaterials nachgewiesen hat, nahm der Bergbau am Oberharze um die Mitte des dreizehnten Jahrhunderts seinen Anfang.<sup>2)</sup>

<sup>1)</sup> Henning Calvör, geb. Oktober 1686 zu Silstedt in der Grafschaft Wernigerode, war von 1713 als Conrektor, von 1725 als Rektor am Gymnasium zu Clausthal thätig. Von Ende 1729 bis an seinen Tod (1766) versah er das Pfarramt zu Altenau. Seine Hauptwerke sind:

1. „Acta histor. chron. mechanica circa metallurgiam in Hercynia superiori oder Historisch Chronologische Nachricht und praktische Beschreibung des Maschinenwesens im Harze.“ 2 Bde. 1763.
2. „Historische Nachricht von der Unter- und gesammten Oberharzischen Bergwerke ersten Aufkunt bis zum Schluss im Jahre 1760. 1. Bd. 1765. — Das letztere Werk bildet die geschichtliche Ergänzung zu ersterem.

<sup>2)</sup> Calvör stützt sich, indem er die bis zum Erscheinen seines Werkes herrschende Ansicht, dass der Bergbau am Oberharze bereits in der ersten Hälfte des 11. Jahrhunderts seinen Anfang genommen habe, zurückweist, hauptsächlich auf folgende urkundliche Beweise:

1. Heinrich der Löwe wurde im Jahre 1157 von Friedrich I. mit der Harzforst belehnt; eine Nachricht über Bergwerke in der Harzforst ist in dem Belehnungsbrieft nicht enthalten.
2. Bei dem im Jahre 1203 erfolgten Verteilungsrecesse der von Herzog Heinrich dem Löwen hinterlassenen Länder unter seine 3 Söhne geschieht eines Bergbaus am Oberharze gleichfalls keiner Erwähnung. Vgl. hierüber: Rhetmeyer, Braunschweig-Lüneburgische Chronik Bd. 3, pag. 421. — Scheidt, Origines Guelficae T. 3, pag. 626. Leuckfeld, Antiquitates Blankenb. pag. 2.
3. In der Urkunde vom Jahre 1235, durch welche Otto puer mit dem neu gegründeten Herzogthume Braunschweig-Lüne-

Bereits nach einem Säculum seines Bestehens, im Jahre 1348, kam er infolge der unter dem Namen „der schwarze Tod“ bekannten Pest zum Erliegen.

Die Geschichte der Entwicklung des Bergbaues in dieser ersten Periode seines Bestehens entzieht sich unserer Kenntnis, da die wenigen Nachrichten, die uns über diese Zeit erhalten sind, ausser den Urkunden, welche nachweisen, dass Bergbau getrieben wurde, in das Gebiet der Sage gehören.

Weit deutlicher ist das Bild, das sich uns nach Wiederaufnahme des Bergbaus zu Beginn des 16. Jahrhunderts bietet.

Um wegen der steigenden Nachfrage nach edlen Metallen den Bergbau zu befördern, hauptsächlich aber, um die wegen der dünnen Bevölkerung des Harzes unzureichenden Arbeitskräfte zu ergänzen, erlassen die Landesherren Bergbaufreiheiten<sup>1)</sup> für den Harz, welche

---

burg belehnt wurde, ist zugleich die Uebertragung des „Zehnten“ am Rammelsberge auf Otto enthalten, dagegen fehlt in derselben jede Nachricht über Bergbau am Oberharze. —

Die erste Urkunde, welche auf das Bestehen von Bergbau im Oberharze hindeutet, ist ein im Jahre 1271 unter dem Titel „jura et libertates silvanorum“ von Herzog Albrecht dem Grossen von Braunschweig erlassenes Berggesetz. Vgl. Wagner, *corpus juris metallici* pag. 1021. — Leibnitz, *Script. Rer. Brunsvic.* T. 3 pag. 535. — Heineccius et Leuckfeld, *Script. Rer. Germ.* pag. 202.

Arndt, welcher in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen *Allg. Preuss. Berggesetze* (Halle 1885) S. 32 unter 6 sagt: „Die Harzer Bergwerke, welche um das Jahr 1000 von fränkischen Bergleuten entdeckt und aufgenommen worden sind,“ hat hierbei wohl nur den Bergbau am Rammelsberge im Auge, der indes gleichfalls nicht von fränkischen Bergleuten entdeckt, wahrscheinlich aber von nach Goslar berufenen, des Bergbaus kundigen Franken in lebhaften Betrieb gebracht ist.

<sup>1)</sup> Diese sind:

1. Gräfflich-Hohnstein'sche Bergfreiheit für die Bergwerke in der Grafschaft Lauterberg, Sonntag nach Viti 1521. Cf. Calvör, *historisch-chronolog. Nachricht* p. 215. — Gatterer, *Anleitung, den Harz und andere Gebirge mit Nutzen zu bereisen*, (Heidelberg 1795) T. III, pag. 93. (NB. Die Graf-



fremden Ansiedlern überaus günstige Niederlassungsbedingungen stellten. Daneben geben sie das Schürfen nach Erzen zu eigenem Gewinn gegen Abgabe des Zehnten von den producirtten Erzen frei.<sup>1)</sup>

schaft Lauterberg mit dem zugehörigen St. Andreasberg fiel nach Herzog Albrechts des Grossen von Braunschweig Tode (1279) an dessen älteren Sohn Heinrich den wunderlichen von Grubenhagen. Einer seiner Nachkommen verlieth sie wiederverkäuflich den Grafen von Hohnstein, (Rhetmeyer, T. I. pag. 549). Als diese im Jahre 1593 ausstarben, fiel die Grafschaft Hohnstein an Herzog Wolfgang von Grubenhagen, später mit der gesammten Grubenhagen'schen Erbschaft an das Churhaus Hannover.

2. Bergfreiheit Heinrich des Jüngeren von Braunschweig für die Bergwerke am Harze, zu Gittelde im Grunde und zu Zellerfeld, Montag nach Quasimodogeniti 1532. Calvör, pag. 217. — Gatterer, T. II. pag. 103.
3. Bergfreiheit Heinrichs des Jüngeren von Braunschweig für die Bergstadt Clausthal vom 11. Juni 1554. Cf. Calvör, pag. 20. — Gatterer, T. II. pag. 1033. Wagner, corpus juris met. pag. 1061.

<sup>1)</sup> Die Rechte, welche sie den Bewohnern des Harzes einräumen, lassen sich in folgende Punkte zusammenfassen:

1. Freies bürgerliches Gewerbe und freien Markt in den Bergstädten;
2. Freiheit von Abgaben und landesherrlichen Dienstbarkeiten;
3. Forstzinsfreies Holz aus den herrschaftlichen Waldungen, zum Bergbau, zu den Hüttenwerken und Wohnhäusern;
4. Gelegenheit zu Acker- und Wiesenbau;
5. Eigene Civil- und Berggerichte;
6. Freien und sicheren Ein- und Abzug;
7. Erlassung am Zehnten vom Gewinn des Bergbaus auf gewisse Zeit;
8. Milderung des Vorkaufsrechtes an den producirtten Erzen. Cf. Meyer, Versuch einer Geschichte der Bergwerksverfassung und der Bergrechte des Harzes im Mittelalter. Eisenach 1817.

Die ersten Anfänge der Bergbaufreiheit finden sich nach der allgemein verbreiteten Ansicht in Deutschland zu Beginn des 12ten Jahrhunderts (Cf. Klostermann, Bergrecht, pag. 12). Um die Mitte des 13ten Jahrhunderts finden sie sich als ein weit verbreitetes Recht in Meissen, Mähren und Niederrhein. Zu Ende desselben Jahrhunderts war dieses ursprünglich lokale Gewohnheitsrecht bereits zu gemeinem Rechte in ganz Deutschland geworden.

Diese Lockmittel zur Ansiedelung bewirken, dass Bergleute in grosser Zahl aus Böhmen, vom Erzgebirge etc. in den Harz wandern und daselbst den Anlass zur Gründung einer Anzahl der Oberharzer Bergstädte geben. Auch Gewerken, zu denen namentlich die reichen Städte Magdeburg, Lübeck und Bremen gehörten, fanden sich in hinreichender Zahl zur Aufnahme neuer Gruben und „es begann ein lustig Schürfen und Muten“; der schnell anwachsenden Bevölkerung bot sich dadurch reichliche Gelegenheit zur Beschäftigung.

Dieses Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften blieb bis zu Beginn des dreissigjährigen Krieges constant. Letzterer hatte dagegen im Gefolge, dass, um den fortwährenden kriegesischen Beunruhigungen zu entgehen, die Gruben von

---

Die Bergfreiheiten sollen sich nach der Theorie von Achenbach, der sich Dernburg, Stobbe und andere anschlossen, aus den Rechten der Gemeindegossen an der Allmende gebildet haben. Cf. Achenbach, Deutsches Bergrecht, pag. 70 ff. — Dernburg, Privatrecht, III. Auflage, I. pag. 633. — Stobbe, Handbuch des Privatrechts, II. Auflage, pag. 579.

Dieser Ansicht tritt Arndt in der Einleitung zu dem von ihm herausgegebenen Allg. Preuss. Berggesetze (Halle 1885) pag. 37—40 entgegen, indem er, was den Harz betrifft, mit Recht hervorhebt:

1. „Die Harzer Bergordnungen unterscheiden in keiner Weise zwischen Gemein- und Privatland. Auch auf letzterem durfte jeder — die Erlaubniss des Regalherrn vorausgesetzt — Bergbau treiben.
2. Die Bergwerke im Harze gehörten dem Könige und den von diesem Beliehenen, aber nicht den Grundbesitzern. Die Bergleute sind Fremde (ursprünglich Franken), und nicht Gemeindegossen, die auf der Allmend Bergbau treiben“ etc.

Ich kann mich den Ausführungen von Arndt nur anschliessen. Ich habe in den Harzer Bergordnungen keine Anhaltspunkte gefunden, welche das Recht, Bergbau zu treiben, von der Gemeindezugehörigkeit abhängig machen. Dass ferner die ersten Bergleute (wahrscheinlich von Otto I. berufene) Franken gewesen seien, erscheint nach dem von den Harzer Bergleuten gesprochenen fränkischen Dialekte unzweifelhaft.

den Gewerken, der Harz von dem grössten Teile der Bevölkerung verlassen wurde. „Die Bergleute verliessen sich“, wie Honemann in seinen Harzaltertümern treffend bemerkt.

Der Mangel an Arbeitskräften, der hierdurch eintrat, war so bedeutend, dass der Bergbau fast ganz zum Erliegen kam. Der Uebelstand wurde um so grösser, als sich nach Beendigung des Krieges keine Gewerken zur Wiederaufnahme der unbaut liegenden Gruben fanden. Denn die bei dem damaligen Stande der Technik am leichtesten zu gewinnenden Erze waren bereits abgebaut, ein Grubenbau in die Tiefe äusserst kostspielig.

Es griff, diesem Notstande abzuhelpen, die Bevölkerung des Harzes selbst mit Geldmitteln ein. Sie erklärte sich auf Anregung des Berghauptmanns v. d. Busche bereit (1702), eine auf Bier, Wein und Branntwein gelegte Accise behufs Gründung einer Bergbaukasse freiwillig zu übernehmen. Diese sollte den Zweck haben, die Interessen des Bergbaus zu fördern, in erster Reihe, Versuchsbaue mit Geld zu unterstützen.<sup>1)</sup>

Der mit dem Kassenaufwande erzielte Erfolg übertraf selbst die kühnsten Erwartungen; Gruben mit den reichsten Erzmitteln wurden dem Abbau erschlossen.

Es erwiesen sich indes diese günstigen Erfolge bei dem Bergbau von keiner nachhaltigen Dauer, da eine grosse Zahl der zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts erschürften Gruben bereits gegen Mitte desselben in den Erzanbrüchen nachlies.

<sup>1)</sup> In der von Kurfürst Georg Ludwig unterm 13. April 1703 erlassenen Bergresolution Art. 23 heisst es in Beziehung auf die Kasse „ein anderes nicht als die Aufnahme Unserer Bergwerke und aller derjenigen, welche davon ihre Nahrung und lebensunterhalt haben müssen, die conservation unserer Bergstädte und aller deren Einwohner, also blos und allein das allgemeine Beste intendiret wird, die von vormelten Anlagen aufkommende Gelder zu keiner anderen Behaue als davon Bergwerke zu Gute verwendet werden sollen.“

1. Es gehörten hierzu vor allem die Werke Dorothea und Carolina.

Die Ueberfüllung, welche infolge dessen in dem Arbeiterpersonale eintrat, war so bedeutend, dass man einen Teil desselben in die Miliz stecken musste.

Es gesellte sich als ein weiteres Hemnis für das Gedeihen des Bergbaus hinzu, dass man bei dem Mangel einer fortgeschrittenen Grubentechnik des Grundwassers in den Schächten vielfach nicht Herr wurde. Auch übte der siebenjährige Krieg einen nachteiligen Einfluss auf die Entwicklung des Bergbaus aus.

Erst durch die Anlage des „tiefen Georgstollens“ (1777—79), der die meisten Gruben vom Grundwasser befreite, gelang es, den Bergbau von neuem zu beleben.

Da indes wegen der bedeutenden technischen Anlagen das zur Bebauung der Gruben erforderliche Betriebskapital bedeutend in die Höhe gegangen war, so bestand auf Seiten der Gewerke keine grosse Neigung mehr, sich an der Ausbeutung der nur noch in grösseren Tiefen ergiebigen Gruben lebhaft zu beteiligen.

Auch in der gewerkschaftlichen Verfassung traten erhebliche Missstände hervor. Neben schwindelhaftem Handel mit Kuxen wurden diese oft bis in Tausendstel hinein geteilt.

Diese Uebelstände blieben auch auf das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften nicht ohne Einwirkung. Diese äusserte sich in einem seit Beginn unseres Jahrhunderts anhebenden über die Bedürfnisse weit hinausgehenden Anwachsen des Arbeiterpersonals. Ein solches bedingten ausser den geschilderten Missständen die eine intensivere Ausnutzung der menschlichen Arbeitskräfte zulassenden Fortschritte in der Technik des Bergbaubetriebes. Namentlich wurde durch die Einführung der einmännischen Bohrarbeit an Stelle der bis dahin gebräuchlichen zweimännischen seit dem ersten Viertel unseres Jahrhunderts die Ausnutzung der Kräfte der bei der Gewinnung des Gesteins beschäftigten Arbeiter fast auf das Doppelte gesteigert.

Die überzähligen Arbeiter wurden von englischen Agenten angeworben, um in überseeischen Ländern, namentlich in Brasilien für englische Bergwerksgesellschaften zu arbeiten. Im Vordergrund der letzteren steht die allgemeine Bergwerksgesellschaft (General Mining Association) zu London. Ihre Werbungen, bezweckend Harzer Arbeiter für den Bergbaubetrieb in der Provinz Minas Geraes (San Joze) zu gewinnen, veranlassten in den Jahren 1827 und 1831 etwa 50 Bergleute zur Auswanderung. Da gute Nachrichten von ihnen in das Mutterland gelangten, fand ihr Beispiel bald häufige Nachahmung. Zu den bereits erwähnten von den Auswanderungslustigen aufgesuchten Ländern gesellten sich noch Texas und andere Staaten der nord-amerikanischen Union. Als später die glücklichen Erfolge in den Goldländern einen neuen Sporn zur Auswanderung boten, war Südaustralien das Ziel der Fortzügler. Ihre Zahl stieg im Jahre 1848 auf 77 Arbeiter mit 220 Angehörigen und erreichte 1850/51 die Höhe von 250.

Die Verwaltung suchte den Arbeitern die Uebersiedelung in die überseeischen Länder durch Gewährung des Ueberfahrtsgeldes und durch angemessene Unterstützungen zu erleichtern. Dagegen vermied sie zwangsweise Ablegungen von Arbeitern wegen Ueberfülle des Grubenpersonals. Dadurch sowie weil ihre Annahme und Entlassung von der Zustimmung der Bergbehörde abhing, erlangten die Bergleute gewissermaßen die Stellung von Staatsbeamten. Die Annahme von Arbeitern erfolgte unter der stillschweigenden Voraussetzung, dass die Behörde die Verpflichtung übernehme, für den zur Arbeit herangezogenen Bergmann bis an sein Lebensende zu sorgen.

Eine oft von der Bergbehörde angewandte Massregel, überzähligen Bergleuten anderweitige Beschäftigung zu geben, bestand darin, dass sie einen Teil derselben beim Wegebau und in den Forsten arbeiten liess. Eine

solche Ausgleichung zwischen dem Arbeiterpersonale des Bergwerkshaushaltes einerseits und des Forsthaushaltes andererseits wurde dadurch besonders erleichtert, dass beide Verwaltungszweige in einem Berg- und Forstamte zu Clausthal vereinigt waren.

Da indes seit Beginn der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts der Bergbau wegen Mangel an Wasser, seinem Lebenselemente, noch weiter zurückging, war auch dieses Aushülfsmittel nicht mehr geeignet, ein Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften herzustellen. Wir finden daher in dieser Zeit das Bestreben bei den Arbeitern hervortreten, in anderen Bergbaurevieren des Inlandes lohnendere Beschäftigung zu suchen. Doch gelang ihnen hier die Verbesserung ihrer Lage häufig nicht; wenigstens deuten Nachrichten, dass nach Westfalen ausgewanderte Bergleute nach kurzer Zeit in ihren Erwartungen getäuscht in die Heimat zurückkehrten, darauf hin. Fanden sie auch in Westfalen einen höheren Arbeitslohn, so glich die durch den Wegfall mancher Privilegien (z. B. einer billigen Kornlieferung), höhere Mietpreise etc. verteuerte Lebenshaltung diesen Vorteil wieder aus. Auch wird die Liebe zur Heimat, die Sehnsucht nach den Bergen, wie sie dem Harzer in hohem Masse eigen ist, auf den Entschluss zur Rückkehr in den Harz häufig eingewirkt haben.

Die Bergbehörde nahm die freiwillig gegangenen Arbeiter trotz der Ueberfüllung in dem Grubenpersonale wieder auf. Diese befremdende Erscheinung findet darin ihre Erklärung, dass die Bewohner des Harzes von jeher ein Recht auf Beschäftigung bei dem dortigen Bergbau zu haben glaubten. Da die Bergfreiheiten und die Bergordnungen hierüber keine Bestimmungen enthalten, so stehen wir hier ohne Zweifel einem Gewohnheitsrechte gegenüber.

Seit Beginn der zweiten Hälfte unseres Jahrhunderts tauchen Nachrichten über Auswanderungen

von Arbeitern in überseeische Länder nur noch vereinzelt auf; sie beschränkten sich in den beiden letztverflossenen Decennien auf einige wenige Fälle.

Charakteristisch ist dagegen für diese Zeit, dass der Nachwuchs der Bevölkerung sich nicht mehr in dem Masse zur Beschäftigung beim Bergbau bereit fand, als es bis zum Beginn der siebziger Jahre der Fall war. Der Umstand, dass der Harz durch den Bau mehrerer Bahnen dem Verkehre zugänglicher gemacht wurde, trug wesentlich dazu bei, dass der Bergmann mit dem flachen Lande mehr Fühlung erhielt und seine Söhne häufiger zu auswärtigen Meistern in die Lehre schickte.

Ein Mangel an Aufbereitungspersonal zum Zerkleinern und Concentrieren der Erze machte sich bereits Mitte der sechziger Jahre infolge neuer bedeutender Erzanbrüche bei den Gruben des Clausthaler Reviers fühlbar. Die Bergbehörde fasste daher den Entschluss, eine grosse Aufbereitungsanstalt im Clausthaler Thale zu errichten, die sämtliche Pochwerke des Clausthaler Reviers (13) vereinigte und auf den Fortschritten der modernen Maschinentechnik beruhend, einen grossen Teil der früher in den Pochwerken zur Anwendung kommenden Handarbeit verdrängte. Gleichwohl liegen die Verhältnisse zur Zeit so, dass bei der Aufbereitung die Nachfrage nach Arbeitern das Angebot noch übersteigt; bei den Gruben sowie bei den Hütten halten sich dagegen Angebot und Nachfrage das Gleichgewicht.

---

#### 4. Rückblick auf die Entwicklung des Lohnes in unserem Jahrhundert.

Als eine eigenartige Erscheinung ergibt sich aus der Wirthschaftsgeschichte beim Harzer Bergbau, dass auf die Entwicklung des Lohnes das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Bergleuten ohne Einwirkung gewesen ist. Nur darin, dass die Gewerken an der Festsetzung der Arbeitsbedingungen keinen Anteil hatten, die Normierung derselben, insofern durch die Bergordnungen keine besonderen Bestimmungen erlassen waren, vielmehr allein in den Händen der Bergbehörde d. i. der Bergämter ruhte, findet diese eigentümliche Erscheinung ihre Erklärung.

Zur Charakteristik dieses Verhältnisses diene im unmittelbaren Anschlusse an den das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitern behandelnden Abschnitts eine Geschichte des Lohnes in unserem Jahrhundert, obwohl dadurch der Abhandlung im besonderen im gewissen Sinne vorgegriffen wird. Ich beschränke mich bei den diese Entwicklung behandelnden Darlegungen auf die Häuer bezw. Vollhauer, d. h. auf die ausschliesslich bei der Gewinnung des Gesteins beschäftigten Arbeiter.

Der Lohn der oberharzischen Bergleute wurde im Jahre 1823 dahin normiert, dass die Vollhauer wöchentlich in fünf Schichten 2 Thlr. 8 Gr. — 2 Thlr. 10 Gr. empfangen sollten. Derselbe wurde an den ersten fünf Wochentagen erworben, da der Sonnabend den Bergleuten zur Verrichtung häuslicher Arbeiten und zur Erholung freigegeben war.

Das Verhältnis wurde im Jahre 1848 dahin abgeändert, dass man den Vollhäuern cedierte, durch Verfahren einer Ueberschicht ihren Wochenverdienst auf 2 Thlr. 14 Gr. — 2 Thlr. 17 Gr. zu erhöhen.



Da indes um die Mitte unseres Jahrhunderts eine erhebliche Steigerung der Lebensmittelpreise, und infolge dessen eine Entwertung des Geldes eintrat, so sah sich die Bergbehörde in die Notwendigkeit versetzt, den Geldlohn der Bergleute noch weiter zu erhöhen. Sie erreichte dies dadurch, dass sie den Arbeitern (im Jahre 1855) einräumte, den freien Wochentag (Sonntag) zur Arbeit auszunutzen und dafür 15 Gr. an Lohn zu empfangen.

Da jedoch von ärztlicher Seite darauf hingewiesen wurde, dass es von höchst nachteiliger Wirkung auf die Gesundheit und Lebensdauer des Arbeiters sei, wenn derselbe sich wöchentlich einen Tag länger in der sauerstoffarmen ungesunden Grubenluft aufhalte, so wandten sich die Bergleute mit einem Gesuche an die Behörde, ihnen den freien Wochentag zu belassen, dagegen den höheren Lohn für die übrigen fünf Tage auszuzahlen. Das Resultat dieses Gesuches war, dass ein Mittelweg eingeschlagen wurde in der Weise, dass die Bergleute die Sonnabend-Schicht in der Nacht vom Freitag auf den Sonnabend einarbeiteten. Dies Verhältnis besteht im wesentlichen noch jetzt. Ich komme hierauf weiter unten zurück.

Nach dem Uebergange des Bergbaues auf den preussischen Fiskus wurden die Lohnverhältnisse zum ersten male im Jahre 1872 einer Regelung und Normierung unterzogen, die noch jetzt den massgebenden Faktor für die Lohnhöhe bildet. Es wurden folgende Lohnsätze aufgestellt:

- I. Klasse: Aufbereitungsarbeiter und sonstige Tagelöhner erhalten einen Schichtenlohn von 40 Pfg. bis 2 Mk. 20 Pfg.
- II. Klasse: a. Grubenarbeiter von 1 Mk. bis 2 Mk. 40 Pf. und b. Handwerker von 1 Mk. 20 Pf. bis 2 Mk. 40 Pfg. Schichtenlohn.

III. Klasse : Ausrichter<sup>1)</sup>, Kunstwärter<sup>2)</sup>, Holzarbeiter<sup>3)</sup>  
etc. von 1 Mk. 80 Pfg. bis 3 Mark  
Schichtenlohn.

Welche Löhne innerhalb dieser Grenzen zur Zeit  
gezahlt werden bezw. inwieweit und aus welchen  
Motiven die letzteren bereits überschritten sind, wird  
Gegenstand der besonderen Betrachtungen sein.

---

<sup>1)</sup> vgl. pag. 35.

<sup>2)</sup> vgl. pag. 36.

<sup>3)</sup> vgl. pag. 34.

## I. Capitel.

**Die Arbeiter und ihre Beschäftigung; Arbeitszeiten und Löhne.****1. Das Arbeiterpersonal bei den Gruben.**

Die statistischen Erhebungen vom Jahre 1885 unterscheiden bei der Nachweisung der Anzahl der auf die verschiedenen Arbeiterkategorien verteilten Arbeiter zwischen eigentlichen Grubenarbeitern und Tagearbeitern. Einen Nachweis darüber, nach welchen Merkmalen diese Trennung vorgenommen sei, erhalten wir aus den Erhebungen nicht. Jedoch zeigt ein Blick auf die Tabelle, dass zu den eigentlichen Grubenarbeitern alle mit dem Betriebe der Werke in direkter Beziehung stehenden Arbeiter gerechnet sind, während man die Tagearbeiter als das Hilfspersonal bezeichnen kann.

**A. Eigentliche Grubenarbeiter.**

Zu berücksichtigen sind unter ihnen zunächst drei aus der Art der Beschäftigung sich ergebende Arbeiterklassen: Häuer, Förderer und Holzarbeiter.

a. Die Häuer, bei der Gewinnung des Gesteins beschäftigte Arbeiter, rekrutieren sich aus Förderern, welche das 27. oder 28. Lebensjahr zurückgelegt haben. Sie bilden die zahlreichste und wichtigste Arbeiterklasse unter den Bergleuten.

Die Lohnart ist bei ihnen der Stücklohn. Die Einführung desselben erwies sich als notwendig, um eine möglichst gleichmässige Arbeitsleistung der Häuer zu erzielen. Denn da diese in Gruppen an häufig weit von einander gelegenen Orten arbeiten, so kann ihre Beaufsichtigung nicht eine derart intensive sein, wie es der Bergwerksbetrieb erfordert.

Folge der Einführung des Stücklohnes war eine Steigerung der Löhne. Indes setzte man, um einer übermässigen Anstrengung der Arbeiter vorzubeugen, eine Grenze für das Maximum der Arbeitsleistung in einer Schicht fest und erzielte dadurch, da dies fast ständig erreicht wird, dass der Lohn sich auf regelmässig gleicher Höhe hält.

Je nach der Bemessungsart des Stücklohnes scheiden sich die Häuer in Bohrhäuer und Gedinghauer. Erstere werden nach Metern Bohrlochtiefe, letztere nach Raummetern des gewonnenen Gesteins bezahlt.

Die Bohrhäuer arbeiten auf den einzelnen Gruben in ein- und denselben Schichten; ein Schichtenwechsel findet nicht statt.

Die im Clausthaler Revier in den Gruben „Königin Marie“, „Herzog Georg Wilhelm“ und „Eleonore“ beschäftigten Bohrhäuer treffen an den ersten fünf Werktagen der Woche, mit Ausnahme des Montags, an welchem von 4—5 Uhr Betstunde stattfindet, gegen 5 $\frac{1}{2}$  Uhr morgens auf dem Einfahrschachte „Marie“ ein. Um 5 Uhr 20 Minuten bzw. um 5 $\frac{1}{2}$  Uhr für die auf der nächstgelegenen Grube „Königin Marie“ beschäftigten Arbeiter beginnt die Einfahrt. Dieselbe währt 40 Minuten bzw.  $\frac{1}{2}$  Stunde für die letztgenannten Bohrhäuer.

Vorher hat bereits der Untersteiger durch Aufkleben von Lehm auf das Gestein die Stellen bezeichnet, an welchen „gebohrt“ werden soll. Ein in den Lehm gesteckter Spahn giebt zugleich die Richtung an, welche das Bohrloch zu nehmen hat.

Nachdem sich die Arbeiter auf die so gekennzeichneten Bohrstellen verteilt, beginnen sie mit dem „Bohren“, d. h. sie stellen vermittelst Meissels<sup>1)</sup> Löcher her von einer Tiefe von etwa 50 cm und einer Weite

---

<sup>1)</sup> Am Oberharze dienen bei den Gewinnungsarbeiten des Gesteins Meisselbohrer aus raffiniertem Stahl, deren Schneide einen etwas grösseren Durchmesser als die Bohrerstange hat. Die Stärke

von ungefähr 0,04 m oben und 0,036 m. unten. Das Verfahren hierbei ist folgendes:

Der Häuer setzt den Bohrer (Meissel) mit der linken Hand mit der Schneide fest gegen das Gestein, führt dann mit einem eisernen „Fäustel“ (Hammer) in der Rechten Schläge gegen den Kopf des Bohrers aus und dreht letzteren nach jedem Schlage etwas um seine Achse.

Bis zum Beginn der „Löse“- (Mittag)-Stunde sind auf diese Weise von den Bohrhäuern zwei Löcher herzustellen. Die hierfür festgesetzte Zeit (5 Stunden) ist so reichlich bemessen, dass körperlich normal entwickelte und geschickte Arbeiter bei einigem Fleisse den Anforderungen leicht zu entsprechen im Stande sind. Können sie das erforderliche Arbeitsmass nicht oder wegen heranrückenden Alters nicht mehr leisten, so werden sie zu leichteren Arbeiten, meist über Tage verwandt. Ich komme hierauf später zurück. Während der Mittagspause besorgt der Untersteiger mit seinem Gehülfen, dem „Schiesser“, das Abschiessen der fertigen Bohrlöcher. Als Sprengmaterial dient teilweise Dynamit, theilweise Schiesspulver.

Als Abbaumethode ist beim Oberharzer Bergbau der „Firstenbau“ im Gebrauche, d. h. die durch „Abteufen“ (Absinken) kleiner Schächte gewonnenen Feldtheile werden treppenstufenweise von unten nach oben abgebaut.

der Seiten, deren Kanten gebrochen sind, beträgt etwa 17 mm. Bei zunehmender Vertiefung des Bohrloches müssen die breiteren Bohrer durch schmalere ersetzt werden. Man unterscheidet hiernach:

1. Anfangsbohrer, Länge 30—40 cm, Breite 260—280 mm.
2. Mittelbohrer, Länge 50—60 cm, Breite 220—250 mm.
3. Abbohrer, Länge 75—100 cm, Breite 180—200 mm.

Die Bohrer stumpfen schnell ab, sodass bei Herstellung eines Bohrloches 5—12 mal gewechselt werden muss.

Die Heraus-schaffung des Bohrmehles und das Reinigen des Bohrloches geschieht vermittelst des sog. Krätzers oder Wischers. Derselbe besteht aus einer dünnen Stange, die unten rechtwinklig zu einem Löffel gebogen ist.

Ich komme wieder auf die Bohrhäuer zurück.

Nach Beendigung der Lösestunde (12 Uhr) „scheiden“ (trennen) die Bohrhäuer mittelst Scheidhammers den „Berg“ d. i. das taube Gestein von den Erzen. Vorher hat der Untersteiger „hart machen“, „sichern“, d. h. mittelst Keilhaue (oder Spitzhammer) das noch lose hängende Gestein herunterbrechen lassen.

Diese Massregel erfordert grosse Sorgfalt und gewissenhafte Anweisung seitens des Aufsichtsbeamten. Denn bei ungenügender Sicherung bricht das Gestein häufig nach. Thatsächlich werden dadurch Verunglückungen fast in jedem Jahre herbeigeführt.

Die Beschäftigung bei der Gesteinstrennung bringt in die Einförmigkeit der Bohrarbeit eine die Arbeitslust des Häuers zweifellos fördernde Abwechslung, wegen der geringeren Anforderung, die sie an die Körperkräfte der Arbeiter stellt, zugleich einige Erholung. Man erkennt dies daran, dass nach Beendigung der Scheidstunden das dritte in derselben Schicht noch anzufertigende Bohrloch in einer verhältnismässig sehr kurzen Zeit, in etwa  $1\frac{1}{2}$  Stunden hergestellt wird. Freilich ist nicht zu vergessen, dass der Wunsch des Bergmanns, bei der um  $4\frac{1}{2}$  Uhr beginnenden Ausfahrt zur Stelle zu sein, die Herstellung dieses Bohrloches wesentlich beschleunigen hilft. Die Ausfahrt ist um fünf Uhr, nur in wenigen Fällen um  $5\frac{1}{2}$  Uhr vollendet.

Auf Grube Rosenhof dauert die effektive Arbeitszeit der Bohrhäuer, da die Ein- und Ausfahrt je eine halbe Stunde länger währen, nur 9 Stunden; gleichwohl wird von den hier beschäftigten Bohrhäuern dieselbe Arbeitsleistung wie auf den übrigen Gruben verlangt, indem die Zeit für die Herstellung der beiden ersten Bohrlöcher nur auf 4 Stunden — von 6 bis 10 Uhr — anstatt auf fünf bemessen ist.

Auf den übrigen Oberharzer Gruben hat die Arbeit der Bohrhäuer eine Regelung nach gleichen Gesichtspunkten wie bei den Clausthaler Werken erfahren;

die Schichtzeit beträgt auch hier im Durchschnitte  $10\frac{3}{4}$  bis  $11\frac{1}{2}$  Stunden einschliesslich der Zeit der Ein- und Ausfahrt sowie der Lösestunde.

Von den Ueberschichten, die die Bohrhäuer zu machen haben, sind zunächst diejenigen auszuscheiden, welche wegen Rettungsarbeiten und Gefahren für die Grubengebäude verfahren werden. An solchen sind alle Bergleute gegen Vergütung des Schichtlohnes teilzunehmen verpflichtet.

Im Grunde müsste ich auf die Frage, wie viel Ueberschichten von den Bohrhäuern im Durchschnitte monatlich, vierteljährlich etc. verlangt werden, antworten: keine. Denn unter den Begriff von Ueberschichten fallende um 2—3 Stunden verlängerte regelmässige Arbeitszeiten, die lediglich die Produktion zu vermehren bezwecken, um einer gesteigerten Nachfrage das Gleichgewicht zu halten, kommen im Oberharze nicht vor. Die ständig wiederkehrende Ueberarbeit dient ausschliesslich zur Einarbeitung der nicht auf einen Sonntag fallenden Feiertage bzw. einer regelmässig verkürzten Wochenschicht. Als eigentliche bergmännische Feiertage gelten demnach nur die Sonntage. Fällt also z. B. das Weihnachtsfest nicht auf den Anfang der Woche, so müssen beide Weihnachtsfeiertage von den Bohrhäuern eingearbeitet werden. Man begründet diese Massregel damit, dass man den Arbeitern die Möglichkeit gewähren will, an sämtlichen Feiertagen des Jahres zu ruhen, ohne dadurch an ihrem Lohn geschmälert zu werden. Thatsächlich würde durch den Wegfall des Lohnes für die auf einen Wochentag fallenden Feste eine erhebliche Reducierung des Jahreseinkommens der Bohrhäuer entstehen. Denn ausser dem Weihnachtsfeste werden von ihnen in 4 „Vierteln“ d. h. in 4 Ueberschichten von je zweistündiger Dauer eingearbeitet: Neujahr (wenn nicht auf einen Sonntag fallend), Heiligen 3 Könige, das Bergdankfest (Fastnacht), der Gründonnerstag und Charfreitag, der zweite Oster-

tag, Himmelfahrt, die Marientage, das Johannisfest (24. Juni) und Michaelis.

Hierzu tritt in jeder Woche eine zweistündige Ueberschicht zur Ausgleichung für die nur 6 bzw. 7 Stunden währende Sonnabend-Schicht. Dass letztere in der Nacht vom Freitage zum Samstage eingearbeitet wird, erwähnten wir bereits in der Einleitung. Die dafür angesetzte Arbeitszeit excl. Ein- und Ausfahrt beträgt auf Grube „Eleonore“ und „Herzog Georg Wilhelm“ 7 Stunden — von 11 Uhr nachts bis 6 Uhr morgens —. Sie ist in der Weise eingeteilt, dass die Stunden von 11—3 Uhr zur Herstellung von zwei Bohrlöchern, die von 3—6 zum Scheiden verwandt werden. Auf „Königin Marie“ beginnt diese Schicht um 3 Uhr nachts und endigt um 9 Uhr morgens (Bohrarbeit von 3—6, Scheidarbeit von 6—9 Uhr.) In den übrigen Grubenrevieren ist die Dauer dieser Nachtschicht in ähnlicher Weise geregelt.

Was die Höhe des Schichtlohnes der Bohrhäuer betrifft, so dürfte die nachfolgende Berechnung dieselbe ergeben:

Die Bezahlung pro Meter Bohrlochtiefe beträgt bei nassem (weichem) Gestein 1 Mk. 15 Pfg., bei trockenem 1 Mk. 35 Pfg. Von den drei in einer Schicht herzustellenden Bohrlöchern ( $\equiv 1\frac{1}{2}$  Meter Tiefe) sind etwa:

a. 1 Meter nass	$\equiv$ 1,15 Mk.
b. $\frac{1}{2}$ „ trocken	$\equiv$ 0,68 „
<hr/>	
Summe:	1,83 Mk.

Hierzu kommt:

Für drei Scheidtsunden à 23 Pfg.  $\equiv$  0,69 Mk.

---

Gesamtlohn: 2,52 Mk.

Hiervon kommen 10 Pfg. für das von der Grubenverwaltung gelieferte Oel in Abzug, sodass der Schichtlohn des Bohrhäuers zwischen 2 Mk. 40 Pfg. und 2 Mk. 50 Pfg. liegt. Der Lohn für eine Schichtstunde wurde vor einigen Jahren von 20 auf 23 Pfg. erhöht,



um den Arbeitern ein Aequivalent zu bieten für die durch Bildung der knappschaftlichen Krankenkassen erhöhten Kassenbeiträge (vgl. Cap. III am Ende). Ausserdem sind Lohnerhöhungen bei den Bohrhäuern in letzter Zeit nicht vorgekommen.

Das zur Arbeit erforderliche Gezäse (Arbeitsgerät) erhalten die Bohrhäuer wie alle übrigen Arbeiter umsonst.

Die Gedinghäger, frühere Bohrhäuer, sind ältere, erfahrene Bergleute, die das Vertrauen ihrer Vorgesetzten geniessen, die Hauerarbeiten — das Bohren sowie das Abschiessen der Bohrlöcher — selbständig ausführen zu können. Der Lohn wird bei ihnen nach den Raummern des gewonnenen Erzes bemessen.

Die Gedinghäger arbeiten auf den meisten Gruben in drei verschiedenen Schichten. Die Einfahrt der ersten derselben angehörnden Arbeiter beginnt bei den Gruben des Clausthaler Reviers gegen drei Uhr nachts. Die Schicht währt von 3 $\frac{1}{2}$  bis 11 $\frac{1}{2}$  Uhr. Hieran schliesst sich unmittelbar die zweite, daran die dritte in gleicher zeitlicher Dauer an. Die Arbeiter in den Schichten wechseln wochenweise. Grosse Verschiedenheiten in Bezug auf die Dauer der Schichten existieren in den einzelnen Bergbaubezirken des Oberharzes nicht; nur bei der Berginspektion Silbernaal — Grund ist die effektive Arbeitszeit der Gedinghäger, sie beträgt 10 Stunden pro Schicht — eine höhere als bei den übrigen Grubenrevieren.

Die Ueberweisung der Arbeiten sowie die Festsetzung des Lohnes erfolgt bei den Gedinghägern gewöhnlich am letzten Werktag eines jeden Monats durch den Obersteiger. Derselbe prüft das Gestein mit seinem „Häkel“ (Stock mit kleinem Beil) auf die Festigkeit, die den Massstab für die Lohnhöhe bildet. Letztere bewegt sich

1. wenn das Gestein weich ist, zwischen 50 und 60 Mk. pro Raummeter,

2. bei hartem Gestein zwischen 75 und 90 Mk. für dasselbe Quantum.

Diese Lohnstellung ermöglicht dem Arbeiter, bei Entwicklung einigen Fleisses seinen Tagesverdienst auf 2 Mk. 50 Pfg. zu bringen excl. der für Lieferung der Sprengstoffe an die Grubenverwaltung zu zahlenden Entschädigung. Die Arbeitsleistung des Gedinghäuers ist zwar eine unbegrenzte, jedoch wird einer Ueberanstrengung des Arbeiters dadurch vorgebeugt, dass dem Obersteiger das Recht zusteht, während der Arbeit den bedungenen Lohn herabzusetzen, wenn der Gedinghauer mit seiner Leistung seinen durchschnittlichen Schichtenlohn (2 Mk. 50 Pfg.) weit überholt. Letzteres tritt fast regelmässig ein, wenn das Gestein während der Arbeit weicher wird. Bei zunehmender Härte desselben erfolgt auf die Bitte des Arbeiters, wenn dieselbe von dem Steiger oder Untersteiger unterstützt wird, gewöhnlich eine Erhöhung des Gedingsatzes.

Der dem Gedinghauer gewährte Stücklohn ist demnach nur ein bedingter. Jedoch finden Arbeitgeber wie Arbeiter dadurch ihren Vorteil, dass an Lohn sowohl abgebrochen als auch zugelegt wird. Indes kömmt das letztere weniger oft vor als das Herabsetzen des Lohnes.

Die Gedinghauer arbeiten in Kameradschaften von 2—4 Mann an einer „Strosse“ (Absatz, Stufe), um einander bei der Schiessarbeit bezw. bei etwa eintretenden Unglücksfällen Hilfe leisten zu können. Sie unterbrechen ihre Schicht einmal um eine halbe Stunde, nachdem sie 1—2 Löcher gebohrt und abgeschossen haben. Sie beginnen dann mit der Scheidarbeit, schaffen das „Gebirg“ (Gestein) an die „Stürzrollen“ (kleine ausgemauerte Schächte) und werfen es durch diese auf die darunter liegenden Förderstrecken (die Bohrhauer thun dies nur bei geringer Entfernung der Stürzrollen). Die hierauf noch übrig bleibende Schichtenzeit dient zur weiteren Anfertigung von Bohrlöchern.

Die Gedinghauer arbeiten die nicht auf einen Sonntag fallenden Feiertage wie die Bohrhauer ein ausser den Marientagen, dem Feste der Heiligen drei Könige, dem Johannis- und Michaelifeste, an welchen die Arbeit in der regelmässigen Weise stattfindet.

b. Die Förderer schaffen die in den Abbauen gewonnenen, durch die Stürzrollen auf die Förderstrecken geworfenen Erzmassen längs den Strecken in „Hunden“ (Wagen), bei kürzerer Entfernung auch in Karren oder Trügen bis an das „Füllort“ (Ende) des Förderschachtes. Es gehören ihnen fast ausschliesslich jüngere Bergleute im Alter von 21—28 Jahren an. Ihre Schichten fallen mit denen der Bohrhauer zusammen. Die Auslohnung erfolgt nach Raummetern des gefördertsten Gestein und hat zur Zeit (1890) die Höhe von 12 Pfg. pro Raummeter.

Neben ihrer regelmässigen Arbeit sind die Förderer zugleich mit den Bohrhauern beim Scheiden des Gesteins thätig. Sie erhalten hierfür wie diese 23 Pfg. pro Stunde. Ihr Gesamtlohn hat im Durchschnitte die Höhe von 2 Mk. für die Schicht.

Zu den Förderern werden die sog. Treiberleute gerechnet, die sich aus folgenden Arbeiterkategorien zusammensetzen:

1. Die „Stürzer.“ Diese sind bei der beim Harzer Bergbau teilweise noch erhaltenen „Tonnenförderung“ vermittelst Kurbelhaspels“ beschäftigt. Sie hängen den Haken der von der Decke des „Gaipels“ (des über dem Schachte stehenden Gebäudes) herabhängenden sog. Stürzerkette in einen unter dem Boden der Tonne angebrachten Ring, sobald diese heraufgewunden ist. Nachdem sich die Tonne hierauf nach vorn gesenkt und den darunter stehenden Hund mit Gestein gefüllt hat, „läuft“ (fährt) dies der Stürzer auf die Halde resp. an die „Schifferrolle“ (Stürzrolle, welche auf die schiffbare Wasserstrecke fährt) bei Gruben des Clausthaler Reviers, bei welchen vermittelst der Tonne nur „blind,“ d. h.

nicht zu Tage sondern bis zu einer höher gelegenen Strecke gefördert wird, von welcher aus die Weiter-schaffung an den Dampfförderschacht mittelst Schiffen geschieht. (Vgl. unten S. 32.)

Während der Stürzer diese Arbeit verrichtet, füllt

2. Der „Anschläger“ unten am Füllorte den leeren Kübel mit Erzen wieder.

3. Die „Schützer“ leiten von der sog. Schützerbucht aus die Bewegungen der Fördertonne mittelst Hebel- bzw. Stangenvorrichtung. Zum Verständnisse des Wesens dieser Vorrichtungen mögen einige Bemerkungen über die Technik der Tonnenförderung hier Platz finden:

Das über eine oberhalb des Schachtes gelagerte Treibscheibe in die Höhe laufende Seil wird über Leitrollen zu einer tiefer liegenden Seiltrommel (Seilkorb) geführt und hier aufgewickelt. Gleichzeitig läuft von einer unmittelbar daneben liegenden Trommel ein zweites Seil ab.

Die Drehung der Trommeln wird durch Wasserkraft bewirkt. Abwechselnd diesseits oder jenseits des Scheitels eines auf derselben Achse sitzenden Kehrades schlagen die Kraftwasser auf.

Zwei Kanäle leiten diese nach beiden Seiten des Kehrades hin. In jedem der ersteren befindet sich ein Schieber (Schütze), dessen Bewegungen der Schützer von seiner Bucht aus so leitet, dass die Seiltrommeln und dadurch die Fördertonne sich seinem Willen fügen. In ähnlicher Weise wird die mit den Seilkörben in Verbindung stehende Bremse vom Schützer gehandhabt. Ausserdem giebt diesem ein Zeigerwerk (kleines Räderwerk, welches mit der Seilkorbwelle in Verbindung steht) auf einem Zifferblatte an, an welcher Stelle des Schachtes sich die Tonne befindet.

Als Signalvorrichtung ist in der Schützerbucht das sog. „Klopfzeug“ angebracht. Dasselbe besteht aus einem Hammer oder Stempel, welcher mit einem

im Schachte hinabhängenden, sowie nach der Wasserradstube ausgespannten Drahtseile mittelst Hebel- und Stangenvorrichtung so in Verbindung steht, dass man von jeder Stelle des Schachtes sowie von der Radstube aus sich dem Schützer durch Klopfen bemerklich machen kann. So bedeutet: einmaliges Klopfen: Stillstand, 2mal: Hohe (obere) Tonne herein, 3mal: Hohe Tonne in die Höhe, 2 mal 5: Ausrichter herein, 2 mal 6: Beschädigung, 2 mal 7: tötliche Beschädigung.

Stürzer, Anschläger und Schützer arbeiten abwechselnd eine Woche lang in Tagschichten, die nächstfolgende in Nachtschichten. Sie stehen im Stücklohn und erhalten für das Raummeter des geförderten Gesteins im Durchschnitte 4 Pfg. Ihr Lohn hat die Höhe von 2,40—2,50 Mk. pro Schicht.

Unter den Förderern anzuführen obwohl nicht in die Klasse derselben gehörend sind:

Die Schiffer. Sie besorgen den Transport von Erzen in Kähnen auf der sog. „tiefen Wasserstrecke“, einem Kanale, der in einer Tiefe von 400 m seit dem Jahre 1878 den gesamten Verkehr zwischen Grube und Aufbereitung für die Werke „Königin Marie“, „Herzog Georg Wilhelm“ und „Eleonore“ vermittelt. Diese schiffbare Wasserstrecke ist eine Fortsetzung des Ernst-August-Stollens.

Die Schiffer arbeiten in Kameradschaften von acht (bisweilen neun) Mann. Jedem von ihnen steht ein Kahn zur Verfügung. Diesen fahren sie zu Beginn der Schicht zum Behufe der Füllung unter die Schifferrolle. Der Verschluss derselben wird hierbei von einem der Schiffer so lange offen gehalten, bis der Lenker des zu füllenden Kahnes durch Zuruf andeutet, dass er seine „Masse hat“, d. h. das Schiffchen, wenn hölzern, vorn drei Zoll, hinten fünf Zoll, wenn eisern, vorn fünf Zoll und hinten sieben Zoll über die Oberfläche des Wassers emporragt.

Sind sämtliche acht Kähne auf diese Weise gefüllt, so fahren die Schiffer ab, d. h. sie bewegen das Schiffchen an einem in der Firste des Kanals gespannten Drahtseile ziehend unter den Ottiliae-Förder-Schacht. Hier wird es so eingestellt, dass die in demselben stehenden Kasten <sup>1)</sup> an das durch einen Leitrahmen im Schachte geführte Förderseil befestigt und vermittelst Dampfkraft direkt gehoben werden können.

Zur Beförderung der in der Grube „Königin Marie“ gewonnenen Erze arbeiten die Schiffer in drei (wöchentlich wechselnden) Schichten. Die erste derselben beginnt 1 Uhr nachts und endet 9 Uhr morgens. Hieran schliesst sich unmittelbar die zweite und weiter die dritte mit gleicher zeitlicher Dauer an.

Zur Beförderung der Erze der Gruben „Eleonore“ und „Herzog Georg Wilhelm“ dienen zwei Schichten. Die erste derselben beginnt nachts 1 $\frac{1}{2}$  Uhr und endet mittags 11 $\frac{1}{2}$  Uhr, die zweite währt von 11 Uhr mittags bis 9 Uhr abends.

Die Schiffer stehen im Zeitlohn; die Lohnhöhe für eine der ersterwähnten kürzeren Schichten ist 2 Mk. 60 Pfg., die einer der längeren 3 Mk. 20 Pfg. Es resultiert aus diesen Lohnsätzen ein durchschnittlicher Schichtenlohn von 2 Mk. 80 Pfg. Derselbe ist um etwas höher bemessen als der der Bohrhäuer und Gedinghäger, weil man bei den Schiffern bereits die völlige Feiertagsruhe durchgeführt hat.

Ein Anlass zur Einführung der Stücklöhnung für die Schiffer liegt deshalb nicht vor, weil ihre Arbeitsleistung eine gleichmässige, von der Behörde vorgeschriebene ist. In der erstangeführten Schicht mit achtstündiger Dauer fahren die Schiffer einmal, in der letzteren, um zwei Stunden längeren, bei der zugleich die zu durchfahrende Strecke eine kürzere ist, zweimal. Die Zeit der Abfahrt der Schiffer und ihrer Ankunft

---

<sup>1)</sup> In jedem Kahne stehen 3 oder 4 Kasten.

bei dem Förderschachte ist von der Behörde festgelegt. Auch muss das Fahren in dem Kanale ein gleichmässig schnelles sein, damit die in verschiedenen Schichten arbeitenden Schiffer zu der festgesetzten Zeit an den im Kanale angebrachten Weichen mit ihren Kähnen kreuzen.

Man wird die Frage aufwerfen, ob das den Schiffern von der Bergbauverwaltung zugemessene Arbeitsquantum über normale an die Kräfte derselben zu stellende Anforderungen nicht hinaus gehe. Vor Beantwortung derselben muss hervorgehoben werden, dass die Arbeit der Schiffer die grösste Anstrengung unter den bergbaulichen Verrichtungen erfordert. Sie wird dadurch noch erschwert, dass durch das Ziehen an den kantigen Drahtseilen leicht wundhafte Stellen an den Händen der Arbeiter entstehen.

Die Antwort auf die obige Frage kann daher nur eine bedingte sein, denn nicht alle Arbeiter sind zu der Beschäftigung bei der schiffbaren Erzförderung geeignet. Es können vielmehr nur die kräftigsten unter ihnen zu derselben herangezogen werden. Auch bei ihnen tritt auf Wunsch eine Wiedereinreihung in die frühere Arbeiterklasse ein, wenn sie das geforderte Arbeitsmass nicht zu leisten vermögen. Indes erklärten die von mir befragten Arbeiter, dass die für die Fahrt festgesetzte Arbeitszeit nach ihrem Urteile nicht zu kurz bemessen sei. Jedoch empfinden sie es als einen Uebelstand, dass keine Pause in der Schicht vorgesehen ist. Sie müssen ihre zur Grube mitgenommene Nahrung während der Fahrt verzehren. Ob es eine erwünschte Regelmässigkeit in dem Bergwerksbetriebe nicht zulässt, diesem Uebelstande abzuhelpen, eine Ansicht, die ich im Harze oft vernommen habe, vermag ich nicht recht zu übersehen.

c. Die Holzarbeiter gehen aus solchen Förderern hervor, die sich durch grosse Handfertigkeit vor ihren Genossen auszeichnen. Es liegt ihnen die

Herstellung und Erhaltung der für den Grubenausbau erforderlichen Zimmerarbeiten ob. Sie beginnen ihre Thätigkeit in dieser Arbeiterklasse zunächst als Gehülfen der Holzarbeiter als sog. Strossenhäuer. Der Lohn dieser beträgt für die Schicht, die sich in allen Fällen mit denen der Bohrhäuer deckt, 2 Mk. 40 Pfg. ausser einer Oelvergütung in der Höhe von 10—12 Pfg., der der Holzarbeiter 2 Mk. 50 Pfg.

Unter den Holzarbeitern sind zu erwähnen die Wasserhäuer, Wässerer.

Dies sind ältere Holzarbeiter, die das Holz zu seiner Conservierung bewässern. Sie erhalten wie die Stollenhäuer, denen die Verzimmerung der Stollen obliegt, 2 Mk. 80 Pfg. Lohn für die Schicht.

Ausser den drei Hauptklassen der Bergarbeiter giebt es beim Oberharzer Bergbau noch Mannschaften für besondere bergbauliche Verrichtungen. Zu ihnen gehören:

1. Die Ausrichter, frühere Holzarbeiter. Diesen liegt die Beaufsichtigung des Treibschachtes und der Treibmaschine ob. Sie befahren von Zeit zu Zeit auf der Fördertonne stehend den Treibschacht, bessern schadhafte Stellen in dem Treibseile aus bezw. ordnen die Beschaffung eines neuen an. Ist die Tonne im Schachte hängen geblieben, so machen sie dieselbe los („richten aus“).

Ihre Beschäftigung ist eine besonders gefährdende, einmal durch die ungünstige Stellung auf dem Rande der Fördertonne, in welcher sie den Schacht befahren, sowie dadurch, dass die Tonne im Schachte anstossen oder aufschlagen kann. Verunglückungen kommen daher bei dieser Arbeiterklasse häufig vor. Nach einer von dem „Königl. Hannover'schen Berggeschworenen“ Friedrich Schell angeführten Unfallstatistik verloren beim Oberharzer Bergbau vom 1. Januar 1757 bis Ende December 1863 im Ganzen 1190 Personen



in Ausübung ihres Berufs das Leben. Unter diesen befanden sich 53 Ausrichter, also 22,3 %, während die Gesamtzahl derselben nur etwa  $1\frac{2}{5}$  % der der Bergarbeiter betrug.

2. Die Kunstknechte, Kunstwärter, gleichfalls aus Holzarbeitern hervorgegangene Bergleute. Sie sorgen für den regelmässigen Gang der Wasserwältigungsmaschinen und der Fahrkünste bezw. der ihre Bewegungen bewirkenden maschinellen Einrichtungen. Sie arbeiten wie die Ausrichter eine Woche lang in Tagschichten, die nächstfolgende in Nachtschichten und empfangen wie diese einen Lohn von 2 Mk. 80 Pfg. für die Schicht.

Zu den eigentlichen Bergarbeitern gehören ausserdem die Grubenmaurer. Sie stellen die Mauerung in den Schächten her. Ihre Anzahl beträgt 4—8 auf jeder Grube. Sie beginnen nach einer dreijährigen Lehrzeit ihre Thätigkeit mit einem Lohne von 1 Mk. 80 Pfg. für die zehnstündige Schicht, der bis zu 2 Mk. 60 Pfg. steigt.

An letzter Stelle führe ich noch die Scheidarbeiter, (Handler) an. Diese setzen sich fast ausschliesslich aus älteren Bergleuten zusammen, die zur Bohrarbeit nicht mehr geeignet sind. Von jüngeren Bergleuten gehören ihnen nur mit körperlichen Mängeln behaftete an. Ihr Lohn hat die Höhe von 2 Mk. für die zehnstündige Schicht.

B. Zu den Tagearbeitern gehören die Gaipel-(Gruben)- Wächter, die Grabenarbeiter, Handwerker (Tischler, Zimmerer) und Büroarbeiter. Bei der Zählung vom 1. Dezember 1885 waren vorhanden:

48 Gaipelpächter,  
34 Grabenarbeiter,  
210 Handwerker,  
12 Büroarbeiter.

Die Grabenarbeiter sind mit der Wartung der oberirdischen Wasserleitungen betraut, die Gaipelpächter, meist halbinvalide Bergleute, bewachen die auf den

Gruben befindlichen Geräte bezw. Vorräte. Einer weiteren Erklärung der Beschäftigungsart dieser nur oberirdisch beschäftigten Arbeiter bedarf es nicht, da dieselbe mit ihrer Anführung gegeben ist. Der Schichtlohn dieses Personals variiert zwischen 2 Mk. und 2 Mk 60 Pfg.

Hiermit wären die Lohn- und Arbeitsverhältnisse der einzelnen Bergarbeiterklassen erschöpft. Was die allgemeinen Einrichtungen und Zustände in den Gruben betrifft, so ist zunächst für den blossen Aufenthalt in den Schächten, um so mehr für eine regelmässige Anstrengung erfordernde Thätigkeit in denselben die Zuführung frischer, die sauerstoffarme Grubenluft ersetzender „Wetter“ das wichtigste Erfordernis. Beim Oberharzer Bergbau wird diese durch den etwa 26 Kilometer langen Ernst-August-Stollen bewirkt. Derselbe bildet gewissermassen ein Verbindungsrohr zwischen den auf ihm stehenden Schächten und der Luftsäule über dem Stollen-Mundloch. Ist die Luftsäule in den Schächten wärmer als diejenige über dem Stollen-Mundloch, so fällt die letztere ein, erstere strömt aus. Ist das Verhältnis das umgekehrte, so wird der Wetterzug durch Wettertüren, die an passenden Stellen die Stollen abschliessen, geregelt.

An „wetternötigen“ Orten, also bei Schächten, durch welche keine Stollen laufen, wendet man noch den sog. Harzer Wettersatz und die Wassertrommel als Ventilatoren an. Ersterer ist eine Luftpumpe mit Wasserdichtung, auf dem Systeme der stehenden Saugpumpe beruhend, letzterer Apparat, zusammengesetzt aus einem Rohre, dessen oberes Ende in einen Wasserbehälter hineinragt, während das untere Ende durch den Deckel eines Kastens läuft, welcher am Boden Abzugslöcher hat und einem zweiten durch den Deckel des Kastens nach dem wetternötigen Orte führenden Rohre wirkt als Bläser. Das Agens ist auch hier das Wasser.

Schlagende Wetter, die, wie als bekannt angenommen werden darf, durch Verbindung von Wasser-

stoffgas oder Kohlenwasserstoffgas mit der Luft entstehen, kommen beim Gangbergbau nicht vor. In drei Fällen, in denen man solche gleichwohl beobachtet zu haben glaubte, ergab die eingeleitete Untersuchung, dass eine Entzündung von Sumpfgas vorgelegen, welches sich durch Verfaulen von Pflanzen unter Wasser gebildet hatte.

Ueber den Durchbruch sog. „böser“ Wetter liegt nur eine Nachricht aus dem Jahre 1804 vor. Die aus der verfallenen Grube Weinstock bei St. Andreasberg bei einem Querschlage vom sog. Sieberstollen her ausgetretenen Gase enthielten hauptsächlich Kohlensäure und Stickstoff unter Beimengung von Schwefelwasserstoff. Es verunglückten bei diesem Durchbruche ein Untersteiger und fünf Arbeiter.

Häufiger als böse Wetter entstanden Grubenbrände. d. h. Entzündung der Grubenzimmerung. Diese wurden durch Unvorsichtigkeit von Bergleuten veranlasst. Die letzten Nachrichten über derartige Brände datieren aus den Jahren 1862 und 1878. Verluste an Menschenleben kamen dabei jedoch nicht vor.

Ueber die gewöhnlichen Luft- und Temperaturverhältnisse in den Gruben wurden verschiedene Bergleute von mir befragt. Dieselben erklärten sich mit der Wetterführung zufrieden. Gleichwohl ist die Temperatur in den Schächten naturgemäss meist eine hohe (28—32° Celsius.)

Die Aufbewahrung und den Gebrauch der Nitroglycerinsprengstoffe regelt die Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtsbezirk Clausthal vom 30. November 1885. Im übrigen gelten für das Sprengen mit Dynamit oder Nitroglycerin dieselben Vorschriften, welche bei der Schiessarbeit in Anwendung kommen (cf. § 34—40 der Allg. Polizeiverordnung für den Verwaltungsbezirk des Königl. Oberbergamts zu Clausthal unter 5: Hauerarbeit). Letztere umfassen die allgemein üblichen Bestimmungen: Verbot des Tabakrauchens beim Wegthun

der Schüsse, Verbot des Schiessens ohne Patronen, Anweisungen, die zur Schiessarbeit notwendigen Zündstoffe in einem mit festem Verschlusse versehenen Behälter mitzuführen, sowie vor Anzünden eines jeden Schusses die in der Nähe befindlichen Personen durch Zuruf zu avertieren etc.

Da die Gruben meist in der Nähe der von den Bergleuten bewohnten Ortschaften und Städte liegen, so sind die Wege zu denselben wenig beschwerlich. Ein Missverhältnis in dieser Beziehung liegt nur für die in Altenau wohnhaften Bergarbeiter vor. Dieselben müssen zum Teil einen beschwerlichen Weg von  $1\frac{1}{2}$  Stunden zu den Clausthaler Werken, zum Teil einen solchen von 1 Stunde zu der Grube Juliane Sophie bei Schulenberg zurücklegen.

Dieser Uebelstand wurde dadurch herbeigeführt, dass der niemals zu grosser Blüte gelangte Bergbau zu Altenau gegen Ende vorigen Jahrhunderts ganz einging, die Bergbehörde die in Mitleidenschaft gezogenen Arbeiter nicht ablegte, sondern den Clausthaler Werken zur Beschäftigung überwies. Aehnlich verfuhr sie mit Hüttenleuten, als nach dem Uebergange des Bergbaues auf den preussischen Fiskus der Betrieb der Altenauer Silberhütte eingeschränkt, der der Eisenhütte ganz eingestellt werden musste. Zu einer Uebersiedelung von Altenau nach Clausthal konnte sich der grössere Teil der in ersterem Orte ansässigen Arbeiter nicht entschliessen.

Von erschwerender Einwirkung auf dies Missverhältnis ist das feuchte und rauhe Klima des Oberharzes. Die Bergleute müssen sich im Winter häufig selbst einen Weg durch den über Nacht gefallenen Schnee bahnen. Nur vermöge ihrer kräftigen körperlichen Constitution vermögen sie den an sie herantretenden Beschwerden zu trotzen.

Die gesundheitsschädliche Wirkung des Aufenthaltes unter Tage in der sauerstoffarmen Grubenluft

macht sich bei den Bergleuten häufig durch eine etwas matte, ins Graue spielende Gesichtsfarbe bemerkbar. Da indes die Grubenluft von dem der Lunge nachteiligen Kohlenstaube frei ist, so tritt die besonders durch das Einatmen desselben verursachte sog. Bergsucht im Harze weniger oft auf als z. B. in den Kohlenrevieren. Hierin dürfte auch das in der Einleitung nachgewiesene starke Ueberwiegen der älteren Jahrgänge unter den Arbeitern des Oberharzer Bergbaues über die des Saarbrückener Kohlenreviers seine Erklärung finden. Andere aus der Beschäftigung der Bergleute entstehende Berufskrankheiten sind mir nicht bekannt. Indes werden durch das feuchte und rauhe Klima des Oberharzes häufig rheumatische Leiden unter den Arbeitern erzeugt.

## **2. Die Aufbereitungsarbeiter.**

Die in den Gruben gewonnenen Roherze gelangen behufs Aussonderung der nutzbaren Fossilien und Vereinigung der gleichartigen unter ihnen in die Aufbereitungsanstalten. Hier arbeiten grösstenteils junge Burschen und Knaben im Alter vom 14. Lebensjahre an. Sie ab solvieren bei der Erzaufbereitung gewissermassen das erste Stadium ihrer bergmännischen Thätigkeit, bis sie meist im Alter von 21 Jahren zu der Grubenarbeit übergeführt werden.

Bis zum Erlasse der Gewerbeordnung zog man Kinder männlichen Geschlechts bis zum 10. Lebensjahre herab zu den Aufbereitungsarbeiten zu, seitdem erstreckte sich die Beschäftigung auf Knaben vom 12. Lebensjahre an. Um dem Unterrichte der noch im schulpflichtigen Alter stehenden jugendlichen Arbeiter keinen Abbruch zu thun, schied man zu Beginn der achtziger Jahre auch die Knaben im Alter von 12—14 Jahren von der Beschäftigung aus.<sup>1)</sup>

<sup>1)</sup> Die schulpflichtigen Knaben arbeiteten bis dahin täglich 6 Stunden und empfingen nachmittags einen dreistündigen Unterricht.

Frauenarbeit ist weder bei diesem noch bei den übrigen Betriebszweigen des Oberharzer Bergbaues im Gebrauche.<sup>1)</sup> Sie ist auch im Laufe der geschichtlichen Entwicklung des Bergbaues nur hin und wieder bei der Erzaufbereitung vorgekommen, wenn grosser Mangel an Arbeitskräften eine solche erforderlich machte.<sup>2)</sup> Zeigte sich hierin keine Abweichung von der allgemeinen Steigerung des Arbeitsangebots beim Bergbau, so bedingt andererseits eine Ueberfüllung in dem Grubenpersonal ein Stocken des Uebergangs der Aufbereitungsarbeiter zur Beschäftigung bei den Gruben. Zum Nachtheile ihrer sittlichen Entwicklung, der Disciplin und ihrer ökonomischen Lage wurden die Aufbereitungsarbeiter besonders in den fünfziger Jahren unseres Jahrhunderts an ihrem Avancement behindert. Seitdem hat ihre Ueberführung zu den Gruben regelmässig vorgenommen werden können. Sie erfolgt einmal in jedem Jahre.

Die Beschäftigung der Arbeiter bei der Erzaufbereitung ist eine ausserordentlich vielseitige. Es ist daher in der nachfolgenden Darstellung eine Einteilung derselben nach der Art ihrer Beschäftigung nicht vorgenommen worden, da eine solche ein tieferes Eindringen in die Technik der Erzaufbereitung zur Voraussetzung haben würde. Im Grossen und Ganzen ist der Gang der letzteren auf der mehrfach erwähnten grossen Aufbereitungsanstalt im Clausthaler Thale folgender:

Das Haufwerk d. i. das gesammte zu verarbeitende Gestein wird zunächst, nachdem es in Hunden von dem in unmittelbarer Nähe gelegenen Förderschachte<sup>3)</sup> nach

---

<sup>1)</sup> In unterirdischen Betrieben ist Frauenarbeit in Deutschland und Oesterreich-Ungarn überhaupt verboten.

<sup>2)</sup> So bestimmte eine im Jahre 1647 von dem Pörgante zu Clausthal erlassene Resolution: „Nachdem es an Puchkindern fehlt, sollen alle Knüppelmägde (Klöpplerinnen) und alles lose gehende Gesindel sich bei Strafe zur Pucharbeit gebrauchen lassen.“

<sup>3)</sup> Die Zutageförderung der gesammten im Clausthaler Grubenreviere gewonnenen Erze wird durch den Ottilliae-Schacht

der „Neuen Aufbereitungsanstalt“ gefahren ist, auf Gatter gestürzt, welche es durch ihre Lochung in zwei Teile, in Wände d. i. in Stücke über 60 mm Grösse und in sog. „Grubenklein“ bis zu 60 mm Korngrösse scheiden.

Die Wände gelangen bis auf die vorher ausgesonderten reichhaltigen in die in dem Steinbrechergebäude aufgestellten Steinbrecher,<sup>1)</sup> werden hier gebrochen und dann wie das „Grubenklein“ durch Classificationstrommeln in Stücke unter 32 mm („Kleinerz“) und von 32–60 mm Grösse geschieden (Klauberz“).

Bei letzteren sowie bei dem Grubenklein tritt dann, nachdem dieselben in das Trocken- resp. Nass-Sortiergebäude<sup>2)</sup> gelaufen sind, eine Handscheidung ein, d. h. die Arbeiter sondern die Stücke nach Bleiglanz, Zinkblende, Kupferkies, Schwefelkies, Walz- (Poch-) Erz und „Berg.“

Erstere Stücke dagegen (das Kleinerz), gelangen in die Grubenkleinwäsche und werden hier durch ein weiteres System von Trommeln, deren jede ihren Ausfall an die nächst untere (mit kleineren Lochweiten) abgibt, in eine gleiche Reihe von Sorten mit Korngrössen von 32 mm bis zu 1 mm herab geschieden. Von diesen werden die grösseren Stücke auf einsiebigen Setzmaschinen in reicheren und ärmeren „Vorrat“ getrennt, ersterer auf Klaubtischen in Bleiglanzstoff, Schwefelkies, Zinkblende für die Hütte und in „Walzerz“ sortiert, letzterer sowie das „Walzerz“ in sog. Rösch- (Grob-) Walzwerken zerkleinert. Die geringeren Stücke

vermitteltst Dampfördermaschine bewirkt. Alle Gruben des Clausenthaler Reviers fördern nur „blind.“

<sup>1)</sup> Es sind sechs. Bei der Aufbereitungsanstalt der Gruben „Juliane Sophie“ bei Schulenberg, sowie bei der Aufbereitungsanstalt zu Lautenthal wird die erste Zerkleinerung durch Handscheidung bewirkt.

<sup>2)</sup> Das Grubenklein wird in dem Nass-Sortiergebäude mit Zuhülfenahme von Wasser, das „Klauberz“ in trockenem Zustande in dem Trockensortiergebäude separiert.

dagegen gelangen zur weiteren Verarbeitung auf Rösch- bzw. Feinsetzmaschinen.

Man gewinnt hierdurch ausser den für die Verhüttung fertigen Erzen Zwischenprodukte (Schur-, Poch- und Bergerze.) Diese erfordern eine weitere Zerkleinerung, die bei den grösseren (bis zu 1 mm Korngrösse) durch Feinwalzen, bei den übrigen durch Pochwerke bewirkt wird. Jeder Zerkleinerung folgt dann wieder eine Classification in Gesteinsstückchen von gleicher Grösse, bei den grösseren in Trommeln, den kleineren (Sand und Schlamm) in Spitzkästen. Diese geschieht in der Weise, dass der leichtere Schlamm über die Spitzkastenklassifikatoren hinweg auf rotierende zu seiner weiteren Verarbeitung dienende Rundherde fliesst, während der Sand theils auf Fein-, theils auf Sand- und Mehlsetzmaschinen zu weiterer Reinigung befördert wird. Diese Bearbeitung liefert wieder für die Verhüttung fertige Produkte (Bleiglanzschlieg) und reichere wie ärmere Sande. Letztere — die Sande — erfordern eine nochmalige Reinigung, die bei den reicheren auf Rittniger'schen Stossherden, bei den ärmeren auf geneigten Plannherden bewirkt wird. Ausser dem hierdurch gewonnenen bleiglanzhaltigen Sand scheidet als Abfall After aus, welcher in Sümpfe ausserhalb des Gebäudes geleitet wird. Diesen schlagen die Arbeiter aus den Sümpfen heraus und laufen ihn zu einem in unmittelbarer Nähe befindlichen Bergrücken. Hier wird er durch zwei an den nördlichen und südlichen Bergabhängen befindliche Aufzüge gehoben und in das Zellerfelder Thal abgestürzt.

Dies ist der Gang der Erzaufbereitung bei der Clausthaler Anstalt. Er unterscheidet sich von dem bei der Schulenberg und Lautenthaler Anstalt nur wenig. Nur dass die technischen Einrichtungen hier nicht so grossartig, nicht so imponierend wirken. Allen Werken gemeinsam ist jedoch die Vorzüglichkeit in den sanitären Einrichtungen. Ueberall erfrischt uns in hellen



geräumigen Sälen eine reine Luft. Desto nachteiliger wirkt indes das fortwährende Hämmern und Poltern, das Rieseln und Plätschern auf unseren Geist ein.

Denselben Wert wie auf gute sanitäre legt man auf gute Sicherheitsmassregeln. Die Aufstellung der dem Betriebe dienenden Maschinen lässt eine gänzlich gefahrlose Passage zu. Die gefahrdrohendsten Teile des Maschinensystems — die Transmissionen, Zahnräder etc. — sind mit geeigneten Schutzvorrichtungen versehen. Ferner hat man den Arbeitern, welche sich umgehenden Maschinenteilen nähern müssen, vorgeschrieben, eng anliegende Kleider zu tragen.<sup>1)</sup> Der Ausserachtlassung dieser Bestimmung fällt der grössere Teil der vorgekommenen Unglücksfälle zur Schuld.

Um Unfälle möglichst zu verhüten, hat man seit einiger Zeit auch Fremden die Besichtigung der Anstalten untersagt. Man muss daher zu dem Aushülfsmittel greifen, sich mit Hülfe bekannter Arbeiter oder Aufseher Eingang in die Anlagen zu verschaffen, wenn man Werth darauf legt, dieselben kennen zu lernen.

Der Festsetzung der Löhne der Aufbereitungsarbeiter ist in erster Reihe das Lebensalter zu Grunde gelegt. Man kann hiernach etwa 4 Arbeiterklassen unterscheiden.

1. Knaben im Alter von 14—16 Jahren. Sie sind fast ausschliesslich beim Klauben, d. h. bei der Trennung der Erze in den Sortierhäusern beschäftigt. Diese Arbeit erfordert weder eine vorausgegangene Lehrzeit, noch grössere körperliche Anstrengung. Wegen ihrer Einförmigkeit ist sie indes geeignet, geistige Verkümmern hervorzurufen. Sie geschieht in der Regel im Stehen, also in der ermüdendsten Körperhaltung. Eine Abwechslung in der Beschäftigung tritt nicht ein.

---

<sup>1)</sup> § 51 der allgemeinen Bergpolizeiverordnung für den Oberbergamtsbezirk Clausthal.

Die Schichtzeit dieser jugendlichen Arbeiter ist auf die Stunden von 5 $\frac{1}{2}$  Uhr morgens bis 4 $\frac{1}{2}$  Uhr nachmittags bemessen. Sie wird zweimal durch Pausen unterbrochen, einmal von 7 $\frac{1}{2}$ —8 Uhr morgens, das andere mal von 12—1 Uhr mittags. Hiernach beträgt die effektive Arbeitszeit 9 $\frac{1}{2}$  Stunde. Der für diese Schicht festgesetzte Lohn hat je nach dem Lebensalter die Höhe von 60—80 Pfg.

2. Arbeiter im Alter von 16—18 Jahren. Sie werden zu verschiedenen Arbeiten verwandt: zum Abfegen der Plaunenherde, zur Hülfeleistung bei der Maschinenwartung, teilweise auch schon zur Förderung. Sie arbeiten täglich von 5 Uhr morgens bis 5 Uhr nachmittags mit denselben Unterbrechungen wie die unter 1. angeführten jugendlichen Arbeiter. Ihr Schichtlohn hat die Höhe von 1—1,40 Mk., soweit sie nicht bei der Förderung beschäftigt sind, bei welcher sie im Stücklohn stehen, wie

3. Die Arbeiter im Alter von 28—31 Jahren; die zum grössten Teile die Förderung der gewonnenen Bleischliege zur Hütte besorgen. Ihr nach dem Quantum der Förderung bemessener Lohn hat die Höhe von 2—2,40 Mk. pro Schicht. Aus ihnen wird auch Bedienungspersonal für die Walzwerke und Maschinen entnommen. Da die langsam arbeitenden Feinwalzwerke auch des Nachts im Betriebe sind, so hat diese Mannschaft alle drei oder vier Tage Nachtschicht (von 5 Uhr abends bis 5 Uhr morgens dauernd). Ihr Schichtlohn variiert zwischen 1,80 und 2 Mk.

Bei den Aufbereitungsanstalten zu Lautenthal und Schulenberg ist ein Theil der im Alter von 18—21 Jahren stehenden Arbeiter bei der der maschinellen Verarbeitung der Roherze vorausgehenden Handscheidung des Gesteins beschäftigt. Ihr Schichtlohn — nach Raummetern des getrennten Gesteins bemessen — liegt zwischen 2 Mk. und 2 Mk. 60 Pfg.

4. Aeltere Arbeiter. Ihre Anzahl ist gering. Meist sind es solche, die der schwereren Grubenarbeit nicht oder nicht mehr gewachsen sind. Sie unterscheiden sich in Bezug auf Beschäftigung, Lohn etc. nicht von den unter 3. genannten Arbeitern.

Die Löhne der Aufbereitungsarbeiter zeigten in der letzten Zeit Neigung zum Steigen. Dies gilt namentlich vom Jahre 1889. Die ministerielle Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen bringt das durch folgende Tabelle zur Veranschaulichung:

Es verdienen:

	1. Jugendliche Arbeiter von 14—16 Jahren:	2. Ueber Tage beschäftigte erwachsene Arbeiter:
I. Vierteljahr 1889:	0,64 Mk.	1,53 Mk.
II. „ „ :	0,65 „	1,64 „
III. „ „ :	0,70 „	1,72 „

Gegenwärtig scheinen die Löhne zu stagnieren.

### 3. Die Arbeiter auf den Hütten.

Die von den Aufbereitungsanstalten den Hütten in Schliegform zur Verschmelzung überlieferten Erze werden von letzteren gekauft, da Bergwerks- und Hüttenhaushalt eine getrennte Rechnungsführung haben. Der Gang der Verhüttungsarbeiten ist auf der Claus-thaler Hütte folgender:

Das in dem sog. Schliegmagazin behufs Feststellung des von der Hütte zu zahlenden Ankaufspreises gewogene Schmelzgut wird zunächst in Karren in ein anderes Gebäude befördert, hier gattiert, (gemengt), und in die Schmelzhütte gelaufen, wo der Vorläufer es in den Schmelzofen stürzt. Die Aufsicht über den letzteren führt der Schmelzer. So lange der Ofen in Thätigkeit ist, wirft dieser die aus einer unteren Oeffnung des Ofens herausfließende Schlackenmasse abseits und zwar die ärmeren wie die reicheren Schliegschlacken getrennt. Letztere werden bei demselben Prozesse noch

einmal verschmolzen, erstere dagegen in Hunden auf die Halde gelaufen.

Durch den Prozess des Schmelzens gewinnt man von den Schlacken abgesehen silberhaltiges Werkblei und Bleistein. Letzterer, Blei, Silber und Kupfer enthaltend, wird in Karren in die Rösthäuser befördert und hier durch Rüsten entschwefelt. Ist die zu entschwefelnde Masse kompakt geworden, so wird sie von Arbeitern zerschlagen, die gewonnenen Stücke zum grössten Teile in die Schmelzhütte zurückbefördert und hier nochmals verschmolzen.

Zur Entsilberung des gewonnenen Werkbleies dient der auf der Hütte aufgestellte Treibofen. Es beaufsichtigt denselben der sog. Silberabtreiber mit seinem Gehülfen.

Soweit das Verfahren bei der Verhüttung der Erze. Die Beschäftigung nicht aller Hüttenarbeiter ist aus demselben erkennbar. Jedoch wurde die Thätigkeit der grösseren Anzahl unter ihnen berührt. Besonders anzuführen sind:

1. Die Förderer. Ein Teil von diesen „läuft“ die zu verschmelzende Schliegmasse in die Schmelzhütte. Das von ihnen zu fördernde Quantum ist abhängig von der Menge, welche die Oefen verspeisen können. Jeden Morgen vor Beginn der Arbeit wird bekannt gegeben, wie viele sog. Ofenschichten gemacht werden sollen. Ein Arbeiter fördert in einer derselben 350—600 Ctr. Sein Lohn wird nach Hundert Centner der Fördermasse bemessen und beträgt für ein solches 40 Pfg. Ist die Menge des zu fördernden Schlieges so gering, dass der Arbeiter seine Schicht mit der Fortschaffung desselben nicht ganz ausfüllt, so wird er während der noch übrig bleibenden Schichtenzeit mit Nebenarbeiten soweit beschäftigt, dass sein Gesamtlohn wenigstens 2 Mk. beträgt.

Die Schichten selbst sind im Winter und Sommer von ungleicher Dauer. Sie beginnen in ersterer Jahres-

zeit morgens um sieben Uhr und endigen nach einer Unterbrechung von 12—1 Uhr um 4 Uhr nachmittags. Im Sommer dagegen währen sie von  $5\frac{3}{4}$  Uhr morgens bis 4 Uhr nachmittags mit Einschubung einer zweiten Pause von 8— $8\frac{1}{2}$  Uhr vormittags. Einen Einfluss auf die Lohnhöhe hat diese Verschiedenheit in der Arbeitszeit nicht.

Die zu den Förderern zu rechnenden im Zeitlohn stehenden Schlackenläufer haben einen Schichtenlohn von 2 Mk.

2. Für die Schmelzer und Vorläufer währt die Schicht 24 Stunden. Da die Oefen eine ununterbrochene Bedienung verlangen, so ist für sie keine besondere Pause in der Arbeit vorgesehen. Sie lösen sich, um eine solche zu ermöglichen, eine Zeit lang gegenseitig in der Arbeit ab. Ihr Verdienst — nach Centnern des gewonnenen Bleies bemessen — erreicht im Durchschnitte 8 Mk. bei den Schmelzern, 6 Mk. 50 Pfg. bei den Vorläufern für die Schicht.

Der beendigten Schicht folgt eine Ruhepause von 48 Stunden.

3. Die Silberabtreiber stehen den vorgenannten Arbeitern in Beziehung auf Lohn und Arbeitszeit gleich.

4. Die Arbeiter in den Rosthäusern, bei der Waage etc. unterscheiden sich hinsichtlich der Arbeitszeit und des Lohnes nicht von den unter 1 genannten Arbeitern.

Hinsichtlich der Wirkungen der Beschäftigung der Hüttenleute auf den körperlichen Organismus ist anzuführen, dass die in dem Hüttenrauche enthaltenen giftigen Gase in mannigfachster Weise einen schädigenden Einfluss auf denselben ausüben. Bei den Schmelzern und Vorläufern tritt dieser am nachtheiligsten hervor. Die in den Körper gedrunghenen Gifte verursachen bei ihnen leicht ein Verkrüppeln der Gliedmassen. Machen sich Symptome bemerkbar,

welche eine solche Wirkung befürchten lassen, so findet eine Auswechslung der betreffenden Arbeiter mit anderen statt.

Wie die giftigen Gase auf den gesamten Organismus, so wirkt das ununterbrochene Hinblicken auf eine glühende Masse, sowie die hohe Temperatur am Ofen schädigend auf die Augen von Schmelzer und Vorläufer. Man erkennt dies häufig daran, dass die Augen dieser Arbeiter rot umlaufen sind und thränen.

Zur Unschädlichmachung der in dem Hüttenrauche enthaltenen Säuren dient auf der Lautenthaler Hütte ein im Jahre 1887 von Dr. Schnabel erfundenes Verfahren. Die Säuren werden bei demselben durch angefeuchtetes Zinkoxyd absorbiert. Es kommt dies in erster Reihe den in den Rosthäusern beschäftigten Arbeitern zu Nutzen, die während ihrer ganzen Schichtzeit den intensiven Wirkungen der Schwefeldämpfe ausgesetzt sind.

Auf den übrigen Hütten hat man dieses Verfahren eigenthümlicher Weise noch nicht eingeführt.

#### **4. Beamte.**

Unter diesen sind nur die dem Grubenpersonale angehörenden Aufsichtsbeamten berücksichtigt. Die statistischen Erhebungen vom 1. December 1885 führen unter denselben auch die Obersteiger auf den Gruben und die Obermeister auf den Hütten an. Diese sind vor kurzem zu Staatsbeamten ernannt, dürfen jedoch an dieser Stelle nicht übergangen werden, da sie mit den Arbeitern in direktem Verkehr stehen.

Die Obersteiger sind Betriebsführende in den Grubenrevieren. Es unterliegen ihrer Aufsicht in der Regel mehrere Gruben. Ihre Anzahl betrug für die 6 Oberharzer Grubenreviere bei der Enquête vom 1. December 1885 im Ganzen 12. Dass sie die Schächte mehreremale im Jahre befahren, das Gedinge stellen bzw. abnehmen, wurde bereits erwähnt. Sie

lassen sich bei diesen Revisionen ausserdem von den Steigern über alle Vorkommnisse in der vorangegangenen Zeit unterrichten.

Obermeister waren bei der Enquête nur zwei vorhanden, je einer auf der Hütte zu Clausthal und Lautenthal. Es unterliegt ihnen sowohl die Aufsicht über die Arbeiter als auch über die Aufseher. Sie revidieren ferner das von letzteren zu führende Schichtenbuch.

Steiger und Aufseher führen die Aufsicht über die Arbeiter unmittelbar, erstere auch über die den Untersteigern obliegenden Verrichtungen. Auf jeder Grube giebt es 1—2 Steiger. Sie befahren die ihnen überwiesenen Gruben in jeder Schicht, controlieren die Ein- resp. Ausfahrt u. s. f. Auch führen sie wie die Aufseher das Schichtenbuch, das dem Schichtmeister behufs der alle 14 Tage stattfindenden Auslöhnung zugestellt wird.

Die wichtigste Funktion der Untersteiger — das Anweisen und Abschiessen der Bohrlöcher — wurde bereits erwähnt. Auch führten wir an, dass unter ihrer Verantwortung nach dem Abschiessen die Sicherung vorgenommen wird. Daneben üben die Untersteiger das Aufsichtsrecht über die Arbeiter aus.

Die Ausbildung von Aufsichtsbeamten geschieht auf der Clausthaler Bergschule und in der Praxis. Der Cursus der ersteren ist ein zweijähriger und erstreckt sich in erster Reihe auf den Unterricht in den bergtechnischen Fächern. Für die Ausbildung von jungen Leuten, welche sich dem Hüttenfache widmen wollen, dienen daneben Unterrichtsstunden in der Hüttenkunde und Probierkunst. Auch besteht bei der Bergschule eine besondere Markscheider-Fachklasse.

Die Aufnahme in die Bergschule ist entweder von einer genügend bestandenem Prüfung in den Elementarfächern oder von der erfolgreichen Absolvierung der Vorschule abhängig. Die Zulassung zu letzterer hat

eine einjährige praktische Beschäftigung bei irgend einem Zweige des Bergwerkshaushaltes zur Voraussetzung.

Der erfolgreichen Absolvierung der Bergschule folgt eine weitere Vorbereitung in der Praxis. In der Regel dienen derselben 2—3 Jahre, während welcher die Bergeleven als Holzarbeiter, die Hüttenaufseher-Aspiranten als Hilfsaufseher verwandt werden.

Die Schüler der Anstalt setzen sich in erster Reihe aus Söhnen von Unterbeamten des Bergwerkshaushaltes zusammen; zum Teil gehören ihnen auch solche von besser situirten Bergleuten an.

Neben den in der Bergschule und in der Praxis herangebildeten Unterbeamten giebt es auch solche, welche nur eine praktische Vorbereitung genossen haben. Bei den Gruben sind dies ausschliesslich frühere Holzarbeiter, die Häuer haben mit der Ueberweisung zu den Gesteinsarbeiten ihr Avancement abgeschlossen. Bei den Hütten steht dagegen jedem Arbeiter ein Aufrücken in die Beamtenkategorie offen. Die wichtigste Vorbedingung hierfür ist gute Führung; damit muss Geschicklichkeit, ein sicherer Blick und eine hinreichende Fertigkeit in der Anfertigung schriftlicher Arbeiten verknüpft sein.

Hinsichtlich der geschichtlichen Entwicklung der Ausbildung von Bergbeamten beim Harzer Bergbau springt in die Augen, dass die nur in der Praxis vorbereiteten Beamten bis um die Mitte unseres Jahrhunderts überwiegen und selbst bis in die höheren Beamtenstellen aufrücken. Freilich war ihrer theoretischen Ausbildung in der älteren Zeit auch wenig Rechnung getragen. Dieselbe beschränkte sich anfangs darauf, dass man an dem Lyceum Clausthaliense auf den mathematischen und den Unterricht in der Mechanik besonderes Gewicht legte. Erst auf Grund der eifrigen bergwissenschaftlichen Bestrebungen von Henning Calvör, der an dem Lyceum von 1713 bis 1725 als Conrektor,



von 1725 bis 1729 als Rektor thätig war, führte man bei demselben einen eigenen Unterricht in der Bergwissenschaft ein.

Calvör erstrebte weiter, um eine geeignete wissenschaftliche Ausbildung von künftigen Berg- und Hüttenbeamten zu erzielen, eine besondere Lehranstalt zu errichten, in welcher sich der Unterricht auf die Geometrie, Trigonometrie, Statik und Mechanik, Aerostatik, Hydrostatik und Hydraulik zu erstrecken habe. Sein Vorschlag fand nach Verlauf nur weniger Jahre Verwirklichung.

Nachdem zunächst in den Jahren 1748—1773 in einem besonderen Cursus die Arithmetik Trigonometrie, Mechanik, Hydrostatik und Hydraulik behandelt worden war, trennte man im Jahre 1775 auf Veranlassung der Berghauptmannschaft einen für Bergbaubeflissene berechneten Cursus vom Lyceum besonders ab. Zu den oben angeführten Unterrichtszweigen fügte man in demselben die Geschichte des Bergbaues, Mineralogie, Chemie, später (1805) auch die Probierkunst hinzu.

Eine Aenderung in dem hierdurch geschaffenen Lehrwesen führte die napoleonische Fremdherrschaft herbei. Sie hatte im Gefolge, dass von dem westfälischen Handelsminister von Bülow neue Vorschriften zur Heranbildung von Bergeleven erlassen und im Anschlusse hieran unter dem 21. November 1810 ein von dem Professor Hausmann in Göttingen ausgearbeitetes „Reglement über den für die Bergeleven in der Harzdivision bestimmten Unterricht in den bergmännischen Hilfswissenschaften und Künsten“ in Kraft gesetzt wurde. Auf Grund der Bestimmungen desselben entstand im Jahre 1811 eine Bergschule. Gleichwohl legte man auf die praktische Ausbildung der Bergeleven das Hauptgewicht, denn erst 1819 gelangten Bergbaukunde und Mechanik, 1821 Physik und 1829 Hüttenkunde in den Lehrplan derselben zur Aufnahme.

Ueber die weitere Entwicklung der Bergschule ist anzuführen, dass mit der Anstalt während der Jahre 1821 bis 1844 eine Forstschule verbunden war, die, dann nach Münden verlegt, noch jetzt als Forstakademie daselbst besteht.

Eine gänzliche Umgestaltung des Lehrplanes der Bergschule wurde durch ein vom 21. Dezember 1852 datierendes Regulativ herbeigeführt. Dasselbe setzt ein dreijähriges Studium für die technischen Beamten des oberharzischen Berg- und Hüttenwesens fest und giebt Veranlassung, eine bis dahin fehlende Anstalt zur Erziehung von Unterbeamten zu errichten, die im Jahre 1859 Steigerschule und später nach der Einverleibung Hannovers in Preussen Bergschule genannt und nach preussischem Muster umgestaltet wurde.

---

## II. Capitel.

**Nebenerwerb und Lebenshaltung. — Sittlichkeit und Geselligkeit.**

Es erhellt, dass aus dem im vorhergehenden Capitel Gesagtem ein sicherer Schluss auf das Jahreseinkommen der Arbeiter an Geldlohn nicht gezogen werden kann, da die Löhne im Anschlusse an die einzelnen Arbeiterkategorien nicht unwesentliche Verschiedenheiten aufweisen. Die ministerielle Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen im preussischen Staate, Jahrgang 1889, versucht, einen Nachweis über den durchschnittlichen reinen Verdienst der Bergleute (nach Abzug aller Arbeitskosten, sowie der Knappschafts- und Krankenkassen-Beiträge, zu erbringen und zwar zunächst allein für die unterirdisch beschäftigten Arbeiter, sodann für die Gesamtzahl der Belegschaft. Sie kommt hierbei zu folgendem Resultat:

Es verdienen:

**1. Unterirdisch beschäftigte Bergarbeiter.**

a. Lohn für eine wirklich verfahrenene Arbeitsschicht.		b. Jahreslohn auf einen Arbeiter.
1885	2,32 Mk.	682 Mk.
1886	2,27 "	662 "
1887	2,28 "	669 "
1888	2,27 "	670 "

**2. Gesamtbelegschaft mit Ausschluss der Grubenbeamten.**

a. Lohn für eine wirklich verfahrenene Arbeitsschicht.		b. Jahreslohn auf einen Arbeiter.
1885	1,99 Mk.	593 Mk.
1886	1,97 "	581 "
1887	1,98 "	583 "
1888	1,99 "	592 "

Ist der Geldlohn der Bergleute zwar verschieden, so ist gleichwohl ihre Beteiligung an dem Naturalbeneficium einer billigen Brodkornlieferung eine gleichmässige.

Diese Naturallieferung nahm bereits zur Zeit des dreissigjährigen Krieges ihren Anfang. Sie wurde indirekt dadurch veranlasst, dass das rauhe Klima des Oberharzes eine Getreideproduktion nicht zulässt, während die umliegenden kornreichen Gegenden, um eigener Hungersnot vorzubeugen, sich gegen die angrenzenden Länder durch einen Kornzuschlag (Fruchtsperre) abzuschliessen suchten. Das zu Beginn der vierziger Jahre des siebzehnten Jahrhunderts zur Milderung der Getreidenot vom Bergamte zu Clausthal angekaufte Korn wurde den Arbeitern zum Preise von 6 Thlr. pro Malter (132 Kgr.) überlassen, während der Ankaufspreis 7—8 Thlr. betrug. Diese Einrichtung behielt man bis zur Beendigung des dreissigjährigen Krieges bei.

In den nächstfolgenden Jahrzehnten wiederholte man die Kornverabfolgung ebenfalls in Zeiten grosser Teuerung. So überliess man den Arbeitern in den Jahren 1661/62 Roggen zum Preise von 3 Thlr. pro Malter — aus den herrschaftlichen Zinsvorräten der dem Oberharze benachbarten Aemter. Jeder Bergmann mit Frau und 4 bis 6 Kindern sollte alle 14 Tage 3 Himten, jeder Bergmann mit Frau und 1 bis 3 Kindern alle 14 Tage 2 Himten und jeder ledige Bursche einen Himten erhalten.

Feste Grundsätze für eine regelmässige Verabfolgung von Korn an die Bergleute wurden nach dem Ausbruche einer neuen Teuerung im Jahre 1692 aufgestellt. Sie besagen folgendes:

1. Die anzuschaffenden Früchte sollen in Goslar und Osterode gesöllert werden;
2. Der Himten Roggen soll mit 21 mgl. (1 mgl. = 8 Pfg.), der Himten Hafer mit 8 mgl. von den Arbeitern bezahlt werden;

3. Die Verabfolgung soll sich nur auf die dem Bergwerkshaushalte angehörenden Personen erstrecken.

Gleichzeitig erklärte der Landesherr sich bereit zur Uebernahme der halben Differenz zwischen dem Ankaufs- und dem Abgabepreise des Korns — des sog. Magazinschadens — auf die kurfürstliche Zehntkasse.<sup>1)</sup> Die andere Hälfte trugen die Gewerken. Auf dem Communion-Oberharze (Zellerfeld, Wildemann, Lautenthal und Grund) wurde die Verabfolgung von Brotkorn an die Arbeiter nach gleichen Gesichtspunkten geleitet, wie auf dem einseitigen Harze (Clausthal, Altenau, St. Andreasberg). Hier bestand die Einrichtung, dass die beiden Wolfenbüttelschen Linien, die Kurfürstliche ( $\frac{4}{7}$ ) und die fürstliche ( $\frac{3}{7}$ ) wochenweise abwechselnd das Korn einkauften aufbewahrten und verausgabten. Die Kurfürstliche Seite hatte zu diesem Behufe das sog. Kaiserhaus zu Goslar als Getreidespeicher gemietet.

Nachdem auf dem einseitigen Harze die Lieferung von Korn an die Arbeiter zu einer dauernden Einrichtung geworden, die Aufbewahrung der Getreidevorräte jedoch Schwierigkeiten bereitete, sah sich das Bergamt zu Clausthal genötigt, ein eigenes Magazinhaus zu Osterode zu erbauen, dass im Jahre 1720 begonnen, im Jahre 1723 vollendet wurde.

Dies bot Anlass, auch die Bestimmungen über die Verabfolgung von Korn an die Arbeiter zu revidieren und genauer zu fixieren. Der Landesherr bestimmte damals (1725):

1. Sämtliche erwachsene Arbeiter sollen alle 4 Wochen zwei, die Poch- und Grubenjungen einen Himten Korn erhalten;

<sup>1)</sup> Die sog. Zehntkasse zu Clausthal hatte in erster Reihe den Zweck, den dem Landesherrn von den producierten Metallen zustehenden Zehnten zu erheben und an die landesherrliche Hauptkasse zu verabfolgen. Es wurden ausserdem von ihr die Ausbeute- und Gewerkengelder verwaltet. Es bestand zu diesem Behufe bei der Zehntkasse eine besondere Ausbeute- und Gewerkekasse.

2. Es sollen von ihnen 21 mgl. für das Zinskorn,  
24 mgl. für das Kaufkorn pro Himten gezahlt  
werden.

Das Andreasberger Bergvolk empfing bis zur  
Vollendung eines zu Lauterberg zu erbauenden Ma-  
gazingebäudes anstatt des billigen Kornes eine ent-  
sprechende Lohnzulage.

Aus der weiteren Entwicklung des sog. „Herrn-  
kornwesens“ will ich nur noch als von allgemeinem  
Interesse hervorheben, dass das Harzkornmagazin ge-  
legentlich der Getreidenot im Jahre 1740 auch dem  
flachen Lande geöffnet wurde. Zur Zeit des sieben-  
jährigen Krieges musste man die Kornlieferung an die  
Arbeiter mehrere Jahre unterbrechen. Das Goslar'sche  
Getreidemagazin fiel ganz in die Hände der Franzosen,  
welche die gelagerten Früchte erst nach längerer Zeit  
und nachdem dieselben mit dem vollen Werte wieder  
ausgelöst waren, wieder herausgaben.

Die jetzt geltenden Bestimmungen über die Ver-  
abfolgung von Korn an die Arbeiter (und Aufseher)  
sind in dem Reglement vom 19. Februar 1878 enthalten.  
Dasselbe besagt:

Es empfangen, so lange der Clausthaler Markt-  
preis des Roggens nicht unter 6 Mk. 50 Pfg. für 50  
Kgr. sinkt, zum festen Preise von 2 Mk. 60 Pfg. für  
25 Kgr.:

ein verheirateter Mann monatlich . . . . .	50 Kgr.	
ein unverheirateter Mann „ . . . . .	25	„
eine Witwe ohne Kinder oder mit einem		
Kinde monatlich . . . . .	25	„
ein Witwer mit zwei oder mehr Kindern monatlich	50	„
eine Witwe mit drei oder weniger Kindern		
monatlich . . . . .	25	„
eine Witwe mit mehr als drei Kindern monatlich	50	„
ein elternloses Kind zweimonatlich . . . . .	25	„
Zwei und mehr elternlose Kinder derselben		
Familie monatlich . . . . .	25	„

Das Korn wird im Anfange eines jeden Monats für letzteren aus dem Magazine zu Osterode verabfolgt. Zu dem Zwecke werden Kornanweisungen (Kornzettel) ausgestellt und den Beneficierten gegen Lohnabzug ev. gegen Baarzahlung ausgehändigt.

Da die Verabfolgung des Korns aus dem Magazine an den Ueberbringer des Zettels geschieht, so tragen die Arbeiter ihren Zettel zum Müller und empfangen hier ein entsprechendes Quantum Mehl. Dies tragen sie zum Verbacken zum Bäcker. Der Müller holt das Korn aus dem Magazine ab.

Der Ankauf des Korn geschieht von Halbjahr zu Halbjahr im Wege der öffentlichen Submission. Derselbe hat in den letzten 10 Jahren (bis 1889) zwischen 3,43 Mk. und 5,29 Mk. pro 50 Kgr. geschwankt. Der Unterschied gegen den von den Arbeitern zu zahlenden Erstattungspreis betrug also durchschnittlich etwa 1,76 Mk. für 25 Kgr. Es erhöhte sich demnach der Lohn der Bergleute durch dies Naturalbeneficium um 3,52 Mk. für den verheirateten, 1,76 Mk. für den unverheirateten Arbeiter u. s. f.

Der sog. Magazinschaden — der Unterschied zwischen dem von den Arbeitern zu zahlenden Preise und dem Ankaufspreise — hat im Mittel der letzten fünf Jahre rund 140,000 Mk. jährlich betragen. Derselbe wird nach der Kopfbzahl auf die Werke des Bergwerks- und Hüttenhaushaltes und auf die Clausthaler Knappschaftskasse verteilt. Da zu letzterer die Arbeiter selbst beisteuern ( $\frac{1}{2}$ ), so müssen sie den Schaden zum vierten Teile seines Betrages selbst decken.

Obwohl nun zur Zeit die Bedingungen, welche die Kornlieferung veranlassten — Abgeschlossenheit des Harzes von dem Verkehre etc. — hinweggefallen sind, so scheiterte ein im Jahre 1875 gemachter Versuch, das Naturalbeneficium in eine Geldentschädigung umzuwandeln, an dem Widerstande der Bergleute, die ihren Brodkornempfang für ein wertvolles Zugeständnis

ansehen. Es kömmt hinzu, dass der Oberharzer Bergmann mit grosser Zähigkeit an dem Ueberkommenen hängt. Andererseits fanden bei dem Widerstande, den er der Abschaffung der billigen Kornlieferung entgegensetzte, Gründe der Vernunft die Oberhand. Denn die Geldzulage, welche an Stelle des Naturalbeneficiums treten sollte — sie war nach dem zehnjährigen Durchschnitte der Differenz zwischen dem Marktpreise des Roggens und dem von den Arbeitern gezahlten Preise berechnet worden — betrug nur etwas über einen Pfennig für die Schicht. Reichte diese Geldzulage einmal zur Beschaffung aussergewöhnlich teuren Korns nicht aus, so lag auch die Gefahr nahe, dass der Arbeiter bei vorzeitigem Verthun des Lohnes bei dem Ankaufe von Brot zu borgen begann.

Das Oberbergamt begnügte sich daher damit, es dem freien Willen der Bergleute anheimzustellen, ob sie an Stelle des Naturalbeneficiums eine Geldentschädigung empfangen wollten, von welcher Erlaubnis nur einige Aufseher Gebrauch machten.

Von den Gerechtsamkeiten und Privilegien, welche die Bergfreiheiten aus dem 16. Jahrhundert den Bewohnern des Harzes garantierten, haben die Brennholz- und die Weidegerechtigkeit sich bis auf den heutigen Tag erhalten.

Erstere räumt den Haushaltungsvorständen, welche im Harze heimatsberechtigt sind, das Recht ein, Brennholz für ihren Bedarf gegen Erstattung des Hauerlohnes aus den staatlichen Forsten zu beanspruchen. Die Menge des zu verabfolgenden Holzes ist in jeder Bergstadt besonders nach der Anzahl der heizbaren Zimmer festgesetzt. Es werden im Durchschnitte an Haushaltungen mit einem heizbaren Zimmer 12 – 14 Meter, an solche mit zwei heizbaren Zimmern 20 – 22 Meter u. s. f. verausgabt. Der Satz steigert sich von hieran in gleichem Verhältnisse zu den heizbaren Zimmern bis



zu 56 Meter, welche an Haushaltungen mit 6 Wohnstuben geliefert werden.

Die Verabfolgung wird seitens der Forstbehörde so eingerichtet, dass die Witwen das nächst gelegene, dann die Arbeiter das mit mittlerer Entfernung, die den wohlhabenden Bevölkerungsschichten angehörenden Personen das am weitesten entlegene Holz erhalten. Das Hauerlohn pro Raummeter des Brennholzes beträgt 85—95 Pfg. Das Abholen desselben geschieht, was die Arbeiter betrifft, teilweise durch diese selbst im Winter auf sog. Handschlitten.

Eine Anzahl der Bergleute verkaufen einen Teil des Holzes und suchen den Ausfall durch Leseholz zu decken. Die Erlaubnis, solches zu holen, wird von der Forstbehörde durch Ausstellung eines Scheines im Preise von 50 Pfg. erteilt

Es herrscht zur Zeit die Befürchtung unter der Bevölkerung des Oberharzes, dass der preuss. Fiskus binnen kurzem zur Ablösung der Gerechtsame schreiten würde. Ein solches Vorgehen wäre vom ökonomischen Standpunkte nicht zu billigen. Denn bei dem harten Winter und dem rauhen Klima des Oberharzes ist der Bedarf an Heizungsmaterial hier fast doppelt so gross als in der Ebene. Nimmt man dem Bergmanne daher seine Gerechtsame, so wird nur eine als Aequivalent gezahlte hohe Entschädigung zur Deckung des bedeutenden Ausfalles, dem der Arbeiter ausgesetzt wäre und nur auf Zeit ausreichen.

Der Nachtheil, welchen der Fiskus durch die Gerechtigkeit erleidet, wäre, wenn es sich um die Fürsorge für eine Bevölkerung von nahezu 15000 Seelen handelt — die Arbeiterbevölkerung des Bergwerks- und Hüttenhaushaltes allein genommen — erst in zweiter Reihe zu berücksichtigen.

Die Weidegerechtigkeit ist durch Gesetz vom 13. Juni 1873 geregelt. Dasselbe setzt die Anzahl des weidegeldfrei in die staatlichen Waldungen einzu-

treibenden Hornviehes auf 3111 Stück fest. Davon entfallen:

auf Clausthal	800 Stück,
„ Zellerfeld	377 „
„ Andreasberg	521 „
„ Altenau	251 „
„ Lautenthal	123 „
„ Grund	211 „
„ Wildemann	132 „
„ die übrigen Ortschaften	686 „

Wie der Landesherr durch Lieferung billigen Korns und durch Erteilung von Gerechtigkeiten, so haben die wohlhabenden Bewohner des Oberharzes durch Stiftungen zu Gunsten der Bergleute und ihrer Angehörigen das Loos der letzteren zu verbessern gesucht. Ich führe unter diesen im folgenden nur die wichtigsten an. Diese sind:

1. Die Hoffmann'sche Stiftung. Sie ist hervorgegangen aus einem Vermächtnisse des Berg- und Stadtschreibers Martin Hoffmann († 22. Oktober 1647). Die Hinterlassenschaft desselben betrug nach Abzug besonderer Legate, der Begräbniskosten etc. 914 Thlr., 2 Kuxe der Grube St. Margaretha und 4 Kuxe der Grube Anna Eleonore. Von den Zinsen dieses Legates sollten jährlich 60 Gulden an die Geistlichkeit, das Lehrpersonal und die Schüler der Clausthaler Elementarunterrichtsanstalten, an die Pochjungen etc. verteilt werden.<sup>1)</sup>

Wegen des geringen Betrages, der auf die Kinder entfiel, nahm man eine Verteilung der den Pochknaben und Schülern vermachten Summe anfangs nur alle

---

<sup>1)</sup> Im Besonderen bestimmte das Testament, dass verausgabt werden sollte:

- |  |               |
|--|---------------|
| 1. Für die Erhaltung der Clausthaler Marktkirche   | 10 Mfl. — gl. |
| 2. in fabricam und zur Unterhaltung unserer lieben Begräbniskirche, Gottesackers und Hospitals | 10 „ — „      |
| 3. in fabricam scholae   | 5 „ — „       |
| 4. Zu einer neuen Orgel  | 4 „ — „       |

4 Jahre vor. Dies Verhältnis erfuhr indes eine wesentliche Aenderung, als seit dem Jahre 1674 die Grube Anna Eleonore auf einen Kux 240 Thlr. Ausbeute gab. Es stieg hierdurch die jährliche Einnahme aus der Hinterlassenschaft auf fast 1200 Thlr. Man ging die Universität Jena um ein Rechtsgutachten darüber an, wie diese hohe Summe zu verwenden sei. Dieselbe entschied dahin, dass die höhere Einnahme den Legatarien durch gleichmässige Erhöhung der Vermächtnisse zukommen müsse. Man schrieb indes jährlich einen erheblichen Teil der Einnahme aus den Kuxen dem Vermögenfonds der Stiftung zu. Damit stieg das Vermögen derselben auf 50387 Mk. (im Jahre 1890.)

Die Vertheilung der Zinsen geschieht jährlich am Montage nach Lätare. Die Pochknaben werden zu diesem Zwecke mit Kittel, Schachthut und Bergleder bekleidet von ihrem Steiger auf das Rathaus geführt, wo sie nach Verlesung der Testamentsurkunde das Geld empfangen. Bei der letzten Verteilung (1890) erhielt jeder Pochjunge 1 Mk. 50 Pfg.

Die Verwendung der Gaben geschieht vielfach nicht in dem Sinne, wie er dem Stifter bei der Abfassung seines Testaments wahrscheinlich vorgeschwebt hat. Ein grösserer Teil derselben wird zur Anfüllung des Magens mit einem schwer verdaulichen Gebäck, dem sog. Breikuchen, (daher das Fest auch Breikuchenfest genannt), anderes zu einer ersten Cigarrenprobe etc. verwandt.

---

5. Den Clausthaler Schülern	10 Mfl. — gl.
Dem Pastor primarius	1 „ 16 „
Dem Symmyst und Diakon	1 „ 7 „
6. Dem Rektor	— „ 18 „
Dem Cantor	— „ 10 „
Dem Organist	— „ 9 „
7. Dem Stadtschreiber	5 „ — „
8. Den Pochkindern	10 „ — „

Von den übrigen Stiftungen sind hervorzuheben:

2. Die v. Buschi'sche Stiftung. Hervorgegangen aus einem Geschenk des Landdrosten Georg v. d. Busche bestehend aus drei Kuxen der Grube Dorothea bezweckt dieselbe, mit ihren Zinsen am Gesicht beschädigte oder durch anderen Schaden in Elend und Armut geratene Berg- und Hüttenleute zu unterstützen.

3. Das Vermächtnis des Oberbergmeisters Steltzner in der Höhe von 1200 Thalern, dessen Zinsen dazu dienen sollen, am Lätarefeste jeden Jahres 20 armen Pochknaben Hose und Kittel zu reichen. Die Verwendung der Zinsen geschieht zur Zeit in der Weise, dass den aus der Schule entlassenen Knaben, welche sich verpflichten Bergleute zu werden, je ein Kleidungsstück verabreicht wird.

Weit wichtiger als der Verdienst, der den Arbeitern aus den Stiftungen erwächst, ist der Nebenverdienst aus Grundbesitz und in Verbindung hiermit aus der Viehhaltung und Schweinezucht. Die Beteiligung hieran erstreckt sich auf eine nicht unbedeutende Anzahl der Arbeiter. Die statistischen Erhebungen vom 1. Dezember 1885 geben uns über den Umfang dieses Erwerbszweiges bei den Berg- und Hüttenleuten einen Nachweis. Von der Gesamtbelegschaft der Oberharzer Werke in der Höhe von 4594 Mann waren hiernach 844 Hauseigentümer, 726 Besitzer von Feld, Wiesen u. s. f. Haus- und Feldbesitz fiel zusammen in 543 Fällen, dagegen waren 301 Arbeiter nur Hausbesitzer, 183 nur Feldbesitzer. Da die Häuser meist mit Hypotheken belastet sind, so ist der Erwerb, der den Bergleuten aus diesem Grundbesitze allein erwächst, nur ein geringer, es sei denn, dass ein Vermieten an Sommerfrischler hinzutritt, eine in den besser frequentierten Harzer Curorten: Grund, St. Andreasberg und Altenau häufige Erscheinung.

Vorteilhafter weil weniger verschuldet ist der Besitz von Feld und Wiesen. Unter ersterem sind hier

wegen des Fehlens der Getreideproduktion nur Kartoffelländereien zu verstehen. Ein Teil derselben entstand dadurch, dass die Bergbehörde den Arbeitern alte Halden zur Urbarmachung überliess. Andere, anfangs angekauft durch zurückgelegte Ersparnisse, haben sich von Generation zu Generation vererbt. Auf dem hochgelegenen Plateau von Clausthal und Zellerfeld ist dieser Grundbesitz auf einen sehr geringen Umfang beschränkt, da auch die Kartoffel hier schlecht gedeiht; dagegen ist z. B. in Altenau und Lautenthal der grösste Teil der hier ansässigen verheirateten Arbeiter daran beteiligt. Gewöhnlich deckt der Besitz den Bedarf der Familie an Kartoffeln.

Der Besitz von Wiesen ist nur im Zusammenhange mit der Viehhaltung zu berücksichtigen, da er über den Bedarf für jene nur selten hinausgeht. Die statistischen Erhebungen vom 1. Dezember 1885 weisen nach, dass sich im Eigenthume der Arbeiter 1131 Stück Rindvieh, 750 Ziegen und 486 Schweine befanden. Die grössere Anzahl des Rindviehes entfällt im einzelnen hiervon auf Clausthal (300), Zellerfeld (147) und St. Andreasberg (144). Auch hier tritt letzterer Ort wieder vortheilhaft hervor, da fast auf einen verheirateten Arbeiter ein Stück Rindvieh entfällt. (189 : 144).

In Bezug auf die Ziegenhaltung steht Lautenthal mit 135 Stück an erster Stelle, ihm folgt unmittelbar Clausthal mit 132. Bei der Schweinezucht hat wiederum St. Andreasberg mit 95 Stück das Uebergewicht; ihm schliessen sich Lautenthal mit 91 und Grund mit 90 zunächst an.

Dass das Vieh weidegeldfrei in die Waldungen eingetrieben wird, erwähnten wir bereits im Vorhergehenden. Nimmt man daneben die den Arbeitern gehörenden Wiesengrundstücke als unverschuldet an und lässt man den Nutzen, den der Bergmann aus diesem Grundbesitze ziehen würde, wenn der Ernteertrag nicht dem Viehe als Futter diene, unberücksichtigt, so dürfte der Ge-

winn aus einem Stück Rindvieh auf etwa 300 Mark pro Jahr zu schätzen sein (eb. die Erntearbeiten u. s. f. werden von den Mitgliedern der Arbeiterfamilie selbst besorgt). Da indes nur ein Bruchteil der Berg- und Hüttenleute sich dieser Einnahmequelle erfreut, so würden wir zu einem völlig schiefen Bilde gelangen, wollten wir hieraus einen Schluss auf die Lage der Bergarbeiter im allgemeinen ziehen.

Gleichmässiger verteilt sich der Erwerb, der dem Bergmanne aus eigener, sowie aus der Nebenbeschäftigung der übrigen Familienglieder, namentlich der Frau zufliesst. In erster Reihe sind in dieser Beziehung die Kanarienvögelzucht und die Hökerei anzuführen. Erstere hat ihren Hauptsitz in St. Andreasberg. Von den dort ansässigen Familien (etwa 800) befassen sich gegen 600 mit ihr, wovon die grössere Zahl dem Arbeiterstande angehörend.

Die Preise, welche für die Vögel gezahlt werden, sind je nach ihrer Güte verschiedene. Für lang und tief rollende Hähne hat der Ankautspreis bisweilen die Höhe von 45—60 Mk.; bei mittulguten Stämmen variiert er zwischen 6 und 10 Mk. pro Stück. Der Reingewinn, den St. Andreasberg aus seiner Kanarienzüchtung zieht, beträgt gegen 150,000 Mk. jährlich, sodass der durchschnittliche Jahresverdienst aus diesem Erwerbszweige sich auf 250 Mk. für eine beteiligte Familie beläuft. Die übrigen Orte des Oberharzes treten hierin gegen St. Andreasberg bedeutend zurück, doch giebt es auch hier Familien, die jährlich 100 Mk. und mehr aus dem Verkaufe ihrer Kanarien erlösen.

Eine nutzbringende Ergänzung dieser Zucht bildet das Anfertigen von Käfigen für die Tiere, eine Arbeit, worin der Oberharzer Bergmann grosse Geschicklichkeit besitzt.

Im Zusammenhange mit der Kanarienzucht ist der Vogelfang anzuführen, der indes in den letzten Jahren auf einen geringen Umfang zurückgeführt ist, da die Behörde gegen diesen Unfug mit Strenge einschreitet.

Was die Hökerei betrifft, so hat diese darin ihre Begründung, dass auf dem Oberharze Gemüse nur wenig, Obst fast gar nicht gedeiht, eine Verbindung mit den umliegenden Dörfern nicht vorhanden ist. Die Hökerinnen holen daher in sog. Kiepen die grüne Waare auf das Gebirge und bieten sie hier mit einem nicht geringen Preisaufschlage feil.

Als weitere Nebenbeschäftigung der weiblichen Mitglieder der Arbeiterbevölkerung sind die Erntearbeiten und das Beerenlesen anzuführen; erstere beschränken sich nicht auf den eigenen Grundbesitz, die mit grösserem Wiesenbesitz ausgestatteten Harzer Familien ziehen die Arbeiterfrauen in der Regel zur Hülfeleistung bei den Erntearbeiten zu. Das Mähen der Wiesen hinwiederum geschieht vielfach durch die Berg- und Hüttenleute.

Das Beerenlesen in den staatlichen Waldungen ist in fast allen Harzer Bergstädten im Gebrauche und ohne Entgelt vom Fiskus gestattet. Ist der Erlös hieraus auch nicht sehr bedeutend, so „schmeisst sich doch eins in's andere,“ wie der Harzer Bergmann sagt.

Als Hausindustrie findet man das Stricken und Häkeln allgemein verbreitet, dagegen hat das Klöppeln fast ganz aufgehört, obwohl „Andreasberger Spitzen“ noch häufig in den Handel gebracht werden.

Andere Nebenbeschäftigungen als die genannten treten gegen diese so sehr zurück, dass sie für die Beurteilung der allgemeinen Lage der Bergarbeiter nur von geringer Bedeutung sind; jedoch möge noch besonders angeführt sein, dass das Zerkleinern des Holzes für die nicht dem Arbeiterstande angehörenden Familien meist durch Berg- und Hüttenleute geschieht; die Frauen der Arbeiter hinwiederum wissen sich durch Hülfeleistung in dem Haushalte der den wohlhabenden Bevölkerungsschichten angehörenden Familien, durch Wascharbeit u. s. f. hier und da noch einen kleinen Nebenverdienst zu verschaffen.

In die rechte Beleuchtung rücken die gesammten Einnahmeverhältnisse erst dann, wenn wir sie im Zusammenhange mit dem Bedarfe einer Arbeiterfamilie betrachten.

Die zur Ermittlung der Ausgaben einer Bergmannsfamilie bestehend aus Mann, Frau und drei Kindern im Jahre 1890 von mir aufgestellten Tabellen erhielten folgende Ausfüllung.

Gewöhnlicher Tagesverbrauch für Nahrung.

1. Am morgen (und Nachmittag):
  - a. für Kaffee und Milch . . . . . 20 Pfg.
  - b. für Weissbrot . . . . . 25 „
  - c. für Zucker . . . . . 10 „
2. Am Mittag:
  - a. für Gemüse, Kartoffeln und Zuthaten 50 Pfg.
  - b. für Brot . . . . . 15 „
3. Am Abend:
 

für Kartoffeln mit Speck oder Brot mit  
Beilage (Wurst, Speck od. dgl.) . . . 50 Pfg.
4. Mitnahme zur Arbeit:
  - a. Wurst für . . . . . 18 Pfg.
  - b. Brot für . . . . . 15 „
  - c. Branntwein für . . . . . 8 „
  - d. Bier für . . . . . 5 „

Summe des Tagesbedarfs 2 Mk. 16 Pfg.

Diese Summen entsprachen einer Schätzung des Arbeiters und seiner Frau. Um sie auf ihre Richtigkeit prüfen zu können und einen genaueren Einblick in die Lebenshaltung der Familie zu gewinnen, liess ich mir einen Monat lang die Ausgaben für die gewöhnlichen Verbrauchsgegenstände der Familie aufschreiben. Es ergab sich hieraus, dass die obigen Angaben um etwas zu hoch gegriffen waren, denn die monatlichen Ausgaben betrugen:

- a. für Brot . . . . . 5 Mk. 20 Pfg.
- b. „ Mehl . . . . . — „ 30 „
- c. „ Kartoffeln . . . . . 2 „ 50 „
- d. „ Fleisch . . . . . 4 „ 50 „



e.	für Wurst . . . . .	6 Mk.	50 Pfg.
f.	„ Fisch, Häring . . . . .	— „	50 „
g.	„ Fett und Speck . . . . .	— „	75 „
h.	„ Käse . . . . .	— „	30 „
i.	„ Milch . . . . .	3 „	20 „
k.	„ Eier . . . . .	— „	60 „
l.	„ frisches Gemüse und Salat .	— „	60 „
m.	„ trockenes Gemüse, Reis und Hülsenfrüchte . . . . .	1 „	20 „
n.	„ Kaffee . . . . .	3 „	— „
o.	„ Cichorien . . . . .	— „	10 „
p.	„ Zucker . . . . .	2 „	40 „
q.	„ Pfeffer etc. . . . .	— „	10 „
r.	„ Petroleum . . . . .	— „	75 „
s.	„ Seife, Soda und Licht . .	1 „	50 „
t.	„ Tabak . . . . .	— „	23 „
u.	„ Bier . . . . .	3 „	— „
v.	„ Branntwein . . . . .	2 „	50 „
w.	„ Butter . . . . .	4 „	50 „
x.	„ Salz . . . . .	— „	50 „
y.	„ Obst . . . . .	— „	50 „

Summe des Monatsbedarfs 45 Mk. 63 Pfg.

pro Jahr 547 „ 56 „

Hierzu kommen weiter an Jahresausgaben:

a.	für Wohnungsmiete . . . . .	104 Mk.	— Pfg.
b.	„ Kleidung, Zwirn und Band. .	50 „	— „
c.	„ Schuhwerk . . . . .	30 „	— „
d.	„ Holz . . . . .	12 „	— „
e.	„ Kochgeschirr und Möbel . .	20 „	— „
f.	„ Steuern . . . . .	1 „	45 „
g.	„ die Knappschaftskasse . .	50 „	— „
h.	„ andere Kassen . . . . .	3 „	— „
i.	„ Vereinsbeiträge . . . . .	6 „	— „
k.	„ Familienfeste und besondere Vergnügungen . . . . .	12 „	— „
l.	„ ausserordentliche Bedürfnisse	5 „	— „

Summe 293 Mk. 45 Pfg.

Diese Summe zu der obigen hinzuaddiert erhöht das Jahreserfordernis an Geld auf 841 Mk. 1 Pfg.

Aus den im vorhergehenden Capitel mitgeteilten sowie aus den in der Zeitschrift für das Berg- Hütten- und Salinenwesen angeführten Lohnsätzen ergibt sich, dass das Jahreseinkommen der unterirdisch beschäftigten Arbeiter ohne Abzug der Knappschaftsbeiträge im Durchschnitte 720 Mark beträgt. Es entsteht hiernach in der Haushaltung des Arbeiters ein jährliches Deficit von 121 Mk. 1 Pfg. Diese Berechnung stimmt auch mit den Aussagen anderer verheirateter und mit Nachkommenschaft versehener Arbeiter überein, deren Lebenshaltung nicht im einzelnen erforscht wurde. Letztere gaben sämtlich an, dass ihr Lohn zur Deckung ihrer Ausgaben nicht ausreiche. Das entstehende Deficit muss nun durch den Verdienst aus einer der im vorhergehenden angeführten Nebenbeschäftigungen ausgeglichen werden, falls Grundbesitz resp. Eigentum an Vieh nicht vorhanden ist.

Wesentlich anders gestaltet sich das Bild, das wir von der Haushaltung des Bergmanns entworfen haben, wenn ein erwachsener Sohn in dieselbe eingeschlossen ist. Dieser erwirbt nicht für sich, sondern für die Familie; nur ein kleinerer Betrag seines Verdienstes dient ihm als Taschengeld. Ersparnisse werden jedoch auch in diesem Falle nur selten gemacht, da die höhere Einnahme häufig durch eine starke Familie absorbiert wird. Oft bedingt eine solche das Anfahren des Solmes oder der Söhne.

An den Sparkassen sind daher mit Einlagen abgesehen von den grösseren Kanarienzüchtern nur solche Bergmannsfamilien beteiligt, welche entweder kinderlos sind oder ein unverschuldetes oder gering belastetes Häuschen besitzen oder über einen grösseren Viehstand d. h. etwa über 2—4 Stück Vieh verfügen, also bei weitem die geringere Anzahl der Arbeiter.

Wie aus dem Budget ersichtlich ist, um auf die Lebenshaltung im besonderen wieder zurückzukommen, bestehen die hauptsächlichsten Nahrungsmittel der Arbeiterfamilie in Brot, Gemüse und Kartoffeln. Eine wichtige Rolle spielt auch die Wurst, besonders deswegen, weil der Bergmann in der Regel  $\frac{1}{4}$  Pfund davon mit zur Grube nimmt. Fleisch dagegen wird meist nur Sonntags gegessen, daher auch nur ein geringer Geldbetrag für dasselbe aufgesetzt wurde. Nicht unbedeutend dagegen ist der Aufwand für Branntwein. Weiss der Bergmann in dem Genusse desselben zwar stets das rechte Mass zu halten, so bedient er sich doch dieses Reizmittels als Correlat für die den Kräfteverbrauch nicht völlig ersetzende Nahrung täglich.

Um den Arbeitern die Nahrungsmittel zu einem möglichst billigen Preise zu verschaffen, bildeten sich auf Anregung des Königl. Oberbergamts zu Anfang der siebziger Jahre in fast allen Oberharzer Bergstädten Consumvereine. Die Arbeiter selbst standen dieser Neuerung in dem Vertriebe der Lebensmittel anfangs zwar mit Misstrauen gegenüber; die von den Vereinen erzielten Erfolge lockten jedoch nach und nach die grössere Zahl der Berg- und Hüttenleute zum Beitritte an.

Der Gesellschaftsvertrag des im Jahre 1872 gegründeten Clausthal-Zellerfelder Vereins gab als Zweck des Unternehmens an:

„Verabreichung von Gegenständen des Haushaltsbedarfs aller Art an die Mitglieder gegen Baarzahlung.“

Der Verein verkauft die Waaren mit einem geringen Preisaufschlage und verteilt den Ueberschuss als Dividende nach Massgabe des Markenkonto's.

Der Geschäftsanteil der Mitglieder wurde auf 5 Thlr. festgesetzt, jedoch cedierte man, um den Arbeitern den Eintritt zu erleichtern, dass neu aufzu-

nehmende Genossen 15 gr. zu Gunsten des Reservefonds einzahlen und den restierenden Betrag binnen zwei Jahren durch Baarzahlung oder durch Zuschreibung etwaiger Dividenden begleichen konnten.

An diese Satzungen lehnen sich die Statuten der Consumvereine zu Lautenthal, Altenau, St. Andreasberg, Grund und Wildemann eng an.

Das Detailgeschäft und das Kleingewerbe wurden durch die schnell aufblühenden Consumvereine sehr beeinträchtigt. Es ergab sich die Notwendigkeit für sie, um von der Concurrenz nicht völlig erdrückt zu werden, einen Rabatt bis zu 10% zu gewähren. Trotzdem zeigte sich die Erscheinung, dass die Arbeiter meist nur dann vom Kaufmanne Waaren bezogen, wenn ihnen das Baar geld ausgegangen war.

Die Vereine haben im verflossenen Jahre (1889) ihre Satzungen gemäss den Anforderungen des Gesetzes über die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften vom 1 Mai 1889 umgestaltet; sie besitzen unbeschränkte Haftpflicht.

Zur Uebersicht über die allgemeine Lage der Vereine diene folgender Geschäftsbericht aus dem Jahre 1888:

Consum-Verein.	Zahl der Mitglieder am Jahres-schlusse.	Umsatz Mk.	Reinge-winn Mk.	Ver-teilte Divi-dende	Bestand des Reserve-fonds am Jahres-schlusse.
Clausthal-Zellerfeld	1 737	469 140	61 848	60 302	31 246
Altenau	387	92 986	12 459	12 346	10 070
Lautenthal	585	107 654	15 039	15 039	6 000
St. Andreasberg	463	101 938	11 773	11 773	6 758
Grund	250	48 864	6 483	5 797	5 585

Was das Jahresbudget unserer Arbeiterfamilie betrifft, so wurde an erster Stelle die Wohnungsmiete in der Höhe von 104 Mk. aufgeführt. Dies ist der durchschnittliche Preis für eine Wohnung bestehend

aus Stube, Kammer, Küchenanteil und Bodenraum in Clausthal und Zellerfeld. In den übrigen Oberharzer Bergstädten schwankt der Preis für eine solche zwischen 75 und 90 Mk. pro Jahr. Doch betrachten wir bei der Wichtigkeit, welche die Wohnungsverhältnisse für die Arbeiter vom socialpolitischen Standpunkte einnehmen, dieselben bei unseren Bergleuten etwas eingehender.

Wir haben gesehen, dass die Bergfreiheiten aus dem 16. Jahrhundert den Bewohnern des Harzes die Baugerechtigkeit erteilten. Diese Massregel trug wesentlich dazu bei, den Arbeitern die Ansiedelung auf dem Harze zu erleichtern. Sie bewirkte, dass man die Häuser bis zu Beginn unseres Jahrhunderts ganz aus Holz baute, seitdem unter dem Einflusse einschränkender Gesetze, die hauptsächlich zur Abwehr drohender Feuersgefahr erlassen waren, zum Teil aus diesem Materiale herstellte.

Bis zum Uebergange des Bergbaues auf den preussischen Fiskus hat sich unter dieser Verfassung, soweit die Nachrichten nicht trügen, ein Mangel an für Arbeiter geeigneten, ausreichenden Raum bietenden Wohnungen nicht fühlbar gemacht. Auch befand sich jederzeit eine nicht unbedeutende Anzahl von Arbeitern im Besitze eines eigenen Häuschens. Der zu fester Ansässigkeit sich entwickelnde Bergarbeiterstamm im Harze erhielt hierdurch einen mächtigen Stützpunkt.

Forscht man dagegen danach, welche Massregeln in früherer Zeit von den Gewerken ergriffen wurden, um die Ansiedelung der Arbeiter in der Nähe der Werke zu befördern, so stösst man überall auf ein leeres Nichts. Es tritt uns hier deutlich vor Augen, dass die ganze Fürsorge für das Wohl der Arbeiter allein auf den Schultern der hannoverschen Regierung ruhte, die diese durch ihr Organ, das Bergamt, ausüben liess. Sie offenbarte sich namentlich darin, dass die Bergbehörde den Arbeitern kostenfrei Baustellen anweisen

liess und ihnen den Vorkauf an Häusern, die im Bereiche der Bergfreiheit lagen, einräumte.<sup>1)</sup>

Eine wesentliche Aenderung in diesen Verhältnissen trat durch den Uebergang des Bergbaues auf den preussischen Fiskus ein. Zunächst löste man die Bauholzgerechtigkeit ab. Durch diese Massregel nahm man den Arbeitern die Möglichkeit, sich anzubauen, fast ganz. Auch für die bereits im Besitze eines Häuschens befindlichen Bergleute wurde der Vorteil, den die teilweise hochbemessenen Ablösungs-Entschädigungen boten, durch die erhebliche Verteuierung der Häuserreparaturen wieder ausgeglichen.

Erschwerte somit der preussische Fiskus den Arbeitern auf der einen Seite die Ansiedelung, so suchte er andererseits ihre Sesshaftigkeit durch direkte Unterstützungen zu befördern. Hierbei kamen, wenn wir die preussischen Bergbaureviere im allgemeinen in Betracht ziehen, vier Systeme zur Anwendung:

1. Die Werke bauten auf dem hierzu bestimmten Terrain die Häuser auf eigene Rechnung und vermieteten die darin vorhandenen Räumlichkeiten an die Arbeiter oder

2. Die Werke bauten die Häuser und verkauften sie zu einem geringen Preise an geeignete Arbeiter oder

3. Die Werkskassen unterstützten diejenigen Arbeiter, die auf eigene Rechnung Häuser bauen wollten durch Geldvorschüsse, Prämien und durch Ueberlassung des erforderlichen Terrains oder

---

<sup>1)</sup> Nach Bergresolutionen aus den Jahren 1678 bis 1679. Sie bestimmen:

„Denen Leuten, so auf dem Clausthal Baustellen verlangen, können die Stellen, wann es Leute seyn, welche den Bergbau bedienen, angewiesen und vergönnt werden; wann es aber Handwerks- und keine Bergleute seyn, stehen dieselben abzuweisen, gestalt es dann im übrigen dabei seyn Verbleiben behält, dass die Bergleute den Vor- oder nähern Verkauf der Häuser haben.“

4. Die Werkskassen gewährten bloß Geldvorschüsse an die Arbeiter ohne Ueberlassung von Terrain und stellten es denselben anheim, sich in beliebiger Weise anzubauen.

Das System der Begünstigung des Bauens durch Gewährung von Prämien und Vorschüssen kam auf dem Harze seit dem Jahre 1871 zuerst bei der Bergstadt Lautenthal in Anwendung. Die Betriebsfonds der gesammten preussischen Staatswerke waren am Schlusse des Jahres 1872 durch Gewährung unverzinslicher Hausbauvorschüsse an die Arbeiter mit Berücksichtigung der bis dahin amortisierten Beträge mit einer Summe von 437 173 Thlr. 20 Gr. 5 Pfg. belastet, wovon 3290 Thlr. auf Lautenthal entfielen.

Das erste auf dem Harze mit Staatsmitteln erbaute Arbeiterwohnhaus kam gleichfalls den Bergleuten in Lautenthal zum Vorteil. Es ist abweichend von den Arbeiterwohnungen in anderen Bergbaubezirken zweistöckig. Diese Bauart musste gewählt werden, weil das Bau terrain in den engen Thälern des Harzes sehr beschränkt ist. Es gewährt Raum für acht Arbeiterfamilien, Stallung für 6 Stück Vieh, Hof- und Gartenplätze. In derselben Bauart wurde bald darauf ein zweites Haus bei Lautenthal errichtet.

Zur Uebersicht über die gesammten den Oberharzer Bergarbeitern zur Beförderung ihrer Ansiedelung vom preuss. Fiskus bis zum Jahre 1888 geleisteten Unterstützungen diene folgende Tabelle:

Arbeiterhäuser im Eigentume der Werke stehend.	mit Familien- woh- nungen	erbaut mit einem Kostenauf- wande von Mk.	Von den Arbeitern mit Unter- stützung erbaute Häuser.	mit Familien- woh- nungen.	Unver- zins- liche Vor- schüsse Mk.	Bau- prä- mien Mk.
2 Achterwoh- nungen bei Lautenthal	16	13,214	5	15	7500	4200

Seitdem sind bei der Bergstadt Grund noch 8 Arbeiterwohnhäuser erbaut, deren jedes Raum für vier

Familien bietet Hier besteht die Wohnung aus Stube mit dahinter liegender Kammer und Küche, einer Kammer auf dem Boden, Kellerraum und Stall in einem besonderen Nebengebäude. Ausserdem ist eine frühere Mahlmühle zu 6 Bergmannsfamilienwohnungen umgebaut. Die Errichtung weiterer Arbeiterwohnhäuser bei Grund auf Kosten des preuss. Fiskus steht bevor; die Notwendigkeit dazu liegt darin, dass die jährlich steigende Zahl der Kurgäste zu Grund die Arbeiter immer mehr aus ihren Wohnungen verdrängt.

Der Mietpreis für eine der den Bergleuten überlassenen Wohnungen hat die Höhe von 1,50 Mk. pro Woche; er differiert also von dem durchschnittlichen Preise in Privathäusern nur wenig.

Um auf die übrigen Arbeiterwohnungen im besonderen zurückzukommen, so wurde bereits angeführt, dass sich von der Gesamtbelegschaft der Oberharzer Bergwerke 844 Arbeiter (ca. 20 %) im Besitze eines Häuschens befinden. Da ein solches meist Raum für 2 bis vier Familien bietet, so könnte in diesen 844 Gebäuden die Gesamtzahl der Arbeiter Platz finden. Ist ihre Verteilung auf die einzelnen Häuser in Wirklichkeit zwar nicht eine derartige, so leuchtet aus den angeführten Zahlen doch sofort ein, dass sich der grössere Teil der von Arbeitern bewohnten Häuser auch im Besitze von solchen befindet. Man wird hieraus den Schluss zu ziehen geneigt sein, dass dieser Zustand zu mancherlei socialen Missständen Veranlassung biete, indem unter den einzelnen in einem Hause wohnenden Parteien weil alle dem Arbeiterstande angehörend leicht Zwistigkeiten entstanden, auch in moralischer Beziehung ein solches Zusammenleben von Bergleuten zu Unzuträglichkeiten führe u. s. f. Um daher die Zustände in den Häusern zu ergründen, wollen wir eins derselben betreten.

Zuvor haben wir bereits von dem Aeusseren der netten, meist einstöckigen Häuschen einen angenehmen Eindruck gewonnen, der um so anheimelnder wirkt,



wenn wir uns die Arbeiterkasernen in unseren Grossstädten daneben vor Augen halten.

Betreten wir nunmehr das Parterre. Dasselbe bietet Raum für eine oder für zwei Familien rechts und links der Haustüre. Dieselbe Eintheilung hat auch das erste Stockwerk. Ein zweites ist nur in ganz vereinzelter Fällen vorhanden.

Der Hausflur ist hell, geräumig und meist reinlich gehalten. Er dient gewöhnlich zur Aufbewahrung von Gerätschaften. Das Holz dagegen sowie ev. das Vieh sind in einem hinter dem Hause gelegenen Stallgebäude oder in einem kleinen Anbau untergebracht.

Wenden wir uns nun dem Wohnzimmer zu, so setzt uns die Sauberkeit und die freundliche Einrichtung desselben in Verwunderung. Wir bemerken sofort, hier hat sich der Bergmann ein zwar ärmliches, aber eine gewisse Behaglichkeit nicht entbehrendes Heim geschaffen. Fast keins der Zimmer, die ich sah, entbehrt eines Sofas. Die Wände sind in der Regel mit Bildern geschmückt, unter denen solche von Mitgliedern der ehemaligen Hannoverschen Königsfamilie am häufigsten vorkommen. In manchen der Zimmer bemerken wir auch eine als Teppich dienende Decke auf dem Boden liegen.

Bietet der Wohnraum somit in seiner Einrichtung nichts Tadelnswertes, so berührt uns um so unangenehmer der in vielen Zimmern herrschende üble Geruch. Die Abneigung gegen das Lüften ist allgemein. Selbst im Sommer bleiben die Zimmer häufig den ganzen Tag über geschlossen. Ist dies schon geeignet, die Luft in denselben zu verderben, so trägt hierzu häufig die Ausdünstung der Kleider des Bergmanns, die bei regnerischem Wetter an dem Ofen getrocknet werden müssen, noch erheblich bei. Aerztlicherseits wird über die Unsitte, die Zimmer nicht genügend zu lüften, viel Klage geführt.

Hinter dem Wohnraume liegt das einzige Schlafzimmer. Nur bisweilen ist bei recht grossen Familien

noch eine Bodenkammer vorhanden. Liegen somit in dem Zusammenschlafen aller Familienmitglieder in einem Raume mannigfache sittliche Gefahren, so sucht man diesen in der Regel dadurch vorzubeugen, dass man wenigstens die Geschlechter nach Betten getrennt schlafen lässt.

Messungen über die Grösse der Wohnungen habe ich nicht vorgenommen, da in Bezug hierauf erhebliche Verschiedenheiten herrschen und durch Angabe der mittleren Grösse derselben, die eventuell in keinem Falle zutreffen würde, hier wenig gedient wäre. Ich will daher nur hervorheben, dass man kleine feuchte Wohnräume, wie sie z. B. Kellerwohnungen bieten, im Harze nicht kennt; vielmehr alle Zimmer über der Erde liegen und selten weniger als zwei Fenster haben.

Ein Zusammenleben von mehreren Familien in einem Raume beobachtete ich nur in einem Falle in Altenau. Hier hatten zwei Familien bestehend aus 14 Köpfen ein grösseres Wohnzimmer inne, während die Schlafräume getrennt waren. Jedoch gewann ich die Ueberzeugung, dass dies Zusammenleben abgesehen von den der Gesundheit nachtheiligen Wirkungen keine groben Verstösse gegen die Sitte im Gefolge habe. Von glaubhafter Seite wurden mir Versicherungen gegeben, welche diese Annahme in jeder Beziehung bestätigten.

Streitigkeiten unter den beiden Parteien sollen ebenfalls selten sein. Ueberhaupt beschränken sich Zwistigkeiten unter den Bewohnern ein- und desselben Hauses auf verhältnissmässig wenige Fälle, wie aus der geringen Zahl der hierüber geführten Processe hervorgeht.

Beobachten wir nunmehr den Bergmann, nachdem wir seine Wohnung kennen gelernt haben, in seinem Treiben innerhalb derselben, in seinem Familienleben.

Günstig für dasselbe ist zunächst, dass die Familie atomisierende Wirkung regelmässiger Fabrikarbeit der

Frau im Harze nicht in Betracht kömmt. Denn einmal sind nur einige wenige Fabriken im Harze vorhanden, sodann würde es dem Bergmanne natürlich bis auf einige Ausnahmefälle als wider die gute Sitte verstossend erscheinen, wenn seine Frau in einem industriellen Etablissement arbeiten würde. Der Grund für diese eigenartige Erscheinung liegt in dem dem Arbeiter von Natur eigenen häuslichen Sinn, sowie in einem gewissen Selbstvertrauen und Berufsstolze. Es nimmt der Harzer Bergmann hierin eine ihn von einem Teile unserer grossindustriellen Arbeiter aufs vorteilhafteste unterscheidende Sonderstellung ein.

Wir zeigten ferner, wie sehr der Bergmann bestrebt ist, sich so behaglich, wie seine geringen Mittel es ihm erlauben, daheim einzurichten. Dies in erster Reihe ist die Ursache, weshalb es ihm leicht wird, Werktags sich jeden Wirtshausbesuches zu enthalten.<sup>1)</sup> Dadurch wird natürlich der Schwerpunkt seines Vergnügens in den Kreis der Familie gerückt, in welchem er seine arbeitsfreien Abende fast ausnahmslos zubringt. Er füllt dieselben mit häuslicher Beschäftigung, Plaudereien mit den Familienangehörigen über Stadtneuigkeiten, sowie dem Erzählen von Märchen an die Kinder u. s. f. aus.

Wenn ihm sein bergmännischer Beruf am Tage nicht in Anspruch nimmt, so verrichtet er gleichfalls häusliche oder Nebenarbeiten, die wir weiter oben des näheren anführten. Hierbei wird von dem grössten Teile der Bergleute beständig geraucht.

Die Frau des Arbeiters vermag wegen des geringen Umfanges ihrer Nebenbeschäftigungen den grösseren Teil des Jahres über sich ganz der Besorgung des Haushaltes zu widmen. Sie zeigt hierbei eine nicht

---

<sup>1)</sup> Ausserdem zwingt ihn der knappe Lohn, Wirtshäuser zu meiden, auch hält ihn eine angeborene Nüchternheit von dem häufigen Besuche derselben ab.

zu verkennende Sorgfalt. Besonders tritt dieselbe in der Art und Weise hervor, wie sie es ihrem von der Arbeit müde heimkehrenden Mann möglichst bequem zu machen sucht.

Meist nimmt die Besorgung des kleinen Haushalts die Zeit der Frauen nicht völlig in Anspruch und da diese ausser der erwähnten Nebenarbeit des Strickens und Häkelns andere Nebenbeschäftigungen nicht kennen, so sieht man häufiger als anderswo in den Bergstädten Gruppen von Arbeiterfrauen in lebhaften Gedankenaustausche auf der Strasse stehen.

Zur Zeit der Ernte bleibt die Frau häufig den ganzen Tag über dem Hause fern. Dann werden auch die der Schule noch nicht erwachsenen Kinder veranlasst, in die Haushaltsgeschäfte helfend mit einzugreifen.

Gewöhnlich gehören zu einer Haushaltung nur die Familienmitglieder, da das Einliegerwesen ein sehr beschränktes ist. Von der Gesamtbelegschaft der Oberharzer Werke (4594 Mann) waren am 1. Dezember 1885 im Ganzen 229 Mann sog. Einlieger.

Bei der Gründung eines Familienstandes lässt sich der Bergmann im grossen und ganzen von ökonomischen Rücksichten leiten, doch spielt bei der Knüpfung von Verhältnissen, die fast immer zur Eheschliessung führen, das erotische Element eine grosse Rolle. Mit siebzehn, achtzehn Jahren pflegt sich der Bursch schon mit einem Mädchen zu versprechen und, wie das unausbleiblich ist, in geschlechtlichen Umgang mit ihr zu treten. Daher die häufigen Frülhehen, die zur Vermeidung einer Katastrophe nöthig werden. Oft zählt der Mann kaum 21, die Frau 17 oder 18 Jahre, wenn der Ehebund geschlossen wird. Für die Nachkommenschaft scheint dies übrigens von keinem besonderen Nachtheile zu sein, da beide Geschlechter sich frühzeitig und kräftig entwickeln.

Ueber die Zahl der Ehen unter den Bergleuten wurden bereits in der Einleitung (Seite 8) Nachweise gegeben. Am 1. Dezember 1885 waren von der Gesamtbelegschaft der Oberharzer Werke einschliesslich der Witwer 65<sup>0</sup>/<sub>100</sub> verheiratet. Nimmt man die Arbeiter im Alter bis zu 25 Jahren als unverheiratet an, so stellt sich der Procentsatz der in einem höheren Alter stehenden verheirateten Bergleute auf 89. Obige Prämisse enthält jedoch wegen der erwähnten Frühehen einen nicht unwesentlichen Fehler. Indes lässt sich im allgemeinen als Regel hinstellen, dass mehr als 90<sup>0</sup>/<sub>100</sub> von den Arbeitern überhaupt einmal zur Gründung eines Familienstandes schreiten.

Ueber die durchschnittliche Fruchtbarkeitsziffer der Ehen habe ich besondere Erhebungen nicht angestellt. Mit vier oder fünf Kindern gesegnete Bergmannsleute trifft man im Harze am häufigsten; zu den Seltenheiten gehören auch solche nicht, die sich einer Kinderschar in der Stärke von 7 oder 8 Köpfen erfreuen.

Verhältnissmässig gering gegenüber der Zahl der ehelichen Geburten ist die der unehelichen; sie bleibt sogar hinter dem allgemeinen Procentsatze der Provinz Hannover noch um etwas zurück; häufig haben die Aussenkinder nicht einmal zwei Ortsgenossen zu Eltern, sondern sind von einem Mädchen in auswärtigem Dienst concipiert worden.

Die Zahl der Totgeburten ist wegen der kräftigen Natur der Harzerinnen eine geringe, ebenso die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahre, da die Mutter infolge Fehlens der Fabrikarbeit sich in hinreichender Weise der Pflege ihrer Kinder widmen kann.

Im Besonderen stellten sich nach den mir von den Magistraten zugegangenen Mittheilungen die Verhältnisse hinsichtlich der unehelichen Geburten, der

Totgeburten und der Sterblichkeit der Kinder (nach Procenten berechnet) folgendermassen:

Bergstadt	Es entfallen auf 100 Geburten				In ihrem ersten Lebensjahre verstarben unter 100
	Lebend	Tot	Ehelich	unehelich geborene	
1. Clausthal	96	4	93	7	14
2. Zellerfeld	98	2	94	6	12
3. St. Andreasberg	94	6	98	2	21
4. Lautenthal	95	5	95	5	10
5. Altenau	95	5	97	3	5
6. Grund	100	—	95	5	17

Die Erziehung der Kinder liegt, da der Vater den ganzen Tag über vom Hause abwesend ist, hauptsächlich in den Händen der Mutter. Diese legt besonderes Gewicht darauf, die Kinder zur Sauberkeit und Ordnung anzuhalten. Beobachtet man die Kinder in der Zeit der Schulpause, so würde man kaum zu der Ansicht neigen, dass der grössere Teil von ihnen dem Arbeiterstande entstammt.

Ausserhalb der Schule erfreuen sich die Kinder einer grossen Freiheit. In hellen Schaaren streichen sie in Wiese und Wald herum, doch sei es zu ihrem Lobe gesagt, dass sie sich meist an unschuldigen Spielen ergötzen. Besonders beliebt ist bei ihnen das Ballspiel.

Für den Volksschulunterricht ist gut gesorgt. Industrie- und Nähschulen sind dagegen nicht vorhanden; doch hat die Bergbehörde aus den Mitteln der Bergbaukasse Gelder zur Anschaffung von Nähmaschinen bewilligt, welche in den Clausthaler Lehranstalten Aufstellung fanden.

Mit Arbeiterbibliotheken hat der Staat den Oberharz bis zum Jahre 1889 gar nicht bedacht. Nur in einigen Orten des Harzes war es den Bergleuten möglich, die dort bestehenden Kirchenbibliotheken zu benutzen, welche Bücher gegen ein geringes Entgelt ver-

leihen. Seit dem genannten Jahre hat indes die Staatsverwaltung die hier vorhandene Lücke auszufüllen begonnen, indem sie 1000 Mk. zur Bildung einer Werksbibliothek bewilligte. Es entfällt zwar zur Zeit (1890) nur eine geringe Anzahl Bücher auf je eine Inspektion, jedoch ist die Vergrösserung der Bibliothek bestimmt in Aussicht genommen.

Vereine für Volksbildung giebt es im Oberharze nicht. Geistige Beschäftigung vermag sich indes der Bergmann auch ohne solche zu verschaffen vermöge seiner Neigung zur Musik. Zwar kömmt das früher so sehr beliebte Zitherspiel immer mehr in Abnahme und droht, gänzlicher Vergessenheit anheimzufallen, desto üppiger blühen dagegen Vereine für Hornmusik und solche zur Pflege des Gesanges. Musikkapellen, deren Mitglieder sich zur grösseren Hälfte aus Bergleuten zusammensetzen, giebt es fast in allen Oberharzer Bergstädten. Altenau besitzt deren sogar drei und selbst Buntentode, ein Ort von 606 Einwohnern, ist stolz auf sein Hornistenkorps. — Fast ebenso gross ist die Zahl der Gesangsvereine. Tenöre, die bei nötiger Ausbildung einer Bühne zur Zierde gereichen würden, sind unter den Mitgliedern derselben nicht selten anzutreffen.

Den Vereinsübungen dient gewöhnlich der Sonnabend-Abend; derselbe macht also bei vielen Arbeitern von den im Kreise der Familie zugebrachten Abenden eine Ausnahme. Der Bergmann trinkt an demselben eine Flasche Bier, wenn die Uebungen nicht, was häufiger geschieht, in einem Privathause oder im Schulgebäude abgehalten werden.

Da im Oberharze nur eine vom Oberbergamt besoldete Berufsmusikkapelle in Clausthal besteht, so kömmt dem Bergamte die Pflege der Musik gut zu statten zur Belebung der zahlreichen, jährlich von ihm begangenen Feste. Um bei der Schilderung derselben keine Verwechslung eintreten zu lassen, wollen wir sie in chronologischer Reihenfolge behandeln. —

Zunächst das Bergfest oder Bergdankfest. Es fällt auf denselben Tag, an welchem wir Fastnacht begehen. Sein Schwerpunkt liegt im Gottesdienste. An diesem nehmen die Mitglieder je eines Bergbaubezirktes zusammen Teil. Sie treten zu dem gemeinsamen Kirchgange in voller Knappentracht — Kittel, Arschleder, Schachthut etc. — an und werden von den mit ihren Abzeichen geschmückten Steigern zur Kirche geführt, um Gott zu danken für Bewahrung vor Gefahren in dem verflossenen Bergjahre — von Fastnacht zu Fastnacht dauernd — und auch fernerhin um seine Gnade zu bitten. Gleichzeitig ist es Gedächtnisfeier für die in dem genannten Zeitraume verunglückten Kameraden.

Ungern wird es gesehen, wenn sich an dem Gottesdienste weibliche Personen beteiligen, da sich der Bergmann schwer von dem Aberglauben trennen kann, dass in dem nächstfolgenden Bergjahre soviel Arbeiter in den Gruben ihr Leben einbüßen, als Frauen dem Gottesdienste am Bergdankfeste beiwohnten. Noch unangenehmer aber berührt es den Bergmann, wenn die Predigt an diesem Tage — ein leider zu constatierendes Vorkommnis (1890) — zu einer Abschweifung in das Gebiet der Politik Wahlzwecke halber benutzt wird.

Allgemeiner Beliebtheit erfreut sich das Backen von „Kräppeln“ (Krapfen) für dieses Fest. Im Uebrigen verlebt der Bergmann dasselbe mit grosser Mässigkeit.

Ohne dass das Osterfest, nun in der Zeitfolge der Feste weiterzugehen, etwas besonders Bemerkenswertes böte, sei nur erwähnt, dass sich im Harze noch vielfach die Sitte des Osterfeuers erhalten hat. Der heidnische Ursprung desselben dürfte bekannt sein. Um die Feuer steht oder läuft johlend und schreiend die männliche Stadtjugend, grosse, selbstgefertigte Fackeln aus gespaltenem Tannenholz in den Händen schwingend.



Wie dem Frühlinge wird auch der Sommersonnenwende ihr Tribut gezollt in der Feier des Johannis-  
tages. Obwohl ursprünglich ausschliesslich für die Kinder bestimmt, hat sich die Feier desselben auch auf die erwachsene Generation ausgedehnt. Sie findet ihren Ausdruck in einer eigenartigen Sitte. Es werden am Johannistage haushohe, schlanke Tannen in die Erde gerammt. Der Stamm ist bis zu  $\frac{2}{3}$  seiner Höhe mit Guirlanden umwunden, seine Krone schmücken Pappelrosen (*Lavatera trimestris*, die einzige, in den Harzgärten um diese Zeit anzutreffende Blume) und Ketten, von aufgeblasenen, bunt bemalten Eiern. Um diese Bäume werden am Tage von den Kindern, am Abend von den Erwachsenen unter Absingung eigenartiger Lieder Reigentänze aufgeführt.

Auf Veranlassung der kirchlichen Organe ist diese eigenartige Feier, die sich früher oft Tage lang hinzog, auf den eigentlichen Festtag beschränkt worden, angeblich, weil die Grenze des Erlaubten während derselben wiederholt überschritten wurde. Thatsächlich gehören Schlägereien aus Eifersüchteleien an diesem Tage durchaus nicht zu seltenen Erscheinungen.

In den Juli und August fallen die Harzer Schützenfeste, an denen sich selbstverständlich auch der Bergmann beteiligt. Dieselben dauern jetzt 3—5 Tage, früher oft 8 und 14. Auch für die Feier dieses Festes hat sich der Harzer seine eigenartigen Sitten bewahrt.

Den Höhepunkt der Vergnügungen bilden für den Bergmann die Knappschaftsfeste, die ebenfalls im Sommer abgehalten werden. Dieselben werden von den Bergleuten in ein- und demselben Orte und von den Hüttenleuten gesondert gefeiert. Zur Abhaltung der Festlichkeiten dienen eigens für diesen Zweck errichtete Zelte oder die Räumlichkeiten des Schützenhauses. Hier entwickelt sich von den frühen Nachmittagsstunden an ein laut bewegtes, echt bergmännisch-fröhliches Treiben. Hier kann man bisweilen „noch“ den Bergrat mit der

Frau des Bergmanns und umgekehrt den Bergmann oder Steiger mit der Frau eines seiner Vorgesetzten tanzen sehen. Hier erfreut sich Beamter und Arbeiter durch das Absingen eines jener schönen Lieder, die in so reicher Menge das Leben der Bergleute schildern und verherrlichen. Dabei wird der Anstand und die Sitte in jeder Weise gewahrt. Selten stört ein Miston die in ungezwungener Fröhlichkeit verlaufenden Feste.

Es sei noch, um das Bild, das wir von dem geselligen Leben der Bergleute zu entwerfen suchen, zu vervollständigen, der übrigen Bestrebungen zur Pflege der Geselligkeit unter den Arbeitern gedacht. Dieselben nehmen einen engen Raum ein. Einigen in Clausthal-Zellerfeld bestehenden geselligen Vereinen gehören wenig Bergleute, wohl aber mehrere Unterbeamten des Bergwerkshaushaltes als Mitglieder an. Es blieben demnach nur noch die Krieger- und Turnvereine zu erwähnen übrig. Dieselben zählen in fast allen Oberharzer Bergstädten viele Arbeiter zu ihren Mitgliedern, ihre Vergnügungen sind jedoch beschränkt.

Oeffentliche Tanzbelustigungen finden im Oberharze nur selten statt, da der Bergmann ein Bedürfnis nach solchen Belustigungen nicht empfindet. Sie vermögen nur in den grösseren Harzer Bergstädten Clausthal und Zellerfeld an Boden zu gewinnen, wo neben der berg- und hüttenmännischen Bevölkerung noch eine grössere Anzahl von Handwerkern vorhanden ist.

---

### III. Capitel.

## Kassenwesen.

### 1. Die Zeit vor 1866.

Aus der ältesten Zeit des Ober-Harzer Bergbaues von seinem Beginne um die Mitte des 13. Jahrhunderts bis zu seinem durch die Pest im Jahre 1348 verursachten Darniederliegen sind uns keine Nachrichten über Vereinigungen der Bergleute, die eine gegenseitige Unterstützung in Fällen der Bedürftigkeit bezweckten, überliefert.

Auch die landesherrliche Gesetzgebung deutet darauf hin, dass man in dieser Zeit das Institut der Knappschaftskassen oder anderer bergmännischer Unterstützungskassen im Harze noch nicht kannte. Die „jura et libertates silvanorum“ vom Jahre 1271, enthalten keine Bestimmungen, die das Vorhandensein solcher Kassen zur Voraussetzung hätten.

Erst nach Wiederaufnahme des Bergbaues zu Beginn des 16. Jahrhunderts treffen die in den drei politisch von einander getrennten Bergbaubezirken des Oberharzes — dem Andreasberger (Grafschaft Hohnstein) dem Clausthaler (Grubenhagen) und dem Zellerfelder Revier (Braunschweig) — erlassenen Bergordnungen übereinstimmende Anordnungen zur Unterstützung beim Grubenbau verunglückter Bergleute.

Der in diesem Sinne niedergeschriebene Artikel 105 der von Herzog Heinrich dem Jüngeren von Braunschweig für die Bergwerke bei Gittelde im Grunde etc. Donnerstag nach Viti 1524 publicierten Bergordnung bestimmt:

„Und so ein Arbeiter in der Gruben oder anderer dergleichen Arbeit an Gliedmassen, Arm- oder Beinbrechen oder dergleichen Fällen, Schaden

nimmt, so soll demselben von der Zechen, ob die fündig, acht Wochen sein Lohn und sein Arztgeld folgen; aber an anderen Gruben, die da nicht fündig, sondern mit Zubusse erbauet werden, die sollen dem Häuer 4 Wochen sein Lohn und dergleichen das Arztgeld reichen.“

Die Gräfflich Hohnstein'sche Bergordnung vom Jahre 1528 enthält diese Bestimmung für die Bergwerke zu St. Andreasberg mit dem nemlichen Wortlaute. Dasselbe gilt hinsichtlich der verbesserten und erweiterten Bergordnung für die Bergwerke „im Grunde, zum Wildenmann, Lautenthal und Zellerfeld vom 1. Januar 1550 (Th. II. Art. 82) mit der Einschränkung, dass hier an Stelle „und anderer dergleichen Arbeit“ gesetzt ist: „und anderer der Gewerken Arbeit.“ Es ergiebt sich diese Änderung aus dem Übergange des Bergbaues vom Landesherrn auf die Gewerken.

Die übrigen Bergordnungen aus dem 16. Jahrhundert recipieren diese Bestimmung fast sämmtlich.<sup>1)</sup>

Diese gesetzlichen Vorschriften behielten bis zur Einführung des allg. Preuss. Berggesetzes in das Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover am 1. Oktober 1867 Gültigkeit.

Aus der Initiation der Bergleute wurde, da dies ihnen nicht genügte, im 16. Jahrhundert eine Organisation des Unterstützungswesens in primitivem Umfange durch Bildung von Knappschaftskassen angebahnt. Im Anschlusse an die politische Einteilung des Oberharzes bildeten sich solche Kassen in Clausthal, Zellerfeld und St. Andreasberg. Sie sind aus der Zusammenlegung mehrerer kleinerer Kassen von unterge-

1) (f. „Bergordnung der Bergwerke am „Zellerfelde, Borsstätte und Clausthären“ vom 2. April 1554 Th. II. Art. 82, „Bergordnung der fürstlichen, freien und löblichen Bergwerke am Zellerfelde, Burgstädte und Clausthären als wohl zum Andreasberge“ etc. vom 18. Septbr. 1593 Th. II. Art. 82. „Bergordnung für die Bergwerke in Rammelsberg, Hirschberg, Grund, Wildemann, Zellerfeld, Lautenthal“ etc. vom 21. März 1555 Th. II. Art. 82.

ordneter Bedeutung hervorgegangen. Sie trugen anfangs ausschliesslich den Charakter von Privatinstituten; die Bergbehörden übten zwar das Obergerichtsrecht über die Kassen aus, kümmerten sich jedoch um die innere Verwaltung derselben wenig oder gar nicht. Diese stand vielmehr dem von der Knappschaft gewählten Knappschaftsältesten und seinem Stellvertreter, dem „Jüngsten“ der Knappschaft zu. Beide, der Älteste und der Jüngste der Knappschaft wurden vom Landesherrn bestätigt und schwuren ihm einen Eid. Die Formeln für diese Eide sind der Bergordnung vom Jahre 1550 und den folgenden im Anhange beigelegt.<sup>1)</sup>

Zur Rechnungsführung und zur Hülfeleistung bei den übrigen schriftlichen Arbeiten war dem Knappschaftsältesten ein besonderer Beamter — der Knappschaftsschreiber — zur Seite gestellt.

Die Kassen bezweckten in der ältesten Zeit die Verabreichung eines Almosens an die erkrankten und beschädigten Knappschaftsangehörigen je nach Bedürftigkeit und dem Stande der Kassen.

Die hierfür erforderlichen Mittel wurden durch Beiträge der Mitglieder aufgebracht. Sie betrugen für jeden Bergmann wöchentlich 1—2 Pfennige und führten den Namen Büchsengeld (Büchsenpfennige.) Ausserdem wurde von jedem Gulden des Gedingelohnes ein Gedingegeld von 4 Pfg. erhoben.

Diese patriarchalischen Zustände bei den Knappschaftskassen in den ersten Decennien ihres Bestehens erhalten mit der wachsenden Bedeutung des Harzer Bergbaues und dem zunehmenden Wohlstande der Angehörigen des Berghaushaltes bald eine veränderte Gestalt.

---

<sup>1)</sup> Sie legen den Knappschaftsvorstehern die Pflicht unwandelbarer Treue gegen den Landesherrn auf: „Schaden und Nachteil abzuwenden“ (vom Landesherrn) war das Haupterfordernis dieses Treugelöbnisses.

Die Bergbehörden erkannten die Notwendigkeit, dem wichtigen Institute der Knappschaftskassen eine festere Grundlage zu geben und eigneten sich die Verwaltung derselben selbst an. Die Verabfolgung der Almosen wurde regelmässiger und nach einheitlichen Grundsätzen geleitet, obwohl man den Mitgliedern einen Rechtsanspruch auf die Leistungen der Institute auch jetzt noch nicht einräumte.

Dies war der Zustand der Kassen zu Beginn des dreissigjährigen Krieges.

Die Lähmung des wirthschaftlichen Lebens, welche letzterer in ganz Deutschland im Gefolge hatte, machte sich beim Harzer Bergbau in besonders nachtheiliger Weise fühlbar. Wenn die Kassen trotz dieser ungünstigen Verhältnisse nicht nur ihren Quasi-Verpflichtungen voll und ganz nachkommen konnten, sondern sogar mehreremale freiwillig Geschenke verabfolgten, so ist dies ein Zeichen dafür, dass sie bereits eine hohe Lebensfähigkeit hatten.

Da indes durch die Erhöhung und einheitliche Normierung der Unterstützungen erhöhte Ansprüche an die Kassen gestellt wurden, so musste man andererseits, um das Gleichgewicht wieder herzustellen, eine Vermehrung ihrer Einnahmequellen vornehmen. Dies wurde dadurch erzielt, dass man den Kassen der Gruben ein Supplementgeld auflegte, dessen Mindestbetrag auf 12 mgl. (Mariengroschen) auf den Kopf der Belegschaft vierteljährlich festgesetzt war. Je nach Bedürfnis der knappschaftlichen Institute konnte es auf 24 mgl. erhöht werden.

Hierzu gesellten sich noch weitere Einnahmen, insbesondere:

1. Das Anläutegeld. Dies zahlte die Berginspection an die Knappschaftskasse dafür, dass letztere einen von ihr zu lohnenden pensionirten Bergmann zum Anläuten — morgens um 4 Uhr — stellte. Es betrug für jede Ausbeutegrube 18 Mgr. wöchentlich. Die Zubussgruben zahlten dies nach den Rösten Erz, die sie förderten und zwar für jede Rost 9 mgl.

2. Profit von den Knappschaftsextracten der Schichtmeister. Die Schichtmeister hatten monatlich für jede Grube ein solches Extrakt einzuliefern, aus welchem jeder Beitragspflichtige, sein ordinarer Beitrag, ev. Strafen, Defektbeträge etc. zu ersehen sein mussten. Nach diesen wurde dann die Hauptstammrolle bezw. das Hauptbeitragsregister nachgetragen. Die damit hinfällig gewordenen Extracte lieferten mit ihrem Makulaturwerte den oben erwähnten Profit.

3 Einnahmen von Leichentüchern. Diese waren für Rechnung der Knappschaftskasse angekauft und befanden sich im Gewahrsam des Haus- und Kassendieners der Knappschaft. Diejenigen, welche die Tücher in Benutzung nahmen, zahlten hierfür an die Knappschaftskasse einen mässigen Zins.

Daneben wurden den Kassen seit Beginn des 18. Jahrhunderts auf Anregung des Berghauptmanns v. d. Busche eine Anzahl wertvoller Privilegien zuertheilt, die mit der Ausdehnung des Bergbaues eine ihrer ergiebigsten Einnahmequellen bildeten.

Es sind namentlich hierher zu rechnen:

1. Das Privilegium, den Pochwerksafter nachzupuchen und zu schmelzen. Es bestand dieser After in Abfällen und Rückständen von der Aufbereitung der Erze.

2. Die Befugnis der Kassen, die Hallenerze zu bearbeiten und zu verwerten. Es sind dies die Erze, die zugleich mit dem „Berg“ auf die Hallen geschafft werden. Eine sorgfältige Trennung zwischen dem „Berg“ und den Erzen fand also auf den Gruben nicht statt. Die nochmalige Sonderung auf den Hallen, das sog. „Hallenklauben“, geschah zum Benefiz der Kassen.

Ausserdem wurde den Kassen zur Bearbeitung des Afters und der Hallenerze forstzinsfreies Holz gewährt

und das von ihnen gewonnene Silber zu einem etwas höheren Preise als das von den Grubenverwaltungen gelieferte von der „Berghandlung“<sup>1)</sup> übernommen.

Die ungleichmässige Entwicklung des Bergbaues in den drei Bergbaubezirken des Oberharzes gestattete eine gleichmässige Entwicklung der zugehörigen Knappschaftskassen nicht. Die Knappschaftskasse in dem reichen Clausthaler Bezirke konnte infolge der bedeutenderen Mittel, die ihr durch die Einnahmen aus den Erzabfällen zufielen, die Sätze für die „Gnadenlöhne“ (Unterstützungsgelder) wesentlich höher stellen als die beiden Kassen in dem Zellerfelder und Andreasberger Bezirke. Ein für die Verabfolgung jener Gelder bei der ersteren gegen Ende des 18. Jahrhunderts abgefasstes Reglement stellte folgende Normen auf:

1. Die Unterbeamten des Bergwerkshaushaltes — die verschiedenen Kategorien der Obersteiger, Steiger und Untersteiger — sowie die Ausrichter und Kunstknechte erhielten bei Erkrankungen nach Ablauf der für die Grubenverwaltungen bestehenden Unterstützungspflicht 6 Wochen lang einen ihrem Lohne gleichkommenden Gnadenlohn ausgezahlt.

War diese Frist verstrichen und eine Genesung nicht eingetreten, so wurde ihnen ein solcher in der Höhe von 30--34 mgl. wöchentlich auf die Dauer eines Jahres gewährt. Nach Ablauf desselben mussten sich diese den Unterbeamten angehörenden Kassenmitglieder einer ärztlichen Untersuchung unterziehen, welche bezweckte, festzustellen, ob die Kranken dauernd arbeitsunfähig, invalide waren, oder ihrem Amte, wenn auch

---

<sup>1)</sup> Die Berghandlung, ein staatliches Institut mit dem Sitze zu Hannover, besorgte während der hannoverschen Zeit bis gegen Mitte unseres Jahrhunderts den Verkauf der gesammten Oberharzer Bergwerksproducte auf Rechnung der landesherrlichen Hauptkasse. Sie übte diese Befugnis auf Grund des dem Landesherrn zustehenden, durch die Bergbaufreiheiten ausbedungenen Vorkaufsrechtes an den gewonnenen Metallen aus. Die Gewerken mussten ihr letztere zu festen, unveränderlichen Preisen überlassen.



in beschränktem Umfange wieder vorstehen konnten. Im ersteren Falle erhielten sie ihren Gnadenlohn ungeschmälert weiter ausgezahlt, im letzteren Falle entsprechend gekürzt. Anders verhielt es sich

2. mit den dem Arbeiterstande angehörenden Kassenmitgliedern. Für diese wurden die Gnadenlöhne für die Dauer ihrer Arbeitsunfähigkeit vom Beginn der Unterstützungspflicht der Kassen auf 15 resp. 12 mgl. wöchentlich festgesetzt. Erstere Summe erhielten die Bergleute, die in voller Arbeit standen, letztere die, welche nur zeitweilig oder in beschränktem Umfange bei der Grubenarbeit Verwendung gefunden hatten.

3. Die Höhe der Witwenpension richtete sich einerseits nach der Arbeiterkategorie, welcher der Mann der Witwe angehörte, andererseits danach, ob derselbe bei der Arbeit verunglückt oder eines natürlichen Todes gestorben war. Die Witwe eines Bergmann's erhielt im letzteren Falle erst bei dem Eintritt der Arbeitsunfähigkeit wöchentlich 3 mgl. und die gleiche Summe für jedes unerwachsene Kind; dagegen empfing sie bei unnatürlicher Todesart des Mannes ein halbes Jahr lang wöchentlich 15 mgl., später weniger, je nach der Grösse des vorhandenen Bedürfnisses. Die Pension der Witwen von Unterbeamten hatte in beiden Fällen die Höhe von 6 bzw. 4 mgl. pro Woche; hierzu kam eine Erziehungsbeihilfe von 3 mgl. für jedes schulpflichtige Kind.

4. Das Waisengeld hatte die Höhe von 6 mgl. für die Woche; von dem Genusse desselben waren Kinder ausgeschlossen, deren Vater aus Furcht vor Strafe wegen Deliktes bei der Grube sich geflüchtet hatte.

Ausser den Gnadenlöhnen zahlten die Kassen die Arzneimittel für die erkrankten Genossen sowie eine Begräbnisbeihilfe an die Hinterbliebenen verstorbener Mitglieder. Letztere betrug bei der Clausthaler Knapp-

schaftskasse 2 Mfl. bei natürlichem Tode und 7 Mfl. bei Verunglückung eines Mitgliedes.

Damit waren die Ausgaben der Kassen noch nicht erschöpft. Treten andere als die erwähnten Leistungen bei der Andreasberger und Zellerfelder Kasse wegen der Beschränktheit ihrer Mittel zwar nur in beschränktem Umfange zu Tage, so lässt sich dasselbe nicht von der reichen Clausthaler Knappschaftskasse sagen.

Diese zahlte einen nicht unbedeutenden Zuschuss zur Besoldung der drei Geistlichen der Stadt, Supplemente zur Besoldung der Schulamtsvorsteher u. s. f. Hierzu gesellten sich noch Ausgaben von geringerer Bedeutung: Verunglückte z. B. ein Pferd bei Bergfuhren, so zahlte die Kasse dem Fuhrherrn den vierten Teil des Wertes des Pferdes u. s. f.

Ausserordentlich zahlreich sind die Geschenke, welche von der Kasse gemacht wurden. Nachrichten über solche liegen bereits aus der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts vor. Sie haben selten die Förderung bergbaulicher Interessen zur Unterlage. Nur ein Fall ist hierher zu rechnen: Im Jahre 1647 brachte eine Frau 20 Bergleute aus dem Fürstentume Meissen nach Clausthal, wofür sie in Hinblick auf den derzeitigen Mangel an Arbeiterpersonal mit einem Geschenke von 2 Thlr. belohnt wurde.

Im Vordergrund stehen die Kindtaufs- und Hochzeitsgeschenke. Sie wurden meist an die höheren Bergbeamten und Geistlichen, niemals an Bergleute verabfolgt.

Ebenso häufig als diese sind Verwendungen der Kasse für gemeinnützige Zwecke. Unter ihnen nehmen die Zuschüsse, welche der Kirchenkasse zur Verschönerung der Kirche, zum Neubau von Orgeln, zur Neuanschaffung von Kirchenglocken etc. gewährt wurden, die wichtigste Stelle ein.

Wenn solche und ähnliche Ausgaben, die dem ursprünglichem Zwecke der Kasse nicht entsprechen,

bei der Clausthaler Knappschaftskasse wiederholt hervortraten, so ist dies darauf zurückzuführen, dass die Einnahmen der Kasse, wie bereits erwähnt, die Ausgaben bei weitem überstiegen, andererseits die Bergbehörden die Knappschaftsältesten zur Beratung der Knappschaftsangelegenheiten im Bergamte zwar noch zuzogen, in Wahrheit aber die Kassen selbständig verwalteten.

Im Gegensatz zu der blühenden Clausthaler Kasse fristeten die beiden Schwesterkassen zu Andreasberg und Zellerfeld wegen des Niederganges des Bergbaues in den zugehörigen Bergbaubezirken nur noch ein kümmerliches Dasein. Um die gänzliche Auflösung derselben zu verhüten, sah sich die Bergwerksverwaltung genötigt, ihre nicht unbedeutenden jährlichen Deficits dauernd zu übernehmen.

Dies ist das nicht sehr erfreuliche Bild, welches wir von der Lage der Kassen zu Beginn unseres Jahrhunderts erhalten. Die mit dem Jahre 1807 beginnende napoleonische Fremdherrschaft brachte hierin keine Veränderung hervor.

Ein der Entwicklung der Kassen nachteiliger Einfluss machte sich jedoch in den folgenden Decennien durch den Missbrauch, der mit der freien Verabfolgung der Arzneien getrieben wurde, geltend. Das Bergamt sah sich dadurch mit Rücksicht auf den Bestand der Kassen genötigt, besondere die Verabfolgung freier Arzneimittel beschränkende Vorschriften zu treffen, die dem Missbrauch ein Ende machten.

Während sich im übrigen seit dieser Zeit die Verhältnisse bei der Clausthaler und Andreasberger Kasse nicht wesentlich mehr verschoben, trat in der Lage der Zellerfelder Kasse eine wesentliche Aenderung ein. Deren Einnahme steigerte der reiche Ertrag der Grube Bergwerkswohlfahrt, von deren Kuxen sie 60 in ihren Besitz gebracht hatte, so sehr, dass sie seit dieser Zeit nicht nur ihren Verpflichtungen selbständig

nachkommen, sondern sogar eine Gleichstellung in ihren Unterstützungssätzen mit den höheren Clausthaler Gnadenlöhnen durchführen konnte.

Je günstiger sich die Verhältnisse dieser beiden Kassen gestalteten, um so gedrückter erschien die Lage der Angehörigen der Andreasberger Knappschaftskasse. Die Unzulänglichkeit der Leistungen derselben im Vergleich mit denen der erstgenannten Institute machte sich um so mehr fühlbar, seitdem der Oberharz unter ein- und dieselbe Bergwerksverwaltung gekommen war, die Arbeiter also gleiche Ansprüche für ihre Fürsorge an die Centralbehörde hatten. Verschiedene Versuche, die Kassen zu vereinigen, waren jedoch an den Bedenken, die aus den verschiedenen Vermögensverhältnissen derselben flossen, gescheitert.

Als indes die weitere Existenz der Institute durch das Sinken der Ausbeute der Grube Bergwerkswohl- fahrt und durch den Wegfall der Einnahme, die die Clausthaler Kasse aus der Bearbeitung der Pochwerks- abfälle zog, bedroht schien, war man vor die Alternative gestellt, entweder die beteiligten Knappschafts- genossen für den Ausfall aufkommen zu lassen, oder aber das Deficit den Werkskassen wieder aufzubürden.

Da jedoch diese sowie die Bergwerksverwaltung bereits Zuschüsse in beträchtlicher Höhe gewährten, so konnte man ihnen die Uebernahme dieser neuen Last nicht zumuten. Es entsprach auch Gründen der Billig- keit, wenn man die Arbeiter für Beneficien, die ihnen selbst zu gute kamen, zu einer höheren Beisteuer heran- zog. Eine Reorganisation der Kassen nach diesen Gesichtspunkten schien um so mehr geboten, als in den Lohnverhältnissen der einzelnen Arbeiterklassen im Laufe der Zeit eine bedeutende Verschiebung eingetreten war, während die Sätze für die Beiträge immer noch auf den aus dem vorhergehenden Jahrhundert über- nommenen, veralteten Abmachungen beruhten und daher zum Teil sehr gering, zum Teil sehr ungleichmässig

waren. Auch entsprachen die Gnadenlöhne nicht mehr den erhöhten Lebensansprüchen der Arbeiter und der im Laufe der Zeit eingetretenen Preissteigerung aller Lebensbedürfnisse.

Die Bergwerksverwaltung entschloss sich daher, auf Grund dieser veränderten Verhältnisse eine Vereinigung der drei Kassen zu einer oberharzischen Bergknappschaftskasse unter folgenden Normen vorzunehmen:

1. Die Werkskassen zahlen statt aller bisherigen direkten und indirekten Zuschüsse eine jährliche Beihilfe von 22000 Thlr.

2. Der Knappschaftskasse werden alle Ausgaben, abgenommen, die ihrem Zwecke nicht entsprechen und zu deren Leistung sie nicht verpflichtet war.

3. Die Knappschaftsmitglieder haben die Mittel zur Bestreitung der Knappschaftsausgaben, soweit diese nicht durch den Zuschuss der Werke, die Zinsen von den belegten Kapitalien etc. gedeckt werden, selbst herbeizuschaffen und werden zu diesem Zwecke die Büchsengelder auf 6 Pfg. von jedem Thaler Lohnverdienst erhöht.

Auf Grundlage dieser Bestimmungen wurde ein Regulativ für die oberharzische Bergknappschaftskasse ausgearbeitet, welches am 1. Januar 1861 in Kraft trat. Soweit es sich mit der Einrichtung der Kasse und den oben erläuterten Bestimmungen vereinigen liess, wurden die auf Herkommen beruhenden Satzungen der aufgelösten Kassen in das Regulativ übernommen.

Die Kasse erhielt ihren Sitz zu Clausthal und verfolgte den Zweck, die beschädigten, erkrankten oder aus anderen Gründen arbeitsunfähigen Genossen, sowie die Witwen und Waisen verstorbener Mitglieder zu unterstützen.

Die für diese Unterstützungen erforderlichen Leistungen der Kasse bestanden:

1. in Krankengeld und Pension sowie in einem Gnadenlohn für die Witwen und noch nicht confirmierten Kinder verstorbener Mitglieder,

2. in freier ärztlicher Behandlung und freien Medicamenten,

3. in Beisteuern zu verschiedenen Zwecken <sup>1)</sup> etc.

An letzteren gewährte die Kasse:

a. Beerdigungsbeihilfen (im Betrage von  $5\frac{1}{2}$  Thlr.) für die Hinterbliebenen eines verunglückten Genossen,

b. Beisteuer zum Milchgelde bis zu 3 Thlr. für diejenigen Mitglieder, deren Frauen ihr neugeborenes Kind nicht stillen konnten,

c. Confirmationsbeihilfen bis zu 2 Thlr. an die hilfsbedürftigen Kinder verstorbener Genossen und

d. Beisteuern wegen besonderer Hilfsbedürftigkeit, nur auf Vorschlag des Knappschaftsältesten.

Als ausserordentliche Leistungen waren der Kasse ferner auferlegt:

1. Zahlungen zu Kirchen- und Schulzwecken. Dieselben beruhten zum Teil auf Herkommen; sie hatten jedoch ihre frühere Höhe nicht beibehalten. Mit den Ausgaben für die Schulen war der Zweck verbunden, namentlich im schulpflichtigen Alter stehenden Pochknaben freie Schule zu verschaffen.

2. Ausgaben aus den ihr überwiesenen Vermächtnissen.

---

<sup>1)</sup> Auch wurde den Gnadenlohnempfängern die Lieferung von Magazinkorn zu festen ermässigten Preisen gewährleistet. Dieselbe erfolgte im Anschlusse an die allgemein bestehende Einrichtung der Brotkornverabfolgung an die oberharzischen Bergleute. Es erhielten zum festen Preise von 23 Gr. 4 Pfg. pro Hinnten geliefert:

ein verheirateter Mann monatlich . . .	2	Hinten,
ein unverheirateter Mann „ . . .	1	„
eine Witwe mit mehr als 3 Kinder monatlich	2	„
eine Witwe mit 3 oder weniger Kindern „	1	„
eine Witwe ohne Kinder monatlich . . . $\frac{1}{2}$		„
ein elternloses Kind „ . . . $\frac{1}{2}$		„

3. Ehrengaben beim gemeinschaftlichen öffentlichen Auftreten der Knappschaften.

Die Verwaltung der Kasse wurde vom Königl. Berg- und Forstamte zu Clausthal geführt.

Ausser der oberharzischen Bergknappschaftskasse bestanden in dieser Zeit im Oberharze an grösseren Kassen namentlich solche zur Unterstützung der Silber- und Eisenhüttenleute.

Auf Anregung des Berghauptmanns v. d. Busche hatte sich bereits zu Beginn des 18. Jahrhunderts die „Hüttenbüchse“ oder „Büchsenpfennigskasse“ gebildet. Sie bezweckte die Unterstützung hilfsbedürftiger Hüttenleute sowie der Hinterbliebenen derselben. Ihre Einnahmen bestanden hauptsächlich in Beiträgen der Mitglieder — „Büchsenpfennigen“ —, die von dem Wochenlohn der Genossen zurückbehalten wurden.

Da bei dem schnellen Anwachsen der Arbeiterbevölkerung, der Erweiterung des Hüttenbetriebes und der damit in Verbindung stehenden bedeutenden Zunahme der Mitgliederzahl die Verwaltung der auf patriarchalischen Grundsätzen beruhenden Kasse sehr erschwert war, so trat bald eine Zweiteilung der Kasse ein und es bildeten sich aus ihr:

1. Die Silberhüttenbüchse zur Unterstützung hilfsbedürftiger Silberhüttenleute sowie deren Angehörigen. Ihre zum grossen Teile auf Herkommen beruhenden Abmachungen wurden zum ersten male durch das Regulativ vom 20. Dezember 1860 fixiert.

2. Die Eisenhüttenbüchse zur Unterstützung der auf den Eisenhütten beschäftigten Arbeiter und ihrer Hinterbliebenen. Ihre ebenfalls auf Herkommen beruhenden Satzungen regelte das Statut vom 24. Mai 1856.

## **2. Der Uebergang des Bergbaues auf den preuss. Fiskus und seine Wirkungen auf das Kassenwesen.**

Dies war die Lage des Kassenwesens beim Oberharzer Bergbau, als der Harz nach der Katastrophe von 1866 unter die Verwaltung des Königreichs Preussen kam.

Die vom 1. Oktober 1867 datierende Einführung des allg. Preuss. Berggesetzes im Gebiete des ehemaligen Königreichs Hannover machte eine Reorganisation des Knappschaftswesens auf Grund des Titels VII (§ 165 bis 186) des Gesetzes notwendig. Diese Reorganisation musste darauf gerichtet sein, die Leistungen der Knappschaftsverbände mit den Anforderungen des Gesetzes in Einklang zu bringen, insbesondere den Vereinigungen die Selbstverwaltung zu gewährleisten.

Das Gesetz liess die bereits bestehenden Vereine ausdrücklich in Wirksamkeit. Eine Vereinigung der im Oberharze existierenden grösseren Unterstützungskassen zu einem Knappschaftsvereine schien jedoch geboten, um den Arbeitern eine grössere Garantie für die Dauer der Leistungen zu geben. Denn da die Knappschaftsvereine nicht wie die Versicherungsgesellschaften auf dem Principe der Kapitaldeckung beruhen, so hört der Anspruch auf die Leistungen derselben mit der Auflösung auf. Das Eintreten dieses Falles zu vermeiden, war den Knappschaftsvereinen das Mittel an die Hand gegeben, möglichst grosse Vereinsbezirke zu bilden.

Da indes, wie erwähnt, das Berggesetz bereits bestehende Vereine in Wirksamkeit lässt, die Unterstützungskassen der Hüttenleute nicht einmal unter seine Bestimmungen fallen, so war man, als man eine Vereinigung der im Oberharze existierenden grösseren Unterstützungskassen nach Massgabe der obigen Gesichtspunkte vornehmen wollte, lediglich auf den guten Willen der Arbeiter angewiesen.

Hier stiess man indes auf Widerstand, da die Arbeiter sich von den alten ihnen lieb gewordenen Instituten nur schwer trennen konnten. Auch verhehlten sich die Arbeiter nicht, dass nach Wegfall der alten Beneficien der Kassen eine wesentliche Erhöhung der Beiträge eintreten würde, wogegen allerdings auf der anderen Seite die erhöhten Leistungen einen verlockenden Einfluss ausübten.



Eine weitere Schwierigkeit für die Consolidation der Kassen lag in der Verschiedenheit ihrer Vermögensverhältnisse. Eine Benachtheiligung der Mitglieder der besser situirten Kassen zu Gunsten der Genossen der ärmeren Kassen war bei der Zusammenlegung nicht zu vermeiden.

Man gebrauchte zur Ueberwindung dieser Schwierigkeiten fast zwei Jahre, sodass das Statut des neuen Vereins erst am 1. Juli 1869 in Kraft treten konnte.

**3. Der Clausthaler Knappschaftsverein:  
seine Entwicklung bis zum Beginn der neueren  
socialpolitischen Gesetzgebung.**

Der durch das letzterwähnte Statut ins Leben gerufene Clausthale Knappschaftsverein erhielt seinen Sitz zu Clausthal und verpflichtete zum Beitritt das Personal aller unter der Aufsicht der Bergbehörde stehenden Bergwerke und Aufbereitungsanstalten im Bezirke der Aemter Zellerfeld, Elbingerode, Herzberg und des Amtes Osterode in seiner früheren Begrenzung bis zum Jahre 1859 sowie das Personal der vormals hannoverschen Landesteile gelegenen fiskalischen Silber- und Eisenhütten.

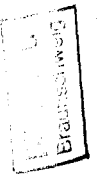
Die Vereinsstatuten wurden auf der Grundlage des erwähnten Tit. VII des allg. Preuss. Berggesetzes aufgebaut.

Der Verein gewährte danach seinen Mitgliedern: als dauernde Beneficien:

1. eine lebenslängliche Invalidenunterstützung,
2. eine Unterstützung der Witwe auf Lebenszeit bezw. bis zur etwaigen Wiederverheiratung,
3. eine Unterstützung zur Erziehung der Kinder verstorbener Mitglieder und Invaliden bis nach zurückgelegtem 14. Lebensjahre,

sowie ferner als vorübergehende Leistungen:

1. freie Kur und Arznei im Krankheitsfalle,
2. einen Krankenlohn,
3. einen Beitrag zu den Begräbniskosten der Mitglieder und Invaliden.



Ausserdem verpflichtete sich der Verein zur Verabfolgung von Magazinkorn zu ermässigten Preisen an die Invaliden, Witwen und Waisen sowie zur Zahlung einer Schulgeldbeihilfe von 5 gr. pro Quartal für jedes eheliche oder demselben gesetzlich gleich zu achtende Kind.

Die für Gewährung dieser Unterstützungen erforderlichen Mittel wurden durch Beiträge der Mitglieder und Werkbesitzer, die nach Massgabe der Bestimmungen des allg. Preuss. Berggesetzes die gleiche Höhe haben mussten, sowie durch Strafgeelder, aus den Zinsen des Vereinsvermögens etc. aufgebracht.

Hinsichtlich der Mitglieder wurde nach dem Vorbilde anderer Vereine eine Einteilung in ständige und unständige Genossen vorgenommen. Erstere mussten bei ihrer Aufnahme das 19. Lebensjahr zurückgelegt haben, jedoch noch weniger als 40 Jahre zählen und mindestens ein Jahr lang auf Berg-, Hütten- oder Aufbereitungswerken oder den zum Vereine gehörigen gewerblichen Anlagen in Arbeit gestanden und in dieser Zeit dem Vereine als unständiges Mitglied angehört haben. Hierzu kamen als weitere allgemeine Vorbedingungen für die Aufnahme der Besitz einer gesunden körperlichen Constitution und der Vollgenuss der bürgerlichen Ehrenrechte.

Um eine Abstufung der Beiträge und Unterstützungen zu erzielen, wurden die ständigen Genossen nach der Höhe des Jahresverdienstes und nach Alter in fünf, die unständigen Mitglieder in zwei Klassen eingeteilt. Den beiden ersteren dieser sieben Klassen gehörten nur die Unterbeamten an.

Der Berechnung der Pensionen wurde ausserdem das Dienstalder der berechtigten Genossen zu Grunde gelegt. Die Pensionen steigerten sich nach einem Dienstalder von 10 Jahren von Jahr zu Jahr, bis sie bei einem Dienstalder von 40 Jahren ihren Höhepunkt erreichten und stabil blieben. Im Uebrigen wichen die

Statuten von denen anderer Knappschaftsvereine nicht wesentlich ab.

Die einer der drei vereinigten Kassen angehörenden Mitglieder traten mit den bereits erworbenen Rechten und Pflichten in den Verein über. Ebenso wurden die von diesen Kassen unterstützten Invaliden, Witwen und Waisen von dem Vereine übernommen.

Der deutsch-französische Krieg unterzog die Kräfte des jungen Vereins bereits nach einem Jahre seines Bestehens einer schweren Prüfung.

Da man allen den in den neu erworbenen preussischen Landesteilen gebildeten Knappschaftsverbänden wegen ihres jungen Alters erhöhte Leistungen, wie sie durch die Last des Krieges bedingt waren, nicht zumuten konnte, so bildeten sich im Jahre 1870 im Oberbergamtsbezirke Clausthal 21 Unterstützungsvereine, deren Zweck es war, den Angehörigen der zu den Fahnen einberufenen Mannschaften besondere Unterstützungen zu gewähren.

Die Mittel für Gewährung dieser Unterstützungen wurden durch monatliche Beiträge der zurückgebliebenen Beamten und Arbeiter, durch gleich hohe Beiträge der Werkskassen, sowie durch zufällige Einnahmen, durch Gaben von Gönnern etc. aufgebracht.

Erst nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges war es den Knappschaftsvereinen möglich, in eine Reform ihrer Statuten einzutreten, wie sie durch einen Ministerialerlass vom 25. Februar 1870 angeregt war und sich durch die Bestimmungen der Gewerbeordnung als notwendig ergab.

Die Gewerbeordnung für den norddeutschen Bund verlieh den Werkseigentümern sowohl als den Arbeitern das freie Coalitionsrecht. Es war ersteren dadurch freigestellt, unter Verabredung mit anderen Bergwerkeigentümern den Bergwerksbetrieb einzustellen oder die Arbeiter zu entlassen, wenn letztere sich zu bestimmten Zugeständnissen nicht bereit finden liessen. Ausserdem

konnten sie durch Vereinbarung gleichlautende Arbeitsordnungen und Disciplinarreglements für grössere Bergbaubezirke erlassen. Auf die Normierung der Arbeitsordnungen hatte die Bergbehörde keine direkte Einwirkung mehr, da nach den Bestimmungen des § 80 des Allg. Preuss. Berggesetzes die Arbeitsordnungen der Behörde nicht mehr zur Bestätigung, sondern nur zur Kenntnissnahme einzureichen waren. Da sich an die gänzliche Ablegung eines Bergmannes auf Grund der bestehenden Arbeitsordnungen auch der Verlust der Mitgliedschaft bei dem zugehörigen Knappschaftsvereine knüpfte, so war den Arbeitgebern zugleich ein Verfügungsrecht über die auf die Leistungen der Vereine von den Mitgliedern erworbenen Ansprüche eingeräumt, ein Recht, das um so weitgehender war, je mehr die Arbeitgeber durch Coalitionen und durch Aufstellung gleichlautender Arbeitsordnungen dem auf einem Vereinswerke abgelegten Arbeiter die Wiederannahme auf einer anderen zum Vereinsbezirke gehörigen Zeche erschwerten. —

Um die Ungerechtigkeit, die hierin lag, zu beseitigen, nahmen die Knappschaftsvereine bei ihrer Reform im Jahre 1872 folgende Bestimmung in die neuen Statuten auf:

„Vereinsgenossen, welche von den Werksverwaltungen entlassen werden, treten sofort in die Klasse der Beurlaubten (d. i. der in ihren Leistungen und Ansprüchen Suspendierten) ein, insofern sie nicht von einer anderen zum Knappschaftsvereine gehörigen Werksverwaltung in Arbeit genommen werden.“

Andere die freie Bewegung der Arbeiter hemmende Vorschriften der Vereine bezogen sich auf die Fälle, in denen Arbeiter die Werksarbeit längere Zeit (meist einen Monat) ohne Urlaub verlassen resp. die vorgeschriebene Frist der An- oder Abmeldung versäumt hatten. Die Knappschaftsvereine verhängten über sie die Ausschlössung.

Die Aufhebung dieser Bestimmung erfolgte nach Massgabe derselben Erwägungen, die die Einschaltung des obigen Satzes in die abgeänderten Statuten zur Folge hatten.

Eine weitere Anregung zu Reformen gab den Knappschaftsvereinen das vom 7. Juni 1871 datierende Haftpflichtgesetz.

Dasselbe legte den Werkseigentümern die Verpflichtung zum Schadenersatz im Falle der Tötung oder Körperverletzung auf, wenn ein Bevollmächtigter oder Repräsentant oder eine zur Leitung oder Beaufsichtigung des Betriebes oder der Arbeiter angenommene Person durch ein Verschulden in Ausführung der Dienstverrichtungen den Tod oder die Körperverletzung eines Menschen herbeigeführt hatte. Bei Mitgliedern von Knappschaftskassen war indes die Leistung der letzteren an den Ersatzberechtigten auf die von den Gerichten festzusetzende Entschädigung einzurechnen.

Wurden somit die Knappschaftsvereine von den Wirkungen des Gesetzes zwar nicht direkt getroffen, so gab ihnen die letztere Bestimmung dennoch Anlass zur Erhöhung der Leistungen bei Verunglückung eines Mitgliedes.

Bei dem Clausthaler Vereine erfolgte eine solche nach dem neuen Statut um den vierten (früher um den sechsten) Teil der Entschädigung, welche in Krankheitsfällen resp. bei natürlichem Tode an die Mitglieder ev. deren Hinterbliebenen gezahlt wurde.

Was nun die Wirkungen des veränderten Unterstützungswesens auf die Arbeiter beim Harzer Bergbau anbelangt, so übten vor allem die erhöhten Pensionssätze einen verlockenden Einfluss auf dieselben aus. Der Andrang zur Invalidisierung nahm daher in hohem Masse zu. Während der Zugang an Ganzinvaliden sich in früheren Jahren auf 40—50 jährlich belief, stieg er in den Jahren nach 1869 und 1872 auf 80—100, also auf das Doppelte.

Der Vorstand des Vereins besass andererseits kein Mittel, diesem Andrange wirksam entgegenzutreten, denn bei den früheren patriarchalischen Zuständen hatte man die Invalidisierung der Arbeiter im Interesse der Kassen so weit als möglich hinausgeschoben. Es war daher vielfach ein Bedürfnis zur Invalidisierung vorhanden.

Gleich wie die Invalidenpensionen, verleiteten auch die erhöhten Krankenzölne die Knappschaftsmitglieder vielfach zur missbräuchlichen Inanspruchnahme derselben. Die Krankenzölne zeigten daher seit Constitution des Vereins ein stetiges Wachsen und erreichten im Jahre 1874 die Höhe von 109,984 Mk. (1871 betragen sie noch 25 253,59 Mk.)

Der Verein überwandt zwar diese Schwierigkeiten mit Hilfe des grossen ihm von den Harzer Unterstützungskassen zugebrachten Vermögens -- es betrug nahezu zwei Millionen Mark --, es kam jedoch mehrermale beim Jahresabschluss ein geringes Deficit zum Vorschein.

Es schien daher mit Rücksicht auf den fernerer Bestand des Vereins geboten, Massregeln zur Abhilfe der gesteigerten Simulation von Krankheiten zu treffen.

Der Verein ergriff zur Abstellung dieser Missstände zwei Mittel, welche

1. in dem Wegfall des Krankenzolnes für die drei ersten Tage der Krankheit,
2. in getrennter Rechnungsführung der Krankenunterstützung einerseits und des Pensionswesens andererseits

bestanden.

Zu letzterer Massregel ist zu bemerken:

Diese Trennung geschah in der Weise, dass für die Krankenunterstützung besondere Beiträge von den Mitgliedern erhoben wurden, die nach Massgabe des jeweiligen Bedürfnisses vom Knappschaftsvorstande jähr-

lich festzusetzen waren. Steigerten sich also die Krankheitsfälle und die verausgabten Krankengelder, so wurden auch die für die Krankenunterstützung zu zahlenden Beiträge erhöht. Während man auf diese Weise ein Gleichgewicht zwischen Einnahme und Ausgabe des Krankenlohnes herzustellen suchte, veranlasste man durch diese Massregel zugleich die Arbeiter, im Hinblick auf die event. zu erhöhenden Beiträge sich der Simulation von Krankheiten zu enthalten.

Die Einnahmen sowohl wie die Ausgaben für das Krankenunterstützungswesen wurden besonders gebucht.

Infolge dieser Massregeln, die in dem abgeänderten Statut vom 1. Januar 1877 auch äusserlich zum Ausdruck kommen, machte sich zunächst ein Rückgang in der Höhe der Krankheitsfälle bemerkbar, für welche Krankenlohn gezahlt wurde. Die Anzahl der Krankheitsfälle überhaupt betrug zwar im Jahre 1880 noch 10,021; jedoch wurde nur in 1797 Fällen Krankenlohn gezahlt, da die übrigen von kürzerer als viertägiger Dauer waren.

Dieselbe Abnahme ist hinsichtlich des Andranges zur Invalidisierung hervorzuheben. Es trat hier ein zwar langsamer, aber stetiger Rückgang ein. Der Zugang von Invaliden betrug im Jahre 1880 nur noch 70.

Dagegen hatte der Verein seit seinem Bestehen Jahr für Jahr eine verhältnismässig hohe Zahl von Witwen zu unterstützen. Diese Erscheinung ist darauf zurückzuführen, dass die Bergmannsfrauen wegen der leichten ihrer körperlichen Constitution angepassten Arbeiten sehr häufig ein hohes Alter erreichen, sowie auf die Neigung der Arbeiter, sich früh zu verheiraten.

Durch diese frühen Ehen erklärt sich auch die geringe Anzahl der Waisen des Vereins, da die Kinder beim Tode des Vaters meist schon das 14. Lebensjahr erreicht haben.

#### **4. Der Einfluss der neueren socialpolitischen Gesetzgebung auf die Entwicklung der deutschen Knappschaftsvereine.**

##### **A. Allgemeine Charakteristik.**

Die neueren socialpolitischen Gesetze liessen den Besitzstand der Knappschaftsvereine unberührt; sie waren indes für ihre Entwicklung von der weitgehendsten Bedeutung und machten eine gänzliche Umgestaltung ihrer Satzungen notwendig.

Die Gründe, welche die Reichsregierung veranlassten, von einer Aufhebung der Knappschaftsinstitute und dem Einschluss ihrer Mitglieder in die socialpolitische Gesetzgebung abzusehen, wurden schon bei der Beratung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen und der hiermit zusammenhängenden Novelle zum achten Titel der Gewerbeordnung vom 8. April 1876 von dem damaligen Minister für Handel etc. Dr. Achenbach in der Reichstagssitzung vom 1. Februar 1876 eingehend dargelegt.

Anlass zu dieser Erörterung bot ein von socialdemokratischer Seite gestellter Antrag, die über die gewerblichen Hilfskassen neu zu erlassenden Vorschriften auf sämtliche Bergarbeiter auszuweiten und sonach die bestehenden Knappschaftseinrichtungen zu beseitigen. Achenbach wies bei der Bekämpfung dieses Antrages auf die von den Knappschaftsvereinen erzielten Erfolge hin und erinnerte daran, dass man es hier mit Einrichtungen zu thun habe, die auf dem Gebiete der Arbeiterunterstützung „das allein Bedeutende“ in Deutschland geleistet hätten. Er schloss mit den Worten:

„Es liegt hier ein teures Erbe unserer Väter vor, das der Gegenwart zur weiteren Pflege überkommen ist.“

Um in der seit dieser Zeit die Reichsregierung beschäftigenden Frage der Kranken- und Unfallversicherung gemeinsam vorzugehen, bildete sich im Jahre 1882 auf Anregung des seit dem Jahre 1870 bestehenden Verbandes der Knappschaftsvereine des Oberberg-



amtsbezirkes Bonn ein allgemeiner deutscher Knappschaftsverband. Er stellte im Jahre 1884 ein Normalstatut für die deutschen Knappschaftsvereine auf, dass den durch das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz an die Vereine gestellten Anforderungen und ihren übrigen Bedürfnissen im wesentlichen gerecht ward.

Im Einzelnen betrafen die durch das Kranken- und Unfallversicherungsgesetz in der Organisation der Knappschaftsvereine notwendigen Aenderungen folgende Punkte.

#### B. Rechtliche Stellung der Knappschaftsvereine zu dem Krankenversicherungsgesetze.

Das Krankenversicherungsgesetz vom 15. Juni 1883 nahm die auf Grund berggesetzlicher Vorschriften errichteten Krankenkassen (Knappschaftskassen) von der Gemeindekrankenversicherung resp. von der Verpflichtung, einer nach Massgabe der Vorschriften desselben Gesetzes errichteten Krankenkasse anzugehören, aus (§ 74 des Gesetzes).

Jedoch bestimmte derselbe Paragraph, der den Vereinen diese Ausnahmestellung garantierte:

1. Die statutenmässigen Leistungen der Knappschaftskassen in Krankheitsfällen seien auf den Betrag der für die Betriebs-(Fabrik)-Krankenkassen vorgeschriebenen Mindestleistungen zu erhöhen;

2. Die Vorschriften des § 26 Abschn. 1 fänden auch auf sie Anwendung.

ad 1. Die hier in Betracht kommenden Mindestleistungen sind die in § 20 festgesetzten. Die Kassen hatten hiernach folgenden Mindestleistungen an sämtliche Vereinsmitglieder zu gewähren:

- a. Vom Beginne der Krankheit an freie Kur und Arznei einschliesslich der im § 6 bezeichneten Heilmittel (Brillen, Bruchbänder etc.)
- b. Im Falle der Erwerbsunfähigkeit vom dritten Tage der Erkrankung an bis zur Dauer von längstens 13 Wochen für jeden Arbeitstag ein Krankengeld

in der Höhe der Hälfte des durchschnittlichen Tagelohnes der Kassenmitglieder, soweit er 3 Mk. bzw. wenn die Festsetzung desselben klassenweise erfolgt, 4 Mk. für den Arbeitstag nicht überschreitet. (NB. Diese Leistung erhöht sich bei Betriebsunfällen auf Grund des Unfallversicherungsgesetzes § 5 Abs. 9 vom Beginne der fünften Woche nach Eintritt des Unfalls auf mindestens zwei Drittel des bei der Berechnung desselben zu Grunde gelegten Arbeitslohnes),

- c. eine gleiche Unterstützung wie diejenige unter b an Wöchnerinnen für die Dauer von drei Wochen nach ihrer Niederkunft,
- d. für den Todesfall eines Mitgliedes ein Sterbegeld im zwanzigfachen Betrage des von der höheren Verwaltungsbehörde (Regierung, Regierungspräsident) festgesetzten ortsüblichen Tagelohnes gewöhnlicher Tagearbeiter.

ad 2. Der erwähnte auch auf die Knappschaftskassen ausgedehnte Absatz I des § 26 lautet:

„Für sämtliche Kassenmitglieder beginnt das Recht auf die Unterstützungen der Kasse zum Betrage der gesetzlichen Mindestleistungen (§ 20) mit dem Zeitpunkte, in welchem sie Mitglieder der Kasse geworden sind. Von Kassenmitgliedern, welche nachweisen, dass sie bereits einer anderen Krankenkasse angehört oder Beiträge zur Gemeinde-Krankenversicherung geleistet haben, und dass zwischen dem Zeitpunkte, mit welchem sie aufgehört haben, einer solchen Krankenkasse anzugehören, oder Beiträge zur Gemeindekrankenversicherung zu leisten und dem Zeitpunkte, in welchem sie Mitglieder der Ortskrankenkasse geworden sind, nicht mehr als 13 Wochen liegen, darf ein Eintrittsgeld nicht erhoben werden.“

Hiernach beginnt das Recht auf die von den Knappschaftsvereinen zu zahlenden Mindestleistungen

mit dem Erwerbe der Mitgliedschaft. Diese beginnt gemäss § 19 des Gesetzes mit dem Tage, an welchem sie in die Beschäftigung eintreten.

### C. Rechtliche Stellung der Knappschaftsvereine zu dem Unfallversicherungsgesetze.

Das Unfallversicherungsgesetz vom 6. Juli 1884 unterwirft alle in Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten, Steinbrüchen, Gräbereien, auf Werften und Bauhöfen, sowie in Fabriken und Hüttenwerken beschäftigten Arbeiter und Betriebsbeamten, letztere, sofern ihr Jahresarbeitsverdienst 2000 Mark nicht übersteigt, dem Versicherungszwange gegen Betriebsunfälle.

Träger der Versicherung sind die Unternehmer der unter § 1 des Gesetzes fallenden Betriebe, welche zu diesem Zwecke in Berufsgenossenschaften vereinigt werden. Diese leisten den Arbeitern Schadenersatz

im Falle der Verletzung:

1. durch Tragung der Kosten des Heilverfahrens,
2. durch eine dem Verletzten für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu gewährende Rente, beides jedoch erst vom Beginne der 14. Woche nach Eintritt des Unfalls.

(Bis zum Ablauf der 13. Woche sind die Krankenkassen zur Uebernahme obiger Leistungen verpflichtet, beim Bergbau die Knappschaftskassen ev. die knappschaftlichen Krankenkassen.)

Im Falle der Tötung ist als Schadenersatz ausserdem zu leisten:

- 1 als Ersatz der Beerdigungskosten das Zwanzigfache des täglichen Arbeitsverdienstes, jedoch mindestens 30 Mark.

2. eine den Hinterbliebenen des Getöteten vom Todestage an zu gewährende Rente, welche für die Witwe 20%, für jedes vaterlose Kind bis zum zurückgelegten 15. Lebensjahre 15%, wenn das Kind auch mutterlos ist oder wird 20% des massgebenden Arbeitsverdienstes beträgt. Die Renten der Witwer und

Kinder dürfen jedoch zusammen 60% des Arbeitsverdienstes des Verunglückten nicht übersteigen und werden eintretenden Falles entsprechend gekürzt.

Bei der Wiederverheiratung erhält die Witwe den dreifachen Betrag ihrer Jahresrente als Abfindung.

Die für die Gewährung dieser Unterstützungen erforderlichen Mittel werden durch Beiträge aufgebracht, welche von den Mitgliedern nach Massgabe der in ihren Betrieben von den Versicherten verdienten Löhne und Gehälter bezw. des Jahresarbeitsverdienstes jugendlicher und nicht ausgebildeter Arbeiter sowie der statutenmässigen Gefahrentarife (§ 28) jährlich umgelegt werden.

Da die Knappschaftsvereine diesen Anforderungen des Unfallversicherungsgesetzes nicht genügten, insbesondere die Beitragspflicht nicht den Unternehmern allein auferlegten, so konnten sie als solche nicht zu Trägern der Unfallversicherung gemacht werden.

Es bestand jedoch auf Seiten der Beteiligten der lebhafte Wunsch, die Knappschaftsvereine bei der Durchführung der reichsgesetzlichen Unfallversicherung als Organe benutzt und den Fortbestand dieser altbewährten Institute im Zusammenhange mit der neuen Einrichtung gesichert zu sehen. Ein zu diesem Behufe bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes von dem Abgeordneten Leuschner eingebrachter Antrag auf Einschaltung des § 91 e (jetzt § 94) wurde in der Reichstagssitzung vom 21. Juni 1884 angenommen.

Dieser § 94 lautet:

Unternehmer von Betrieben, welche landesgesetzlich bestehenden Knappschaftsverbänden angehören, können auf Antrag der Vorstände der letzteren nach Massgabe der §§ 12 ff. vom Bundesrate zu Knappschaftsberufsgenossenschaften vereinigt werden.

Die Knappschaftsberufsgenossenschaften können durch Statut bestimmen:

- a. dass die Entschädigungsbeträge auch über 50 Procent hinaus (§ 29) von denjenigen Sektionen

getragen werden, in deren Bezirken die Unfälle eingetreten sind,

- b. dass die Knappschaftsältesten die Funktionen der im § 41 bezeichneten Vertreter der Arbeiter (der Beisitzer zum Schiedsgericht) übertragen werden,
- c. dass Knappschaftsälteste stimmberechtigte Mitglieder des Genossenschaftsvorstandes oder sofern die Knappschaftsberufsgenossenschaft eingeteilt ist, der Sektionsvorstände sind,
- d. dass die Auszahlung der Entschädigungen durch die Knappschaftskassen bewirkt wird.

Die auf Grund dieser Bestimmungen vom Reichsversicherungsamte mittelst Einladungsschreibens vom 27. December 1884 zur Beschlussfassung über die Bildung einer Knappschaftsberufsgenossenschaft für das Gebiet des deutschen Reiches geladene Generalversammlung der Interessenten nahm den auf die Bildung einer solchen gestellten Antrag mit 7024 gegen 1432 Stimmen an.

Nachdem dieser Beschluss vom Bundesrate genehmigt war, wird das für die Knappschaftsberufsgenossenschaft auf Grund des § 14 ff. des Unfallversicherungsgesetzes ausgearbeitete Statut unterm 9. Juli 1885 veröffentlicht.

Die damit ins Leben gerufene Knappschaftsberufsgenossenschaft mit dem Sitze in Berlin erstreckt sich gemäss § 2 des Statuts über das ganze deutsche Reich; sie umfasst alle Betriebe, welche gesetzlich bestehenden Knappschaftsverbänden angehören mit Ausnahme der Hochöfen und Stahlhütten, Eisen- und Stahl-, Frisch- und Streckwerke, Eisengiessereien, Schwarz- und Weissblechfabriken.

Die Genossenschaft wird durch § 3 des Statuts in 8 Sektionen geteilt. Von diesen umfasst die Sektion III den Oberbergamtsbezirk Clausthal sammt der Grafschaft Stolberg-Wernigerode, Oldenburg mit Fürstentum

Lübeck, aber ausschliesslich Birkenfeld; ferner das Gebiet der freien Hansestädte Hamburg, Lübeck, Bremen; Braunschweig mit der Enclave Calvörde, Lippe und Schaumburg-Lippe.

Was nun das Rechtsverhältnis der Knappschaftsvereine zu der Knappschaftsberufsgenossenschaft anbelangt, so ist vor allem der § 8 d. U. V. G. zu beachten, nach welcher die Verpflichtung der Knappschaftskassen, den von Betriebsunfällen betroffenen Arbeitern und Betriebsbeamten sowie deren Angehörigen und Hinterbliebenen Unterstützungen zu gewähren von dem U. V. G. nicht berührt wird. Dies gilt auch von dem Krankengeld, sofern es nach dem Statut noch über die ersten 13 Wochen der Krankheit hinaus gewährt wird. Dagegen sind die Knappschaftsvereine berechtigt, die Unterstützungen, welche ihren Mitgliedern von der Knappschaftsberufsgenossenschaft statutenmässig zu leisten sind, von der Unfallkasse zurückzufordern, indem der Entschädigungsanspruch des ursprünglich Berechtigten auf den Knappschaftsverein übergeht. Tatsächlich wird dadurch der Knappschaftsverein um die der Berufsgenossenschaft obliegenden Leistungen erleichtert.

##### **5. Der Einfluss der Kranken- und Unfallversicherungsgesetzgebung auf die Gestaltung des Clausthaler Knappschaftsvereins im Besonderen.**

###### **A. Die rechtlichen und ökonomischen Grundlagen für die Neugestaltung.**

Ein Erlass des Ministers der öffentlichen Arbeiten vom 1. Oktober 1883 „betreffend die Ausführung des Reichskrankenversicherungsgesetzes vom 15. Juni 1883 bei den Knappschaftsvereinen“ hatte eine allgemeine Reform der preussischen Knappschaftsinstitute angeregt.

Diese Reform musste hauptsächlich darauf gerichtet sein:

1. einem übermässigen Anwachsen der Ausgaben auf dem Gebiete des Krankenunterstützungswesens, einer Folge der den Knappschaftsvereinen durch das

Krankenversicherungsgesetz auferlegten erhöhten Leistungen wirksam entgegenzutreten;

2. durch Verschmelzung der kleineren Knappschaftsvereine mit einander bzw. mit den bestehenden grösseren Vereinen die Leistungsfähigkeit zu erhöhen.

Zur Durchführung dieser Reformen wurde der Neugestaltung des Knappschaftswesens im Oberbergamtsbezirke Clausthal folgender Plan zu Grunde gelegt:

1. Trennung des Krankenwesens von dem Pensionswesen d. h. von den dauernden Unfallentschädigungen und den Invaliden-Witwen- und Waisenpensionen,

2. Verschmelzung der Pensionskassen zu einem grossen Verbands,

3. Bildung kleinerer Kassen für das Krankenwesen.

Was zunächst die Trennung des Krankenwesens von dem Pensionswesen anbelangt, so liess sich diese um so leichter durchführen, als bereits bei den meisten Vereinen eine getrennte Rechnungsführung bestand, und besondere Beiträge für die Ausgaben aus der Krankenpflege erhoben wurden.

Schwieriger war es, die Pensionskassen zu einem Verbands zu vereinigen, weil einmal die Vermögenslage der Vereine, andererseits ihre Belastung mit Invaliden, Witwen und Waisen eine sehr verschiedenartige war.

Man suchte dies Missverhältnis dadurch zu beseitigen, dass man von jedem Vereine verlangte, er solle seine vorhandenen Invaliden Witwen und Waisen mit dem  $5\frac{1}{2}$ fachen Betrage der jährlichen Pensionen in den Verein einkaufen, und dieser solle dafür die fernere Zahlung der Pensionen übernehmen. Auf diese Weise ging der grösste Teil des Vermögens der Einzelvereine in den Hauptverein über. Andererseits behielten die Vereine noch eine beträchtliche Summe übrig, die zur Bildung der Krankenkassen verwandt werden konnte.

War hiermit ein modus gefunden, der die vorhandenen Schwierigkeiten auf dem einfachsten Wege

zu lösen geeignet war, so konnte man nun dazu übergehen, Bestimmungen zu treffen über die Höhe der Leistungen der zu bildenden Central-Pensionskasse, also der Invaliden-, Witwen- und Waisenpensionen und im Anschlusse daran der von den Genossen und den Werken zu fordernden Beiträge.

In beiden Beziehungen hatten die Einzelvereine ein bestimmtes Princip in Bezug auf die relative Höhe der Invalidenpensionen zu den Arbeitslöhnen und hinsichtlich der Witwen- und Waisenpensionen nicht befolgt.

Um indes den verschiedenen Lohnverhältnissen in den einzelnen Bergbaubezirken Rechnung zu tragen, gelangte man zu dem Resultat, Lohnklassen zu bilden — von 100 zu 100 Mark steigend. Innerhalb derselben sollte die Pension der Genossen bei neun bis zehn Dienstjahren 25%, bei 29 bis 30 Dienstjahren 50% des durchschnittlichen Arbeitsverdienstes betragen und hiernach eine Skala vom 5. Dienstjahre (dem Beginne der Pensionsberechtigung) bis zum 45. Dienstjahre aufgestellt werden. Die Pension der Witwen sollte  $\frac{1}{3}$ , die der Waisen  $\frac{1}{6}$  der Invalidenpension betragen.

Nach der Aufstellung dieses Planes für die zu verabfolgenden Pensionen musste man die Beiträge entsprechend normieren, da auch in Bezug hierauf die grössten Verschiedenheiten bei den einzelnen Vereinen existierten.

Man nahm an, dass auf 100 Genossen 10 Invaliden, 20 Witwen und 10 Waisen zu rechnen seien, eine Annahme, die über die Wirklichkeit weit hinausgeht. Danach waren von 100 Genossen jährlich zu zahlen (vorausgesetzt, dass die Invalidität resp. das Absterben der Mitglieder bei 29 bis 30 Dienstjahren eintritt):

- a. für 10 Invaliden zu je 50% des Lohnes 500%,
- b. für 20 Witwen zu je 16,66% des Lohnes 333,3%,
- c. für 10 Waisen zu je 8,33% des Lohnes 83,3%.

Zusammen 916,6%

oder: 9,16% des Lohnes pro Kopf.



Nachdem man hiervon die der Knappschaftsberufsgenossenschaft zufallenden Leistungen, die in obige Berechnung einbegriffen waren, abgezogen hatte, stellte man als Norm für die Beiträge 8% des Arbeitsverdienstes der Genossen fest. Diese mussten zur einen Hälfte von den Arbeitern, zur anderen Hälfte von den Werkbesitzern getragen werden. Demnach hatten also beide Teile 4% des Arbeitsverdienstes zu entrichten.

#### B. Die Gesichtspunkte für die Bildung besonderer Krankenkassen.

Bereits das allg. Preuss. Berggesetz hatte durch § 172 die Errichtung besonderer Krankenkassen bei den Knappschaftsvereinen vorgesehen; im vormaligen Herzogtume Nassau war diese bei Einführung des Berggesetzes gesetzlich ausgesprochen und durchgeführt.

Die erhöhten Leistungen, welche das Krankenversicherungsgesetz den Knappschaftsvereinen auferlegte, machten es notwendig, einem übermässigen Anwachsen der Ausgaben von vornherein entgegenzutreten. Man hatte zwar im Clausthaler Bezirke bereits eine getrennte Rechnungsführung in dem Krankenunterstützungswesen einerseits und dem Pensionswesen andererseits und erhob besondere Beiträge für die Ausgaben aus der Krankenpflege, indes bot bei der Vergrösserung des Vereins die Durchführung resp. Beibehaltung dieser Trennung nicht die nötige Gewähr für die Erreichung des gesteckten Zieles.

Während man also über die Notwendigkeit, besondere Krankenkassen zu errichten, nicht im Zweifel war, so entstand andererseits die Frage, ob die Krankenkassen als grössere Institute zu bilden, oder als kleinere Kassen an die einzelnen Werke anzuschliessen seien.

Man entschloss sich für die letztere Ansicht in Erwägung der Vorteile, welche eine solche Decentralisation der Kassen vor der Bildung grösserer Kassen voraus habe.

Diese Vorzüge glaubte man hauptsächlich in der Vereinfachung der Geschäftsführung und in der leichteren Ueberwachung der Mitglieder durch einander suchen zu müssen.

Was zunächst die Vereinfachung der Geschäftsführung bei der Bildung kleinerer Kassen anbelangt, so liegt diese darin begründet, dass die Einziehung der Beiträge und die Auszahlung des Krankenlohnes nur an Ort und Stelle erfolgen kann. Bei grösseren Kassen waren die örtlichen Organe, welche die einzelnen Geschäfte erledigen, gezwungen, mit der Centralstelle in fortwährende Verhandlung und Abrechnung zu treten. Andererseits wird bei kleineren Kassen, namentlich, wenn solche sich an die einzelnen Werke anschliessen, das Interesse der Werkseigentümer sowohl als der Arbeiter an der Entwicklung derselben gehoben. Mit dem Bewusstsein des Werkbesitzers, dass das, was er thut, für seine eigenen Arbeiter geschieht, wird einmal seine Opferwilligkeit wachsen, andererseits werden die Arbeiter ein direktes Interesse daran gewinnen, durch Mitwirkung bei der Verhinderung von Simulationen und sonstiger ungerechtfertigter Inanspruchnahme der Beneficien eine sparsame Wirtschaftsführung zu ermöglichen.

Die Errichtung örtlicher (Werks-)Krankenkassen wurde demnach bei den Reformarbeiten im Clausthaler Bezirke als organisatorische Grundlage bezüglich der Krankenversicherung ins Auge gefasst.

### C. Die Durchführung der Umgestaltung.

Auf der Grundlage obiger Erwägungen wurden Grundzüge für die künftige Einrichtung des Knappschaftswesens in dem Clausthaler Bezirke entworfen und eine mündliche Verhandlung mit den einzelnen Parteien angeknüpft.

Die Vereine erklärten sämmtlich ihre Bereitwilligkeit, der Neugestaltung beizutreten, selbst die Gräflich-Wernigerodische Kammer äusserte den Wunsch, mit

ihren in der Grafschaft Stolberg-Wernigerode belegenen Werken dem neuen Vereine sich anzuschliessen.

Der Erlass des Unfallversicherungsgesetzes verursachte einen Stillstand in den Verhandlungen; die Bildung der Knappschaftsberufsgenossenschaft veranlasste später einige Vereine, ihre beistimmende Erklärung wieder zurückzuziehen. Denn da die Knappschaftsberufsgenossenschaft die Eisenhütten nicht in ihren Wirkungskreis einschloss, diese vielmehr der Unfallberufsgenossenschaft für Stahl und Eisen zugewiesen wurden, so lag für die Vereine, welche Eisenhüttenwerke in ihren Bereich einschlossen, die Gefahr nahe, beim Inslebentreten der allgemeinen Altersversorgung zum Austritt ihrer Eisenhüttenwerke aus dem Hauptvereine gezwungen zu werden, ohne dann die Rückerstattung der gezahlten Beiträge verlangen zu können.

Aus diesem Grunde lehnten nunmehr der Ilfelder Verein und die Gräflisch-Wernigerodische Kammer den Beitritt ab, ebenso zogen der Casseler und Unterharzer Verein ihre Beitrittserklärung zurück.

Die Ablehnung des Unterharzer Vereins erfolgte aus dem Bewusstsein seiner besonders günstigen Lage; bei dem Casseler Verein hatten Anschauungen die Oberhand gewonnen, welche der früheren Ansicht entgegengesetzt waren.

Es blieben demnach nur der Clausthaler, der Hohnsteiner, der Schmalkaldener, der Schaumburger, der Hessische und der Hannover'sche Verein zum Anschlusse an die Neugestaltung übrig. Diese wurden zu einem Knappschaftsverbande vereinigt, dessen nach Massgabe der obigen Erwägungen aufgestelltes Statut am 1. Juli 1886 in Kraft trat.

In dem Bereiche des Vereins wurden ausserdem 39 Krankenkassen gebildet, welche sich an 45 Werke oder Werkscomplexe eines und desselben Besitzers anschlossen. Die im wesentlichen übereinstimmenden Statuten dieser knappschaftlichen Krankenkassen schliessen

sich an die Anforderungen an, welche das Krankenversicherungsgesetz an die Gemeindekrankenstellen stellt.

Die Kassen stehen unter der Beaufsichtigung des Knappschaftsvorstandes; die Eigenschaft juristischer Personen besitzen sie nicht.

Nachtrag. — Ich komme noch mit einigen Worten auf die Stellung der Knappschaftsvereine zum Alters- und Invaliditätsversicherungsgesetze.

Von den 132 dem allgemeinen Knappschaftsverbande angehörenden Vereinen erklärten sich in einer Generalversammlung im März 1890 22 mit 178,516 Mitgliedern = 47,7 Procent der sämtlichen Mitglieder für die Bildung selbstständiger Versicherungsanstalten nach § 5 ff. des Gesetzes, dagegen hielten 45 Vereine mit 132, 106 Mitgliedern = 35,3 Procent aller Mitglieder den Anschluss an die §§ 35—38 des Gesetzes für empfehlenswerter und wollten also als sog. Zuschusskassen bestehen bleiben, während 12 Vereine mit 22,538 Mitgliedern = 6% erklärten, erst dann ein Gutachten abgeben zu können, wenn sie über die verschiedenen Verhältnisse genügend orientiert seien.

Die übrigen 53 Vereine mit 41,229 Mitgliedern = 11% hielten mit einer Aeusserung zunächst noch zurück.

Obschon demnach Vereine mit beinahe der Hälfte sämtlicher Knappschaftsmitglieder eigene Versicherungsanstalten bilden wollten und obschon sich auch unter den Commissionsmitgliedern sehr viele Sympathien für diese Bestrebungen zeigten, so glaubte die Commission doch von der Einberufung einer neuen Generalversammlung absehen und das Vorgehen in dieser Angelegenheit den Einzelvereinen überlassen zu müssen. Es wurde jedoch eine Subcommission zur Vorberatung eingesetzt.<sup>1)</sup>

#### **6. Freie Hülfskassen.**

Durch den Knappschaftsverein allein fühlen die Arbeiter ihr Bestreben, in Fällen der Bedürftigkeit

<sup>1)</sup> Inzwischen ist die Bildung einer besonderen Versicherungsanstalt seitens der Knappschaftsvereine zur Thatsache geworden.

einer ausserordentlichen Unterstützung teilhaftig zu werden, bei weitem nicht befriedigt. Hierauf deuten die zahlreichen neben ersterem bestehenden Unterstützungskassen (Sterbekassen und Krankenkassen) hin. Obwohl ein Teil derselben auf die Waldarbeiter und Handwerker also auf die nicht in den Rahmen unserer Untersuchungen gehörenden Arbeiter entfällt, glaube ich doch aus der Zahl der übrigen rein bergmännischen Unterstützungskassen den Schluss ziehen zu dürfen, dass das Unterstützungswesen beim Oberharzer Bergbau in einer Blüte steht, wie unter keiner anderen an Zahl gleichen Arbeiterschaft Deutschlands. — Sehen wir von den Kassen der Waldarbeiter und Handwerker ab, so finden wir im Oberharze an Unterstützungskassen: 14 Sterbekassen, 10 Kranken- und Witwenkassen, die 15—16 000 Mitglieder haben. Einer zahlreichen Mitgliedschaft erfreuen sich unter ihnen namentlich die Kindersterbekassen. Die von ihnen bei dem Tode eines Kindes (oder Erwachsenen) gezahlte Unterstützung variiert zwischen 40 und 45 Mark, was die Erwachsenen, 18 und 25 Mark was die Kinder betrifft.

Zahlreiche Beteiligung haben auch die Krankenkassen gefunden. Sie schliessen sich in der Regel an die einzelnen Werke bzw. Bergreviere an. Die von ihnen gewährten Unterstützungen sind zwar gering, erfüllen jedoch ihren Zweck völlig, wenn man im Auge behält, dass sämtliche den Kassen angehörenden Arbeiter zugleich Mitglieder des Knappschaftsvereins sind und von diesem grössere Unterstützungen in Krankheitsfällen erhalten.

Die Beiträge der Mitglieder bestehen in kleineren Geldbeträgen die gewöhnlich an einem der nächsten auf einen Lohntermin folgenden Tage durch Sammeln seitens des Kassierers erhoben werden.

Die Verwaltung der Kassen geschieht durch die Mitglieder. Jedoch wird ihnen hierbei seitens der fiskalischen Beamten Beihülfe geleistet.

## IV. Capitel.

**Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter.****1. Die Rechtslage der Bergleute unter der älteren Verfassung.<sup>1)</sup>**

Im Abschnitte 3 der Einleitung wurden bereits einige Andeutungen darüber gemacht, dass die deutschen Bergleute in früherer Zeit einen besonderen privilegierten Stand bildeten. Der Grund für diese Bevorzugung einer einzelnen Arbeiterklasse lag in dem Bestreben der Landesherren, hinreichende Arbeitskräfte zur Ausübung des mit den mannigfachsten Gefahren und Beschwerden verbundenen bergmännischen Berufs zu gewinnen und dadurch eine intensive Ausnutzung der ihnen in den Grubenlagern zu Gebote stehenden Geldquelle zu ermöglichen.<sup>2)</sup> Als Lockmittel dienten die Bergfreiheiten. Sie bildeten den Bestätigungsbrief der den Bergleuten zustehenden Privilegien, während die Bergordnungen ihre Verhältnisse im Besonderen regelten. Denn die Festsetzung der Arbeitsbedingungen, die Aufsicht über den Bergbau, in gewissem Sinne auch die ökonomische und technische Leitung der einzelnen Gruben hatten sich die Landesherren vorbehalten. Sie

---

<sup>1)</sup> Als Quellen für diesen Abschnitt dienten die Harzer Bergfreiheiten, Bergordnungen, Bergamtsprotokolle, Edicte der Landesherren etc. Vergl. ferner, was die frühere Rechtslage der Bergleute im Allgemeinen betrifft: Achenbach, gemeines Deutsches Bergrecht pag. 69 ff. Ders. in d. Zeitschrift f. Bergrecht Bd. 12, pag. 80 ff. Klostermann ebend. Bd. 13, pag. 46 ff. Nöggerath ebend. Bd. 14, pag. 204 ff., sowie für den Harz: J. Fr. F. Meyer, Versuch einer Geschichte der Bergwerksverfassung und Bergrechte des Harzes im Mittelalter, Eisenach 1817.

<sup>2)</sup> Thüringische Berggewohnheiten aus dem 16. Jahrhundert motivieren die eigenartige Rechtslage der Bergleute mit folgenden Worten: „Item bergleuth bedörffen viel Freyheit und wenigk recht, als die studenten, denn lust macht wagen — darum sollen bergleuthe schön und lustigk gehalten werden, in Ansehung, dass alle Wege zehn arm werden, ehe dann einer reich.“

liessen diese Befugnisse durch ihre Organe, die Bergämter, bezw. durch die von letzteren angestellten Unterbeamten (Schichtmeister und Steiger) ausüben.

Da ein lebhafter intensiver Bergbau ein Ansammeln grosser Arbeitermassen auf verhältnissmässig engem Raume bedingte, so erwuchsen den Aufsichtsbehörden bisweilen erhebliche Schwierigkeiten, den hierdurch hervorgerufenen Missständen in wirksamer Weise zu begegnen. Lohnstreitigkeiten, Arbeitseinstellungen, Wohnungsnot etc. lenkten schon in früher Zeit in hohem Masse die Aufmerksamkeit auf die beim Bergbau beschäftigten Arbeiter. Die Berg- und Hüttenleute der Vergangenheit bilden daher die einzige Arbeiterklasse, aus deren Entwicklungsgeschichte sich treffende Analogieen mit den Arbeitern der Gegenwart ableiten lassen. Eine kurze Darstellung ihrer früheren socialen Lage und rechtlichen Stellung dürfte aus diesem Grunde von mehr als bloss historischem Interesse sein.<sup>1)</sup>

1. Das wichtigste Recht, das den Bergleuten zustand, war das der persönlichen Freiheit. Dieses wurde ihnen auch gewahrt, als Hörigkeit und Leibeigenschaft einen grossen Teil der Landbewohner in ihren Kreis zogen. Um so schärfer trat nunmehr der Gegensatz zwischen den von jeher auf ihren Beruf stolzen Bergarbeitern und den Bewohnern des flachen Landes hervor.

Auf's engste war mit der persönlichen Freiheit das Recht des freien An- und Abzuges der dem Bergbau sich widmenden Arbeiter sowie der Gewerken verknüpft. Achenbach bemerkt treffend,<sup>2)</sup> dass hieran alle älteren Berggewohnheiten und Gesetze „wie an einem Lebensprincipe“ des Bergbaus und der durch denselben vermittelten Gewerbe festhalten. Es hatte sich also zu gemeinem Rechte in Deutschland ausgebildet.<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Wir geben die Entwicklung, bei der der Harz vornehmlich Berücksichtigung fand, nur in den Grundzügen wieder.

<sup>2)</sup> Zeitschrift für Bergrecht, Bd. 12 pag. 81.

<sup>3)</sup> Vergl. für den Harz: Clausthalische Bergfreiheit v. J. 1554 § 17 (Wagner S. 1065).

Die einmal in die Bergstädte verzogenen, dem Bergbau sich widmenden Arbeiter erwarteten die weitgehendsten Vergünstigungen. Um ihnen Gelegenheit zu lohnender Nebenbeschäftigung zu geben und ihre Sesshaftigkeit zu befördern, liess ihnen die Obrigkeit Acker-, Wiesen- und Gartenplätze unentgeltlich überweisen. Auf diesen ruhen keine Abgaben. Auch knüpfen sich an den Besitz derselben weder Frohn- noch Hofdienste.

Als ein den Bergorten verliehenes Privilegium tritt uns im Harze weiter die Freiheit des bürgerlichen Gewerbes entgegen. Dasselbe wurde zwar sehr bald durch die der Berghauptmannschaft zustehende Concessionserteilung verdrängt; jedoch ist bemerkenswert, dass in einer Zeit, in welcher infolge der Zunft herrschaft der Gewerbebetrieb vielfach ein Vorrecht begünstigter Personen war, sich auf einigen eng begrenzten Landesteilen die später im Gewerbewesen eintretende Umwälzung bereits vollzogen hatte. Für den Harz wurde durch die neuerliche Einführung der Gewerbefreiheit nur die Rückkehr zu den früheren daselbst herrschenden Zuständen constituirt.

Den Bewohnern der Harzstädte soll ferner erlaubt sein, „ohne alle Ufsetze und beschwerung einiges Ungeldes“ Wein zu schenken und Bier zu brauen.<sup>1)</sup>

Wie die Getränke, waren auch die in die Bergorte eingeführten Waaren und Nahrungsmittel von Abgaben befreit. Als durch die im Jahre 1670 eingeführte Accise dieses Vorrecht der Bergstädte bedroht schien, schuf man unterm 6. Februar 1686 ein Gesetz, welches den Harz von derselben eximierte.

Im Zusammenhange mit dieser den Harzer Bergleuten zustehenden Vergünstigung ist ihre Befreiung von direkten Steuern anzuführen. Während sich dieselbe bis zum Uebergange des Bergbaus auf den preussischen Fiskus erhielt, nachdem sie nur einmal durch die

---

<sup>1)</sup> Clausthalische Bergfreiheit § 4.



napoleonische Fremdherrschaft unterbrochen war, erfolgte die Aufhebung der Befreiung von den Zöllen und Verbrauchsabgaben bereits im Jahre 1834.

2. Korporative Verbände unter den deutschen Bergleuten reichen bis in die ältesten Zeiten des deutschen Bergbaus zurück.<sup>1)</sup> In gewissem Sinne muss die Knappschaft d. i. die Gesammtheit der Bergleute eines Bergbaubezirks als eine solche angesehen werden. Obwohl dieselbe kein geschlossener Verband war, knüpften sich an die Zugehörigkeit zu derselben gewisse Bedingungen. Zu diesen gehörte in erster Reihe die Unbescholtenheit. Verbrecher und Ehrlose fanden keine Aufnahme. Der einer ehrlosen Handlung Uebertührte wurde des Leders verlustig, d. h. aus der Knappschaft ausgestossen.

Von besonderer Bedeutung für die Kräftigung und Fortentwicklung der in der Knappschaft hervortretenden genossenschaftlichen Verbindung waren die erwähnten den Bergleuten erteilten Privilegien sowie die Eigentümlichkeit ihres Berufs. Auch die dem Bergrichter und den Geschworenen sowie dem Bergmeister zustehende und in einem besonderen Berggerichte ausgeübte Jurisdiktion, die oft über die eigentlichen Bergsachen hinaus sich erstreckte, beförderte die corporative Absonderung des Bergvolkes. Zwar war dieselbe in civilgerichtlicher Beziehung meist auf Bergsachen beschränkt; jedoch fehlt es andererseits nicht an bergrechtlichen Verordnungen, welche auch alle Personalklagen gegen Bergleute vor das Berggericht verweisen. Hinsichtlich der Criminalgerichtsbarkeit war die Zuständigkeit des Berggerichts in eigentlichen „Malefizsachen“ meist ausgeschlossen, es sei denn, dass es sich um Vergehen in Bezug auf das Bergwerk handelte.

Nach einigen anderen Bergordnungen stand dem Bergmeister eine niedere Jurisdiktion bei leichten, auf

---

<sup>1)</sup> Vergl. Achenbach in der Zeitschr. für Bergrecht, Bd. 12, pag. 83.

dem Bergwerke begangenen Vergehen zu, bei denen es sich nicht um blutige Wunden handelte.

Nach den goslarer Berggewohnheiten urteilte der Richter des Rammelsberges, der Bergmeister, über alles, was das Bergrecht, Verträge oder die Treibhütten angeht; nur für einzelne besondere Fälle ist das Stadtgericht zuständig.

Die Hegung des Berggerichtes weist auf deutschrechtlichen Ursprung zurück. Nach der kuttengerger Bergordnung v. J. 1300 L. IV c. 4 findet das ordentliche Gericht statt, wenn der Richter zwischen den vier Bänken auf seinem Stuhle sitzend in Anwesenheit der Geschworenen das Gericht unter Beobachtung folgender Formen hegt. Er soll zunächst von den Geschworenen feierlich erfragen, ob an diesem Tage, zu dieser Stunde das Gericht zu halten statthaft sei. Nachdem diese letzteres bejaht, soll der Richter nach üblichem Gebrauche Frieden für das Gericht ausrufen.

Wie bei der Ausübung tritt die genossenschaftliche Zusammengehörigkeit der Bergknappen auch hinsichtlich der autonomen Fortbildung des Bergrechtes besonders hervor. So beschliessen nach den goslarer Berggewohnheiten die „Waldleute“<sup>1)</sup> mit den Sechsmännern (einer Aufsichtsbehörde über den Rammelsberger Bergbau) über neue Ordnungen bezüglich des Bergbaues. Dagegen soll bei neuen Auflagen und wichtigen Angelegenheiten nicht die Kopfszahl der Knappen an „Hütern, Häuern und anderen Arbeitern,“ sondern die Stimme derjenigen entscheiden, welche am meisten die Lasten zu tragen haben, Meistbegüterte und die Weisesten sind. Wir finden demnach hier zwischen dem Bergrechte und dem Markenrechte noch einen engen Zusammenhang. Alle, „de sek in deme wolde generen,“ d. h. die Gesamtheit der Bergbewohner, bilden eine Genossen-

---

<sup>1)</sup> Die jura et libertates silvanorum enthalten nur die Bezeichnung Waldleute (woltlute), die zweifelsohne die im Forste belegenen Bergwerke und Hütten betrieben.

schaft,<sup>1)</sup> bei der der Bergbau und Hüttenbetrieb und nicht mehr die Boden- und Holznutzung das wichtigste Merkmal bilden.

In manchen Bergbau treibenden Ländern war die Genossenschaft der Bergleute zugleich eine Bruderschaft mit religiösem Ziele. Dieselbe hält gemeinsame Begängnisse ab, ehrt die besonders verehrten Heiligen durch Geschenke und bekömmert nach der Reformation eigene Prediger. An jedem Bergorte haben die Bergleute besondere Schutzpatrone. Am Harze wurden hauptsächlich St. Wolfgang und Andreas verehrt.

Ueber die Bedeutung des häufig die ganze Genossenschaft der Bergleute bezeichnende Wort Zeche sagt Achenbach:<sup>2)</sup> „Dasselbe war auch für die ein einzelnes Bergwerk betreibende Genossenschaft, sowie für das Bergwerk selbst üblich, so dass gegenwärtig sogar jedes Bergwerk, ganz ohne Rücksicht, ob dasselbe genossenschaftlich betrieben wird oder nicht, Zeche genannt wird. Unter einer Zeche im Sinne des Mittelalters war dagegen ein aus verschiedenen Einzelgruben bestehendes, von Hauptgewerken, Untergewerkschaften, Lehnenschaften in Betrieb genommenes Bergwerk zu verstehen. Hauptgewerken, Untergewerkschaften, Lehnhauer bildeten insgesamt eine Genossenschaft (Zeche) mit gemeinschaftlichen Anlagen, wie Stollen, Hauptwasserschächten und gewissen Gerätschaften. Innerhalb dieses Verbandes herrschte andererseits wiederum Sonderbetrieb indem namentlich die Lehnhauer die ihnen verliehenen Feldesteile mit eigener Hand auf eigene Rechnung gegen eine Abgabe an die Hauptgewerken betrieben. Diese Bergleute arbeiteten demgemäss nicht, wie später, als Pächter oder im Gedinge (*opus locatum*) oder gegen Schichtlohn, sondern es war denselben ein Teil des Bergwerkes zum Abbau auf eigene Rechnung

<sup>1)</sup> Vergl. hierüber die erwähnten *jura et libertates silvanorum* (Wagner 1025).

<sup>2)</sup> Zeitschr. f. Bergrecht XII, pag. 88 ff.

überwiesen. Die Lehnhauer und die in der Folge ausgebildete Eigenlehnerschaft, bei welcher der Bergmann mit eigener Hand das ihm vom Regalherren verliehene Lehn baute, bilden zwar unvollkommene, aber jedenfalls beachtenswerte Vorläufer der gegenwärtig angestrebten Arbeiter-Productiv-Associationen, wie auf der anderen Seite die s. g. Gewerkschaft eine unbestreitbare Vorläuferin der Aktiengesellschaft ist.“

Am bedeutungsvollsten zeigt sich die genossenschaftliche Organisation des Bergvolkes hinsichtlich der Unterstützung arbeitsunfähiger Genossen und der Angehörigen derselben. In Bezug hierauf verweise ich auf das vorhergehende Capitel.

3. Charakteristisch für die Stellung, welche die Bergleute im Mittelalter einnahmen, ist ihre Teilnahme am Kriegsdienste. Da letztere bekanntlich als das Zeichen eines freien Mannes galt und mit besonderen Ehren verknüpft war, so ist sie geeignet, die achtbare Stellung, deren sich die Bergleute erfreuten, besonders deutlich hervortreten zu lassen. Wie der Vasall dem Landesherren, galt der Bergmann dem Regalherrn zu besonderer Treue verpflichtet. Erwuchs ihm schon hieraus eine Pflicht, letzterem Kriegsdienste zu leisten, so war andererseits die technische Fertigkeit der Bergleute bei Belagerungen von festen Plätzen kaum zu entbehren. Zahlreich sind daher in der Geschichte des deutschen Bergbaus die Beispiele, die die hervorragende Teilnahme von Bergleuten an Schlachten und Belagerungen nachweisen.

Nach der Aenderung des Heerwesens, besonders nach der Einführung stehender Heere wurde den Bergleuten, um hinreichende Arbeitskräfte für den Bergbau zu gewinnen, den früheren Verhältnissen entgegen die Militärfreiheit gewährleistet. Dieses Privilegium der Bergleute verschwand erst im Laufe unseres Jahrhunderts.

4. Das Tragen von Waffen war den Bergleuten bis ins 16. Jahrhundert gestattet. Diese Sitte findet ihre Begründung hauptsächlich darin, dass die Bergwerke vielfach in unwirtschaftlichen, einsamen Gegenden aufgenommen wurden, die es notwendig erscheinen liessen, den hier angesiedelten Arbeitern einen Schutz gegen etwaige Ueberfälle zu verschaffen.

Um den Missbrauch der Waffen zu verhüten, giebt es andererseits Vorschriften, wonach in den Städten, an Sonn- und Feiertagen, bei bestimmten Festlichkeiten die Bergleute unbewaffnet erscheinen sollten.

Schliesslich wird das Tragen von Waffen nur noch bei Reisen über Land und bei festlichen Aufzügen ausgeübt.

5. Die Massenansammlungen der Bergleute auf eng begrenzten Landesteilen riefen frühzeitig, wiebereits angedeutet, Arbeiterbewegungen hervor, die teilweise in offene Empörung ausarteten. In Verbindung hiermit kommen auch wiederholt Arbeitseinstellungen vor, die sich von den modernen Strikes kaum unterscheiden. Treten solche in dem unserer Abhandlung zu Grunde liegenden Bergbaubezirke, dem Oberharze, in grösserem Umfange zwar nicht hervor, so hat es jedoch auch hier an Versuchen dazu nicht gefehlt. Das beweisen mehrere zur Vermeidung gemeinsamer Arbeitsniederlegungen erlassene Edikte, die solche in erster Reihe von der Verweigerung gemeinsamer Forderungen befürchten und letztere verbieten. So soll nach einer Verordnung „Alles gemeinsame Klagwerk, die Anstellung von Collekten zur Fortsetzung solcher Klagen, Auf- und Zusammenlauf, Beschickung der ihnen vorgesetzten Bedienten und dergleichen aufrührerisches Beginnen“ bei schwerer Strafe verboten sein. Glaubt ein Arbeiter Grund zur Beschwerde zu haben, so soll er seine Klage bei dem nächsten Vorgesetzten anbringen, welcher dem Bergamte Mitteilung macht. Will er sich mit dem ihm hierauf von letzterem erteilten Bescheide

nicht begnügen, so steht ihm der Recurs an den Landesherrn zu.

Kein Arbeiter darf wegen ordnungsmässiger Beschwerde bei Vermeidung der Bestrafung des betreffenden Beamten von der Arbeit abgelegt werden.

Um Streitigkeiten zu verhüten, sah sich die Obrigkeit andererseits veranlasst, die Arbeitszeit, den Lohn, die An- und Ablegung der Bergleute selbstständig zu regeln.

Was zunächst die Schichten der Arbeiter betrifft, so war im Oberharze in den meisten Fällen eine zwölfstündige Dauer derselben vorgesehen. Der Beginn der Arbeit fiel auf 4 Uhr morgens. Die eigentliche Schicht dauert bis 12 Uhr mittags. Hieran schliesst sich nach einer Pause von einer Stunde die „Posen- oder Weilarbeit“ an, welche bis 4 Uhr währt.

Nachtschichten zu verfahren soll nach Möglichkeit vermieden werden. Nur bei den Gruben, bei welchen der Betrieb solche erfordert, sind sie für die Dauer von 4 Uhr nachmittags bis 4 Uhr morgens einzuschieben.

Mit dieser Einrichtung zwölfstündiger Schichten stand der Harz übrigens fast vereinzelt da. In anderen Bergbaubezirken war die Dauer der Schichten eine erheblich kürzere. Achenbach äussert sich hierüber folgendermassen:<sup>1)</sup>

„Es gab 6, 7, 8, 10, 12 stündige Schichten; jedoch herrschte die achtstündige Schicht bei weitem vor und muss als die Normalarbeitszeit nach deutschem Bergrechte gelten.“

Die vorgeschriebene Schicht muss der Häuer an jedem Tage der Woche mit Ausnahme des (im Harze) arbeitsfreien Sonnabend verfahren und erhielt — nach der mehrfach erwähnten Bergordnung vom Jahre 1593 — 15 gr. an Lohn. Unschlitt und Gezähe lieferte die Grube dem Bergmanne.

---

<sup>1)</sup> Zeitschr. f. Bergrecht XII, pag. 110.

Gute Montage oder „sonsten Bierschichten zu machen“, war den Arbeitern bei erheblicher Geldbusse verboten.

Die Auslohnung der Bergleute erfolgte in der älteren Zeit einmal in der Woche, später alle 14 Tage auf dem Rathause. Sie geschah durch den Schichtmeister im Beisein der Steiger und Geschworenen, der Betriebsführenden in den Bergrevieren. Während derselben war eine Fahne zum Zeichen der Bergfreiheit ausgesteckt.

Als Lohnart war nur bares Geld und „gute landwerige“ Münze zugelassen. Gegen das Auslohn in Waaren richteten sich besondere Verbote. Es gab demnach beim deutschen Bergbau in der älteren Zeit bereits Vorschriften zur Bekämpfung des Trucksystems.

Um die Arbeiter vor Ausbeutung seitens der Unterbeamten zu schützen, durften Schichtmeister und Steiger keine Bergleute zu Kostgängern haben,<sup>1)</sup> auch keine „gemieteten Jungen, Häuer oder Knechte halten.“

Wie die Arbeiter suchen ausserdem die Harzer Bergordnungen aus dem 16. Jahrhundert auch die Gewerken vor Uebervorteilungen und Betrügereien seitens der Bergoffizianten zu bewahren. So durften Schichtmeister und Steiger auf ein- und derselben Grube nicht Bruder oder Vettern sein, auch nicht in freundschaftlichere Beziehungen zu einander treten, welche befürchten liessen, dass das Interesse der Gewerken darunter leiden würde.

Von den die Arbeiter direkt berührenden Bestimmungen der Bergordnungen und den Berggewohnheiten verdienen ausser den genannten noch die hinsichtlich der Annahme und Entlassung der Arbeiter

---

<sup>1)</sup> Wegen der Entlegenheit der Zechen befanden sich auf denselben vielfach Schank- oder Kosthäuser. Art. 14 der goslarer Berggewohnheiten erwähnt des Dingsellers und des Bierträgers Kammer, der Taverne auf der Zeche. Ausserdem heisst es dort: „Wo eine Kegelbahn auf dem Berge ist, da man um Pfennige Bier trendelt und bosselt“ u. s. w.

besondere Erwähnung. Erstere erfolgte im Harze im Herbst eines jeden Jahres. In der älteren Zeit lag sie ausschliesslich in den Händen der Grubenverwaltung, die nach Bedarf ihr Personal aus den Anwärtern ergänzte. Zur Zeit der hannover'schen Regierung wurde dagegen die Belegung jeder einzelnen Grube vom Bergamte besonders genehmigt. Diese Genehmigung erstreckte sich auch auf die Zahl der Bergleute innerhalb der einzelnen Arbeiterklassen. Eine Verschiebung des denselben angehörenden Personals konnte selbst dann nicht vorgenommen werden, wenn der Betrieb eine solche zur Ausgleichung der Leistungen der Arbeiter notwendig erscheinen liess. Die Belegung der Gruben stand daher mit dem Bedarfe häufig nicht im Einklange.

Die einmal angelegten Arbeiter betrachteten sich, wie bereits in der Einleitung angedeutet wurde, als fest angenommen. Entlassungen kamen selbst dann nicht vor, wenn Bergleute sich eines Diebstahls bei der Grube schuldig gemacht hatten. In diesem Falle erfolgte indes eine Ueberführung zu der Wegearbeit.

Wollte der Bergmann aus freien Stücken die Arbeit verlassen, so war er an die Einhaltung der vorgeschriebenen Kündigungsfrist (14 Tage) gebunden. Bei seinem Abgange erhielt er einen Abkehrschein, ohne welchen kein Bergmann auf einem anderen Bergwerke angenommen werden durfte.

Die frühzeitige Einnischung der Gesetzgebung und der Landesherren in die gegenseitigen Verhältnisse von Arbeitgeber und Arbeiter auf bergbanlichem Gebiete führte seit dem 16. Jahrhundert noch zu einem in vielfacher Beziehung merkwürdigen Resultate. Die Obrigkeit, repräsentiert durch die Behörden des Regalherrn, schob die Arbeiter fast völlig bei Seite und trat zu den Arbeitgebern selbst auf dem Gebiete des Arbeitsvertrags in eine enge Berührung. Kam hierbei auch in erster Reihe die allmählig herrschend gewordene Ansicht zum



Ausdruck, dass der Regalherr in Wahrheit Eigentümer aller Bergwerke sei, so führte andererseits das Bestreben, die durch eine Jahrhunderte lange Entwicklung ausgebildete Arbeitergesetzgebung in ihrer Anwendung und Befolgung zu sichern, dazu, die Obrigkeit völlig an die Stelle des Arbeitgebers zu setzen.

Dieses Verhältnis ist zu Beginn des 16. Jahrhunderts fast völlig durchgeführt. Die die Arbeiterverhältnisse leitenden Beamten, deren Wahl und Anstellung bis dahin in den Händen der Gewerken ruhte, erscheinen jetzt wesentlich als landesherrliche. Schichtmeister und Steiger sollen zwar nach der Braunschweigischen Bergordnung v. Jahre 1593 auch jetzt noch von den Gewerken gewählt werden, jedoch nicht ohne Wissen und Wollen des Berghauptmanns und Bergmeisters. Hierzu tritt die Pflicht der Eidesleistung gegenüber dem Landesherrn.

In Preussen waren in Bezug auf das Verhältnis der Gewerken zu den Unterbeamten die revidierten Bergordnungen Friedrichs des Grossen und das Allgemeine Preuss. Landrecht von der einschneidendsten Wirkung, indem nach ersterem „Schichtmeister und Steiger von dem Bergamte angenommen“ und ihres Dienstes entsetzt werden sollen, im Allgemeinen Landrechte<sup>1)</sup> aber bestimmt ist;

„Die Annahme und Entlassung der Berg- und Hüttenarbeiter, Steiger und anderen Bergbedienten kommt lediglich dem Bergamte zu.“

Die Organisation des Bergamtes selbst bot ein in mannichfachster Beziehung eigenartiges Bild, sodass wir uns nicht versagen können, mit wenigen Worten auf dieselbe näher einzugehen.<sup>2)</sup>

An der Spitze eines solchen Bergamts stand der Berghauptmann. Er war zugleich oberster Verwaltungs-

<sup>1)</sup> Thl. 2. Tit. 16 § 307.

<sup>2)</sup> Diese Darstellung bezieht sich nur auf den Harz.

beamter des Harzdistriktes und wurde in der Regel dem hohen Adel entnommen.

Die übrigen dem Bergamte angehörenden Mitglieder schieden sich, je nachdem ihre Tätigkeit eine rein administrative oder eine bergbaulich-technische war, in die Herren von der Feder und diejenigen vom Leder. Erstere, die „Studierten“, d. h. solche, welche eine höhere Schulbildung genossen hatten, setzten sich aus folgenden Mitgliedern zusammen :

- a. Der Zehntner. Er führt die Zehntrechnungen, die Zehntkasse und vertritt den Berghauptmann in Behinderungsfällen bei dem Vorsitze im Bergamte,
- b. der Bergsyndicus,
- c. Bergsekretär und Bergschreiber,
- d. Hüttenreuter (Direktor der Hütten),
- e. Zehntgegenschreiber (Controleur des Zehntners),
- f. Eisenhüttendirektor,
- g. Bergamtsauditoren. Dieselben hatten etwa die Stellung der jetzigen Bergassessoren,
- h. Puschreiber und Puchverwalter.

Die Bergamtsbedienten von der Feder beginnen ihre Laufbahn als Bergamtsauditoren. Sie rücken allmählig in die höheren Beamtenstellen auf; jedoch werden die oberen Aemter häufig Adligen reserviert.

Die Bergbeamten vom Leder bedürfen keiner besonderen Schulbildung und dienen häufig vom Bergmanne an, wie bereits im ersten Capitel hervorgehoben wurde. Zu ihnen gehören :

- a. Der Oberbergmeister (Generalinspektor der Bergwerke, oberster Betriebsbeamter);
- b. der Maschinendirektor,
- c. Markscheider,
- d. Bergmeister,
- e. Geschworene (Betriebsführende in den Revieren),
- f. Einfahrer.

Die Geschworenen wiesen die Gedinge an und nahmen dieselben ab; sie hatten demnach die Funktionen der jetzigen Obersteiger.

Bergmeister und Geschworene wurden von den Einfahrern controliert, die die Gruben ohne vorherige Kundgabe ihres Erscheinens befuhren und dem Berghauptmanne über die Zustände in denselben Bericht erstatteten.

Die Bergamtsbedienten versammelten sich jeden Mittwoch und Sonnabend im Bergamtshause zu Sitzungen. Hier wurden alle auf das Bergbauwesen bezügliche Angelegenheiten beraten und der Abstimmung unterworfen.

Diese eigentümliche die Gewerken bei der Regelung der Arbeiterverhältnisse fast völlig verdrängende Stellung der Bergämter hat sich im Harze bis zum Uebergange des dortigen Bergbaus auf den preussischen Fiskus erhalten.

In Preussen erfolgte dagegen, nachdem das Gesetz vom 12. Mai 1851 über die Miteigentümer eines Bergwerks § 18 Nr. 2, 3, 4 bereits einen Teil der bergamtlichen Befugnisse auf den Repräsentanten der Gewerkschaften übertragen hatte, die völlige Beseitigung der älteren Bergordnungen und der betreffenden landrechtlichen Bestimmungen durch das Gesetz vom 27. Mai 1860 über die Aufsicht der Bergbehörden über den Bergbau und das Verhältnis der Berg- und Hüttenarbeiter,<sup>1)</sup> dessen § 2 lautet:

„Die Abschliessung der Verträge zwischen dem Bergwerkseigentümer und den Betriebsführern, den übrigen Grubenbeamten und Bergleuten ist nach näherer Bestimmung dieses Gesetzes lediglich dem freien Uebereinkommen derselben überlassen; eine Mitwirkung der Bergbehörde bei der Annahme und Entlassung der genannten Personen, sowie bei der Festsetzung und Zahlung des Schicht- und Gedingelohnes findet nicht mehr statt.“

---

<sup>1)</sup> Gesetzsammlung S. 201.

## **2. Das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeiter seit dem Uebergange des Bergbaues auf den preuss. Fiskus.**

Das allg. Preuss. Berggesetz vom 24. Juni 1865 wurde durch Verordnung vom 8. Mai 1867 mit einigen durch lokale Verhältnisse gerechtfertigt erscheinenden Modificationen bezw. Erweiterungen, die in 21 Artikeln zusammengefasst sind, in das Gebiet des ehemaligen Königreichs Hannover eingeführt. Am 1. Juli desselben Jahres erlangte es Gesetzeskraft. Einige noch übrig gebliebene nicht in den Bereich seiner Bestimmungen fallende besondere Eigentümlichkeiten (Heiratsconsens etc.) verschwanden infolge Specialverordnungen.

Die die Einführung begleitenden Motive bemerken, dass bereits die Hannover'sche Regierung den Plan gefasst hatte, das allg. Preuss. Berggesetz in seinen wichtigsten Abschnitten mit einigen Modificationen zu recipieren. Den Entwurf eines diesbezüglichen Gesetzes fand die zur Beratung einer Einführungsverordnung für das Allg. Preuss. Berggesetz niedergesetzte Commission vor. Sie fand diesen in den grundlegenden Bestimmungen für annehmbar.

Die Motive bemerken weiter:

„Die Dringlichkeit und Notwendigkeit der Reform der Berggesetzgebung in den ehemals hannoverschen Landesteilen und zwar im Anschlusse an die preuss. Gesetzgebung hat die frühere Landesregierung, wie aus dem Vorstehenden hervorgeht, selbst anerkannt; nach Vereinigung der ersteren mit Preussen erscheint die schleunige Herbeiführung dieser Reformen sowohl im Interesse der Einheit des Rechts als namentlich im Interesse der beteiligten Industrie als unabweisbar.

In den ehemals Hannoverschen Landesteilen bestehen nemlich nicht nur, wie vor Erlass des Allg. Berggesetzes vom 24. Juni 1865 in Preussen verschiedenartige partikuläre Rechtsbildungen, sondern in einem grossen Teile des Gebiets fehlt es an allen

festen Normen des Bergrechtes, so dass, wie bei dem Schürfen, Muten, Verleihen, der Feldesgrösse, den Bergwerksabgaben entweder das Ermessen der administrativen Behörde massgebend, oder, wie bezüglich der Expropriation ein der Entwicklung der Industrie schädliches Schwanken der amtlichen Organe bisher vorhanden gewesen ist. Für die sämtlichen Landesteile existiert kein einziges gemeinsames Gesetz, wenn man nicht die in ihrer Anwendung nicht unbestrittene Vorschrift der goldenen Bulle Karls IV. vom Jahre 1356 Cap. IX über die Regalität der Metalle hierher nehmen will.“

In Bezug auf das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter, welches an dieser Stelle besonders interessiert, stellt das Allg. Preuss. Berggesetz in dem diesen Titel behandelnden Abschnitt (§ 85—92) den Grundsatz des freien Vertrages auf. Nur die frühere Bestimmung des Gesetzes betr. die Aufsicht der Bergbehörden bei dem Bergbau etc. vom 21. Mai 1860 in Bezug auf die Strafbarkeit der eigenmächtigen Aufgabe der Arbeit und der verabredeten Arbeitseinstellung wurde beibehalten, bis die Aufhebung durch die Gewerbeordnung von 1869 erfolgte. An die Stelle der §§ 86—91 des Berggesetzes traten die aus der Gewerbeordnung übernommenen Vorschriften zur Bekämpfung des Truicksystems.

Im Uebrigen wurde die Gültigkeit der Gewerbeordnung auf das Bergwesen nicht ausgedehnt.<sup>1)</sup> Nur einige Bestimmungen machen hiervon eine Ausnahme. Sie haben im folgenden an den betr. Stellen Berücksichtigung gefunden.

Den Bergwerksbesitzern — im Oberharze nach dem Auskaufe der noch vorhandenen Gewerkschaften des preuss. Fiskus — bleibt es überlassen, ob sie eine Arbeitsordnung für ihre Betriebe erlassen wollen oder nicht.<sup>2)</sup> Im ersteren Falle erlangt dieselbe durch

<sup>1)</sup> Gewerbeordnung § 6.

<sup>2)</sup> Allg. Preuss. Bergg. § 80.

Bekanntmachung auf dem Werke den Charakter einer Vertragsofferte des Bergwerksbesitzers, in welcher derselbe diejenigen Bedingungen festsetzt, unter denen er Arbeiter in Dienst nehmen will.

Die für die Lösung des Arbeitsverhältnisses im § 81 vorgeschriebene Kündigungsfrist stimmt mit der diesbezüglichen Bestimmung der Gewerbeordnung überein. Dagegen finden die §§ 123 und 124 der Gewerbeordnung betr. die Gründe, aus denen der Dienstvertrag schon vor Ablauf der vertragsmässigen Arbeitszeit und ohne vorherige Aufkündigung von dem einen oder anderen Teile verlassen werden kann, auf den Bergbau keine Anwendung. An ihre Stellen treten die §§ 82 und 83 des Allg. Preuss. Berggesetzes, welche lauten:

§ 82. „Vor Ablauf der vertragsmässigen Zeit und ohne Aufkündigung können Bergleute entlassen werden:

1. wenn sie eines Diebstahls, einer Veruntreuung, eines lüderlichen Lebenswandels, groben Unfugs oder beharrlicher Widerspenstigkeit sich schuldig machen;
2. wenn sie eine sicherheitspolizeiliche Strafvorschrift bei der Bergarbeit übertreten;
3. wenn sie sich Thätlichkeiten oder Schmähungen gegen den Bergwerksbesitzer, dessen Stellvertreter oder die ihnen vorgesetzten Beamten erlauben;
4. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden oder mit einer ekelhaften Krankheit behaftet sind.“

§ 83. „Vor Ablauf der vertragsmässigen Zeit und ohne Aufkündigung können Bergleute die Arbeit verlassen:

1. wenn sie zur Fortsetzung der Arbeit unfähig werden;
2. wenn der Bergwerksbesitzer oder dessen Stellvertreter sich thätlich an ihnen vergreift;

3. wenn er ihnen den versprochenen Lohn nicht oder die sonstigen Gegenleistungen ohne genügende Veranlassung vorenthält.“

Einige besondere Eigentümlichkeiten enthalten ausserdem die §§ 84 und 85 des Allg. Preuss. Berggesetzes, welche sich mit dem Abkehrscheine beschäftigen. Hiernach muss dem abkehrenden Bergmanne entgegen der Bestimmung des § 113 der Gewerbeordnung auch ohne besonderes Verlangen ein Abgangszeugnis über die Art und Dauer der Beschäftigung vom Bergwerksbesitzer ausgestellt werden, wenn ersterer die Arbeit in gesetzlich zulässiger Weise verlassen hat. Dagegen darf der Bergwerksbesitzer in Uebereinstimmung mit der diesbezüglichen Vorschrift der Gewerbeordnung<sup>1)</sup> dem Bergmanne ohne besonderes Verlangen kein Führungszeugnis in dem Abkehrscheine erteilen.<sup>2)</sup> Liegt indes ein Wunsch des Arbeiters auf Ausstellung eines solchen vor, so wird derselbe dem Bergwerksbesitzer gegenüber zur Pflicht.

Die nun folgenden Bestimmungen zur Bekämpfung des Truksystems enthalten nichts Neues für den Bergbau, da ähnliche Vorschriften, wie wir gesehen haben, bereits unter der älteren Bergwerksverfassung vorhanden waren.

Ausser diesen Vorschriften finden auf die „Besitzer und Arbeiter von Bergwerken, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebenen Brüchen oder Gruben“ nach § 154 Abs. 3 der Gewerbeordnung die Bestimmung derselben über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter (§ 135 bis 139b) und über das Coalitionsrecht entsprechende Anwendung. Da derselben bereits mehrfach Erwähnung geschah, so verweise ich in Bezug auf die in den genannten Paragraphen enthaltenen Einzelheiten auf die betr. Stellen bezw. auf

<sup>1)</sup> Gewerbeordnung § 111.

<sup>2)</sup> Vgl. Recursbescheid vom 4. Novbr. 1879. Zeitschr. für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen Bd. 21, S. 266.

die Gewerbeordnung. Mehrere erstere ergänzende bzw. erläuternde Ministerialerlasse sind von keinem weitergehenden Interesse. Sie finden sich der Reihe nach in den Jahrgängen der Zeitschrift für das Berg-, Hütten- und Salinenwesen seit 1870 verzeichnet.

In dem unserer Abhandlung zu Grunde liegenden Bergbaubezirke, dem Oberharze, haben die Berginspektionen und Hüttenämter von dem ihnen zustehenden Rechte, Arbeitsordnungen für ihre Betriebe zu erlassen, Gebrauch gemacht. Bis auf die von der Werksverwaltung festzusetzende Dauer der Schichten, der Lohnhöhe und den besonderen bergpolizeilichen Vorschriften erschöpfen dieselben das Arbeitsverhältnis vollständig.

Hinsichtlich der Gedinge hat sich die Werksverwaltung das Recht vorbehalten, dieselben auf einen Monat, auf eine kürzere oder längere Zeit als einen Monat oder auf Erfüllung einer bestimmten Leistung abzuschliessen. Das erstere bildet die Regel.

Ueber die schon erwähnte Befugnis der Obersteiger, den Gedingsatz zu erhöhen oder herabzusetzen, heisst es im § 11:

„Während der Gedingperiode darf der Gedingatz nur dann verändert werden, wenn sich nach dem Urteile des gedingstellenden Beamten der sog. Wert des Gesteins um mindestens ein Fünftel verändert hat, oder sonstige wesentliche Aenderungen in der Beschaffenheit des Gebirges, der Lagerstätte oder der Arbeit eintreten.“

Einen direkten Einfluss auf die Höhe des Gedingatzes hat demnach der Arbeiter nicht; er ist vielmehr der Willkür des gedingstellenden Beamten preisgegeben. Ist letzterer, — der Obersteiger —, um mich eines Ausdruckes der Bergleute zu bedienen, ein „guter“, so liegen die Verhältnisse für den Arbeiter insofern günstig, als seine Bitte um Erhöhung des Gedingelohnes sorgfältig geprüft wird und, wenn sie hinreichend motiviert



ist, Berücksichtigung findet. Dagegen soll bei anderen, den „schlechten“ Obersteigern, eine Veränderung des ursprünglichen Gedingsatzes zu Gunsten der Bergleute fast gar nicht vorkommen. Zur Charakteristik der Oberharzer Bergarbeiterverhältnisse möge indes hervorgehoben werden, dass in die Kategorie der letzteren nur wenige Obersteiger im Sinne der Arbeiter gehören.

Will der Häuer das ihm angebotene Gedinge nicht übernehmen, so steht ihm frei, zu kündigen. Seine Abkehr erhält er dann nach Ablauf der vorgeschriebenen Kündigungsfrist. Bis dahin arbeitet er nach Anweisung seines Vorgesetzten im Schichtlohn.

Indes versichern die Bergleute übereinstimmend, dass in Wirklichkeit Uneinigkeiten zwischen Obersteiger und Arbeiter wegen des Gedingelohnes selten einen so acuten Charakter annähmen, dass dadurch die Auflösung des Arbeitsverhältnisses herbeigeführt werde. Freilich fehlt den zum Teil an die Scholle gefesselten Arbeitern auch die Freiheit der Bewegung.

Bei Abnahme des Gedinges den Lohn noch zu verändern, kömmt seltener vor. Meiner Ueberzeugung nach würde ein solches Verfahren abgesehen von der hierin zum Ausdruck kommenden Unmoralität dazu führen, den Arbeiter gegenüber seiner Leistung gleichgültig zu machen.

Als Termine für die Auszahlung des Lohnes dienen zwei Fristen im Monate. Von diesen fällt die eine, die Abschlagszahlung auf den Beginn, die andere, die Hauptlohnung, auf einen der Tage vom 15—20 eines jeden Monats. Bei ersterer erhält der Arbeiter ein Drittel seines Monatslohnes ausgezahlt.

Hinsichtlich des Beschwerdeweges bestimmt der § 17 der Arbeitsordnung:

„Jedes dienstliche Anliegen hat der Arbeiter seinem nächsten Vorgesetzten und, wenn er sich bei dessen

Bescheide nicht beruhigen will, der Berginspektion vorzutragen.

Zur Anbringung einer Beschwerde dürfen sich nicht mehr als drei Personen bei dem betreffenden Beamten einfinden.“

Diese Bestimmung, welche es den Arbeitern ermöglicht, auch in rein dienstlichen Angelegenheiten mit ihrem Chef Föhlung zu gewinnen, ist zweifelsohne geeignet, den zwischen beiden Parteien bestehenden sozialen Gegensatz zu mildern. Sie wird zwar, wie ich in Erfahrung gebracht habe, im Oberharze nicht sehr häufig angewandt, verdient jedoch wegen der darin enthaltenen humanen Gesinnung anderweitige Nachahmung. Dass die Arbeiter ihrem höchsten Vorgesetzten, dem Direktor, von vornherein grosses Vertrauen entgegenbringen, dafür möge als Beispiel angeführt werden, dass es bei manchen Betrieben noch üblich ist, denselben bei seinem Dienstantritte durch Darbringung eines Fackelzuges zu ehren. Dies geschieht von Seiten der Arbeiter aus freien Stücken.

Auf den Hütten stimmen die Arbeitsordnungen mit denen bei den Berginspektionen in den wichtigsten Punkten überein. Nur hinsichtlich der Fälle, in denen das Arbeitsverhältnis von dem einen oder anderen Teile ohne Kündigung aufgelöst werden kann, hat eine enge Anlehnung an die diesbezüglichen Bestimmungen der Gewerbeordnung stattgefunden. Im Widerspruche mit denselben hat sich das Hüttenamt zu Clausthal das Recht vorbehalten,<sup>1)</sup> Arbeiter auch ohne Kündigung zu entlassen,

„wenn sie ihre Mitarbeiter zu einem Strike zu verleiten suchen und wenn sie sich an einem solchen betheiligen.“

Die Einhaltung der Arbeitsordnungen wird durch ein System von Strafen zu erreichen gesucht. Dieselben zerfallen

---

<sup>1)</sup> Arbeitsordnung für die fiskalische Silberhütte zu Clausthal § 4 unter 7.

1. in Geldstrafen, welche in die Knappschaftskasse fliessen,
2. in zeitweise und gänzliche Ablegung,
3. in Entziehung des Magazinkorns.

Hinsichtlich der ersteren bestimmt der § 3 des Reglements:

„Geldstrafen hat der Obersteiger entweder auf Grund eigener Wahrnehmung oder auf eine an ihn gegangene Anzeige oder Anweisung auf einen Strafzettel zu verzeichnen und mit den nötigen Bemerkungen wegen der Wiederholungen der Vergehen etc. zu versehen, sodann der Berginspektion zur Feststellung der Strafen einzureichen.“

Gegen die hierauf über den Arbeiter verhängte Strafe steht demselben binnen einer vierzehntägigen Frist der Recurs an die der Berginspektion vorgesetzte Behörde zu.

Die Unterbeamten besitzen hiernach eine Strafbefugnis nicht. Da indes auf eine Anzeige des Obersteigers regelmässig die Bestrafung folgt, so hat sich unter den Arbeitern die Redensart eingebürgert: „Der Obersteiger strafft.“

Im Einzelnen unterscheidet das Reglement bei den Berginspektionen 14 Fälle, in denen Geldstrafen verhängt werden können. Dieselben variieren zwischen 0,2 und 6 Mark. Die geringste Busse (0,2--1 Mark) entfällt hiervon auf die nicht strikte Einhaltung der vorgeschriebenen Arbeitszeit. Die höheren auf grobe Vergehen gesetzten Geldstrafen ziehen bei erschwerenden Umständen sofortige Entlassung nach sich. Es decken sich dieselben mit den Fällen unter 1—3, die zur sofortigen Auflösung des Arbeitsverhältnisses seitens der Bergwerksbesitzer führen können.

Bezüglich der Strafen, welche eine schlechte oder fehlerhafte Arbeit verhüten sollen, enthält das Reglement die sehr dehnbare Bestimmung:

„Vorschriftswidrige Ausführung von Arbeiten zum Nachteile des Werkes wird bestraft.“

Anwendung findet diese Bestimmung, soweit meine Ermittlungen reichen, meist nur bei den Schiffern, wenn das zur Erzförderung dienende Gefährt derselben nicht die richtige Masse hat.<sup>1)</sup> Dann wird nicht genullt — eine meines Wissens nur beim Steinkohlenbergbau vorkommende Strafe —, sondern eine höher bemessene Geldbusse meist im Betrage von 3 Mk. erhoben. Jedoch erfolgt eine die Bestrafung nach sich ziehende Anzeige gewöhnlich erst bei Wiederholungen. Bei erstmaligem Verstosse bildet die Warnung die Regel.

Auch bezüglich der übrigen in dem Reglement enthaltenen Bestimmungen ist eine milde Handhabung vorherrschend. Nach den mir zugegangenen Mitteilungen wird bei entschuldbaren leichteren Verstössen stets Nachsicht geübt, wenn der Arbeiter im Grossen und Ganzen seinen aus dem Arbeitsvertrage entspringenden Verpflichtungen nachkömmt. Ich habe daher aus den Aussagen der Arbeiter nicht die Ueberzeugung gewonnen, dass diese die auf Uebertretungen irgend welcher Art gesetzten Strafen als einen Druck empfinden.

Auf den Hütten treten zu den oben angeführten eine Bestrafung der Arbeiter nach sich ziehenden Verstössen gegen die Ordnung und Disciplin mehrere Erweiterungen und Verschärfungen hinzu. Verspätetes Anfahren in der Dauer bis zu einer halben Stunde ist zwar mit einer Geldbusse von nur 10 Pfg. belegt, jedoch erhöht sich die Strafe bei jeder Wiederholung um dieselbe Summe. Gänzliches unentschuldigtes Feiern kann „unter Umständen“ sofortige Entlassung nach sich ziehen.

Sehr weitgehend sind die auf „Uebertretungen in Betreff der Arbeit“ gesetzten Strafen. Die hierüber erlassenen Bestimmungen lauten:

5. „wer seine Arbeit vorschriftswidrig zum Nachtheile des Werks verrichtet, wird mit Geldstrafe

---

<sup>1)</sup> Vgl. pag. 32.

bis 5 Mark und je nach Umständen mit Degradation bestraft, ist ausserdem verpflichtet, den entstandenen Schaden zu ersetzen;

6. wer seine Arbeit vorschriftswidrig so ausführt, dass dadurch eine bei gewöhnlicher Aufmerksamkeit vermeidlich gewesene Gefahr für ihn oder andere entsteht, wird mit 0,5 bis 5 Mark ev. auch mit Degradation bestraft;
7. wer Arbeiten verrichtet, zu denen er nicht angewiesen ist, erhält dafür keine Bezahlung und wird ausserdem je nach Umständen mit einer Geldstrafe bis 3 Mark belegt.“

Trotz der erweiterten Strafmotive sind indes auch hier die Verhältnisse hinsichtlich des Vorkommens der Strafen die günstigsten. Auch hier wird bei sonst tüchtigen und gewissenhaften Arbeitern bei erstmaligem leichteren Vergehen Nachsicht geübt. Wie ein Arbeiter der Clausthaler Hütte versicherte, kommen dort im Durchschnitte zwei Straffälle im Jahre vor. Wenn man in Erwägung zieht dass die Clausthale Hütte am 1. Dezember 1885 eine Belegschaft von 270 Mann hatte, so geben diese Zahlen über die auf den Werken herrschende gute Disziplin einen annähernden Ueberblick.

Entsprechend derselben besteht zwischen den Aufsichtsbeamten und Arbeitern fast durchgehends ein gutes Einvernehmen. Charakteristisch für dasselbe ist, dass erstere sich den Arbeitern gegenüber als Anrede meist des vertraulichen „Du“ bedienen. Es trägt daher dies Verhältnis noch mannigfache Züge der früheren patriarchalischen Zustände im Harze an sich und wird um so leichter erklärlich, wenn man sich des im ersten Capitel unserer Abhandlung erwähnten Umstandes erinnert, dass ein Teil der Unterbeamten aus Bergleuten hervorgeht. Auch die in der Bergschule vorgebildeten Steiger und Aufseher haben, wie wir wissen, mehrere Jahre praktisch beim Bergbau gearbeitet. Trägt dies schon dazu bei, einen scharfen Gegensatz zwischen Unter-

beamten und Arbeitern nicht aufkommen zu lassen, so wirken ausserdem die eigenartigen lokalen Verhältnisse auf eine Milderung des Klassenunterschiedes ein. Steiger oder Aufseher und Arbeiter sind häufig aus ein- und demselben Orte. Oft haben sie zusammen die Schule besucht. Später gehören sie häufig ein- und demselben Vereine als Mitglieder an: Alle diese Umstände sind in ihrem Zusammenwirken geeignet, einmal den Arbeiter zu veranlassen, dem ihm sehr gut bekannten und meist im ganzen Orte geachteten Aufseher keinen Anlass zur Klage zu geben, andererseits den Unterbeamten mehr durch wohlwollendes Zureden oder Zurechtweisen als durch schroffes Befehlen sein Amt ausüben zu lassen.

Indes passen die eben geschilderten Zustände nicht auf alle Oberharzer Bergstädte. Namentlich in Clausthal—Zellerfeld und Lautenthal sollen sich die Aufsichtsbeamten von den Arbeitern zum Teil völlig absondern. Hier giebt es daher auch mehrere unbeliebte Steiger bzw. Aufseher. In erster Reihe gehören in die Kategorie derselben diejenigen, welche dem Urteile der Arbeiter nach der Liebedienerei gegenüber den höheren Beamten huldigen. Sie sind dem Bergmanne ein Dorn im Auge. Er kennzeichnet dieselben mit dem echt harzerischen Ausdrucke „Schnutenlacker“.

Um auf die Arbeiter selbst in ihrer Eigenschaft als socialpolitische Faktoren noch mit einigen Worten einzugehen, so ist zunächst hervorzuheben, dass der Uebergang des Bergbaus auf den preussischen Fiskus mit wenig Wohlwollen von ihnen begrüsst wurde. Denn mit denselben verschwanden nicht nur manche ihnen liebgewordene Einrichtungen und teilweise die früheren patriarchalischen Zustände, sondern auch mehrere ihnen noch zustehende Privilegien wurden abgeschafft oder beschnitten. Hierdurch allein erklären zu wollen, dass es dem Socialismus leicht wurde, in den Harz einzudringen, würde über die Wirklichkeit hinausgehen. Indes trug der Unwille, den die Arbeiter

über die Einführung der ihnen verhassten „Preussenherrschaft“ empfanden, wesentlich zu dem Abfalle von dem neuen Regierungssysteme bei. Dieses, glaubten sie, trage allein an der Veränderung ihrer Lage die Schuld. Das unangenehme Joch von sich abzuschütteln, suchten sie nach einem Mittel. Dies hofften sie in der Socialdemokratie gefunden zu haben.

Ein anderer Faktor, der dem Vordringen des Socialismus im Harze den Boden ebnete, ist die den Leuten mit geringerer Bildung eigene Leichtgläubigkeit. Wie mir von Arbeitern, die sich der damaligen Umtriebe noch lebhaft erinnern, erzählt wurde, hatte unter den Bergleuten allgemein die Ansicht Platz gegriffen, dass der Socialismus ihnen binnen kurzer Zeit ein Schlaraffenleben bringen würde. Gewissenlose Agitatoren liessen es sich angelegen sein, diese Hoffnung in der Brust der Bergleute zu erwecken und zu schüren. Doch betrachten wir die Entwicklung etwas eingehender.

Die erste Frucht der Ende der sechziger Jahre in den Harz getragenen socialistischen Agitation war die Bildung von Arbeitervereinen als Zweigverbände des Lassalle'schen „Allg. Deutschen Arbeitervereins“. So berichtet der „Volksstaat“ unterm 21. November 1869 aus St. Andreasberg:

„Sonntag den 21. November fand im hiesigen Schützenhause eine allgemeine Volksversammlung statt, welche zahlreich besucht und in der auch Herr Naters aus Halberstadt zugegen war. Derselbe sprach über die gegenwärtige Arbeiterbewegung und ermahnte uns, thätig zu sein. Seine Rede machte den tiefsten Eindruck und nach Schluss der Versammlung liessen sich viele als Parteimitglieder einschreiben. Unser Verein, der am 1. November gegründet wurde, hat sich bereits über 100 Mitglieder erhoben und wird hoffentlich von Woche zu Woche wachsen.“

Dieser Notiz schliesst sich ein Bericht über eine angeblich ungerechte Behandlung mehrerer Arbeiter

seitens eines Steigers an. Unterzeichnet ist die Correspondenz mit socialdemokratischem Gruss von „mehreren Arbeitern.“

Nach einer um einige Monate späteren Notiz ist der Verein bereits auf 160 Mitglieder gewachsen.

Am 23. Januar 1870 feiern die Parteigenossen ein „einfaches schmuckes Arbeiterfest“, zu dem auch Fremde, wahrscheinlich aus Clausthal und den benachbarten Harzstädten, erschienen waren.

Dass indes in St. Andreasberg die Holzschleifereiarbeiter in erster Reihe den socialdemokratischen Bestrebungen huldigten, zeigt eine Nachricht vom 8. Februar 1870, wonach diese der Genossenschaft der Manufactur-, Fabrik- und Handarbeiter sich angeschlossen haben. Anfangs sind es 60, später 92, welche dem Verbande beitreten.

Obwohl der Führer der Bewegung, ein gewisser Brockelt, bald darauf von seinem Principale entlassen wird, nimmt dieselbe noch weiter zu. Brockelt will aushalten „trotz alledem.“

In einer Versammlung vom 27. März 1870 herrscht grosse Begeisterung und Erwartung auf Zuwachs.

Der nun beginnende deutsch-französische Krieg lässt indes die inneren Zwistigkeiten vor den grösseren weltbewegenden Fragen in den Hintergrund treten. Nachrichten über etwaige Fortschritte der Arbeiterbewegung im Harze liegen aus dieser Zeit nicht vor.

Erst die erste Ausschreibung allgemeiner Wahlen für den deutschen Reichstag vom 7. März 1871 veranlasste die Vereine wieder zu regerer Thätigkeit. Die Agitationen nahmen in dieser Zeit den heftigsten Charakter an; selbst bekanntere Sozialdemokraten traten in den oft stürmisch verlaufenen Wahl-Versammlungen als Redner auf.

Dass die von ihnen ausgestreute Saat einen fruchtbaren Boden gefunden, zeigte das Ergebnis der Ab-



stimmung: Hasselmann kam mit 3207 Stimmen mit Graf Münster Derneburg in die engere Wahl. Da indes nunmehr die Bergbehörde die Arbeiter mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu bearbeiten begann, so erfüllte die sozialistische Stimmenzahl bei der Stichwahl einen erheblichen Rückgang: Nur 1928 Wähler blieben Hasselmann treu, während Graf Münster Derneburg 3950 Stimmen auf sich vereinigte. Damit war der erste Angriff des Sozialismus auf den Harz abgeschlagen.

Bei der Unreife der Harzer Bergleute in politischer Beziehung trieb indes die sozialistische Propaganda noch merkwürdige Blüten. So dachte man daran, in Clausthal-Zellerfeld eine Productiv-Association Lasalle'schen Musters zu gründen. Die „Öffentlichen Anzeigen für den Harz“ berichten von einer Versammlung, in welcher der Entschluss zur Gründung einer solchen gefasst wurde. Bei demselben scheint es indes geblieben zu sein.

Nennenswerte Erfolge vermochten die Sozialdemokraten im Harze nach ihrer ersten Niederlage nicht mehr zu erzielen. Zwar erhielt Hasselmann bei der nächsten Reichstagswahl noch 749 Stimmen, jedoch schrumpfte seitdem die sozialistische Wählerzahl auf eine so verschwindende Minderheit zusammen, dass man es nicht einmal der Mühe für wert erachtete, einen eigenen Kandidaten aufzustellen.

Desto heftiger entbrannte in der Regel der Kampf zwischen Nationalliberalismus und Welfentum. Denn nachdem einmal das Traumbild eines nahen sozialistischen Staates in ein Nichts zu zerrinnen schien, brach die alte Vorliebe der Bergleute für die früheren patriarchalischen Zustände um so heftiger hervor. Geschickte geleitete Agitationen vermochten die in der Brust der Bergleute schlummernde Hoffnung auf eine Rückkehr zu diesen Verhältnissen unter welfischem Scepter jedesmal vor der Wahl zu heller Lohe anzufachen.

Als ein weiterer Bundesgenosse arbeitet den welfischen Bestrebungen der feste Glaube eines Teiles der Harzer Bergarbeiter an die Wiederaufrichtung des Königreichs Hannover auffriedlichem Wege in die Arme. Darüber, wie letzteres geschehe, ist sich der Bergmann zwar nicht im Klaren; jedoch lebt er der fröhlichen Hoffnung, dass die in den Reichstag gesandten welfischen Abgeordneten schon die rechten Mittel und Wege zur Wiederherstellung des früheren Zustandes finden würden.

Das Zusammentreffen dieser Ereignisse hat auch gelegentlich der Reichstagswahl vom 21. Februar 1890 wieder zu Gunsten des Welfen entschieden. Jedoch blieb es einer Stichwahl vorbehalten, ein solches Resultat zu zeitigen.

Bemerkenswert waren die Wahlen insofern, als die freisinnige Partei zum ersten male in die Agitation eingriff und auch die Sozialdemokraten wieder grössere Anstrengungen machten. Nennenswerte Erfolge vermochten jedoch beide Parteien nicht zu erzielen. Der Sozialdemokrat Bloos brachte es zwar im Oberharze auf 411 Stimmen; jedoch haben eingehende von mir angestellte Ermittlungen ergeben, dass der grössere Teil derselben nicht auf die berg- und hüttenmännische Bevölkerung zu rechnen ist.

Die Stimmen verteilen sich auf die einzelnen Oberharzer Bergstädte im gleichen Verhältnisse zu ihrer Grösse; nur St. Andreasberg nimmt mit 147 Stimmen eine hiervon abweichende Stellung an der Spitze derselben ein. Ich führe diese Erscheinung auf den durch Gründung mehrerer Holzschleifereien veranlassten Zuzug auswärtiger Arbeiter nach St. Andreasberg zurück.

Das fast gänzliche Fehlen der Sozialdemokratie unter den Harzer Bergleuten seit mehr als einem Jahrzehnt hat zweifellos dazu beigetragen, die Arbeiter von kontraktwidrigen Arbeitseinstellungen zurück zu halten. Denn es ist ja jetzt erwiesen, dass der Ausstand der westfälischen Bergleute vom Mai 1889 wesent-

lich auf den Einfluss der Sozialdemokratie zurückzuführen ist. Da diese überall da, wo sie einmal festen Fuss gefasst hat, die Vermehrung der Unzufriedenheit unter den Arbeitern zur ständigen Begleiterin hat, so werden auch die Symptome einer erhöhten Unzufriedenheit, die Arbeitseinstellungen, auf dem von ihr occupierten Gebiete zu regelmässig wiederkehrenden Erscheinungen gehören. Zwar wird man einwenden, dass das unter den Harzer Bergleuten sehr verbreitete Welfentum darauf hindeute, dass auch hier ein Streben nach einer Umgestaltung der Verhältnisse vorhanden sei. Dass diese Einrede begründet ist, zeigten wir bereits im Vorhergehenden. Indes nicht der bestehenden Ordnung der Gesellschaft gilt der Kampf; an die Stelle der jetzigen Regierung soll nur eine andere treten, von der die Arbeiter die Rückkehr zu den früheren Zuständen erhoffen.

Andere Gründe, welche einen Anschluss der Harzer Bergleute an die allgemeine Bergarbeiterbewegung bisher nicht haben aufkommen lassen, sind in den lokalen Verhältnissen zu suchen. Trotzdem der Oberharz seit mehr als einem Jahrzehnt durch zwei Bahnen dem Verkehre zugänglicher gemacht ist, haben die Bergleute mit ihren Kameraden in anderen Bergbaurevieren wenig Fühlung; auch jetzt bildet der Oberharz zufolge der mannigfachen noch erhaltenen eigenartigen Sitten seiner Bewohner, ihrer selbständigen Mundart, ihrer völlig selbständigen Charaktereigenschaften im gewissen Sinne noch das, was man früher im Hinblick auf seine eigene Verwaltung mit den Worten auszudrücken pflegte: einen Staat im Staate.

Hierzu kommt, dass der Oberharzer über das, was in der Welt vorgeht, nur oberflächlich unterrichtet ist, da das Zeitungswesen bei ihm sehr im Argen liegt. In Clausthal, einer Stadt von etwa 9000 Einwohnern, existiert nur eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung, die „Öffentlichen Anzeigen für den Harz“,

die nur einen notdürftigen Ueberblick über die wichtigsten Ereignisse in der Politik bieten können. Neben diesen ist noch der in Zellerfeld erscheinende „Bergbote“ besonders zu erwähnen. Diese beiden Blätter bilden die einzige politische Nahrung des Bergmanns. Oft auch liest er keins von beiden, obwohl ein grösserer Teil der Arbeiter sich das erstere hält.

Nur im Zusammenhange mit diesen eigentümlichen Verhältnissen erscheint es verständlich, dass der Oberharz keinen Delegirten zur Vertretung seiner Interessen auf dem ersten allgemeinen Bergarbeitertage im Herbst 1890 nach Halle entsandte.<sup>1)</sup> Ich glaube die Ansicht aussprechen zu dürfen, dass ein Theil der Bergleute von der bevorstehenden Abhaltung eines solchen nicht einmal unterrichtet war. Bleibt hiernach zu bedauern, dass den Bergleuten sich keine Möglichkeit bot, ihre etwaigen Wünsche, soweit sie berechtigt erscheinen, zum öffentlichen Ausdrücke zu bringen, so wirkte dieser Umstand zweifelsohne auch darauf ein, dass masslose Forderungen unter ihnen bisher nicht aufgekommen sind. Darüber, dass die Löhne zur Deckung ihrer Haushaltungskosten nicht ausreichen, hörte ich unter den Arbeitern häufig Klage führen; jedoch herrscht andererseits die feste Zuversicht unter ihnen, dass hierin bald eine Aufbesserung eintreten werde; zur Zeit gestatte der Betrieb eine solche noch nicht, wie mir von einem Bergmann versichert wurde.

Weitere Gründe, welche die Entwicklung der Arbeiterverhältnisse im Harze in den gesetzlichen Bahnen ermöglichten, dürfte die vorangegangene Darstellung an die Hand geben. Fassen wir sie zum Schlusse als das wichtigste Resultat unserer Untersuchungen noch einmal zusammen:

Die Ansässigkeit der Bergleute, die eigentümlichen lokalen Verhältnisse, die Familientraditionen, die An-

---

<sup>1)</sup> Einen vom Oberbergamte entsandten Bergrat kann man als Vertreter der Arbeiterschaft doch nicht bezeichnen.

hänglichkeit des Arbeiters an den armen und doch so geliebten Oberharz, sein fröhlicher Sinn, seine Mässigkeit, sein in der Verrichtung zahlreicher Nebenarbeiten sich äussernder Fleiss, gesunde Familienverhältnisse, ein neben dem Knappschaftsvereine bestehendes ausgedehntes Unterstützungswesen, das im Grossen und Ganzen gute Verhältniss zu den Aufsichtsbeamten haben ihm seine nicht sehr glänzende Lage ertragen helfen und ihn mit der bestehenden Ordnung der Gesellschaft versöhnt.

Von einem unserer westlichen Nachbarn wurde in der Nationalversammlung vom Jahre 1848 unter Hinweis auf die im Harze beobachteten Zustände die Behauptung aufgestellt: „Die Arbeiterfrage ist auf dem Hannover'schen Oberharze vollständig gelöst.“

